Deutscher Bundestag
2. Wahlperiode
1953

Drucksache 2900

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
6 — 50103 — 3443/56

Bonn, den 1. Dezember 1956

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich in der Anlage 1 den

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1957 (Haushaltsgesetz 1957)

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Die Entwürfe des Geamtplans und der Einzelpläne des Bundeshaushaltsplans sowie der Nachweis über das Vermögen und die Schulden des Bundes nach dem Stand vom 31. März 1956 liegen diesem Schreiben bei.*)

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 30. November 1956 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes zum Gesetzentwurf Stellung genommen. Im übrigen erhebt er gegen den Entwurf keine Einwendungen.

Seine Änderungsvorschläge und Bemerkungen sind zusammen mit der Stellungnahme der Bundesregierung dazu in der Anlage 2 dargelegt.

Dr. Adenauer

*) *Einzelpläne sowie Nachweis als Sonderdruck verteilt.*

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Bad Godesberg,
Rheinallee 20, Telefon 3551

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes

über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1957 (Haushaltsgesetz 1957)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1957 wird in Einnahme und Ausgabe auf

34 353 430 700 Deutsche Mark

festgestellt, und zwar

im ordentlichen Haushalt auf

33 194 838 700 Deutsche Mark

an Einnahmen,

und auf

33 194 838 700 Deutsche Mark

an Ausgaben,

im außerordentlichen Haushalt auf

1 158 592 000 Deutsche Mark

an Einnahmen,

und auf

1 158 592 000 Deutsche Mark

an Ausgaben.

§ 2

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel sind gegenseitig deckungsfähig die Ansätze bei

1. Titel 104 a und b
2. Titel 201 a, b und c
3. Titel 204 und 205
4. Titel 207 a, b und c.

(2) Innerhalb der einzelnen Kapitel können bei Bedarf verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit):

1. Einsparungen bei Titel 101 zur Verstärkung der bei Titel 103 und Titel 104 veranschlagten Mittel;
2. Einsparungen bei Titel 103 zur Verstärkung der bei Titel 104 veranschlagten Mittel;
3. Einsparungen bei Titel 106 zur Verstärkung der bei Titel 107 veranschlagten Mittel;
4. Einsparungen bei Titel 108 zur Verstärkung der bei Titel 217 veranschlagten Mittel.

(3) Gegenseitig deckungsfähig sind die übertragbaren Mittel folgender Titel, und zwar nach Maßgabe der jeweiligen Haushaltsvermerke:

Kapitel 10 02, Titel 570 a und 570 b
Kapitel 10 02, Titel 571 a und 571 b
Kapitel 10 02, Titel 572 a und 572 b
Kapitel 12 02, Titel 570 a und 570 b
Kapitel 32 05, Titel 680 und 681
Kapitel 32 05, Titel 683 a und b sowie Kapitel 60 04, Titel 315
Kapitel 11 10, Titel 870 und 872
Kapitel 60 02, Titel 571 a und 571 b
Kapitel 60 02, Titel 572 a und 572 b
Kapitel 60 02, Titel 573 a und 573 b.

(4) Nach Maßgabe der jeweiligen Haushaltsvermerke können von den übertragbaren Mitteln verwendet werden:

1. Einsparungen bei Kapitel 06 29 Titel 300 zur Verstärkung der bei Kapitel 06 29 Titel 215 veranschlagten Mittel;
2. Einsparungen bei Kapitel 09 03 Titel 304 zur Verstärkung der bei Kapitel 09 03 Titel 310 veranschlagten Mittel;
3. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 609 b zur Verstärkung der bei Kapitel 10 02 Titel 609 c veranschlagten Mittel;
4. Einsparungen bei Kapitel 10 02 Titel 615 d zur Verstärkung der bei Kapitel 10 02 Titel 615 c veranschlagten Mittel;
5. Einsparungen bei Kapitel 25 03 Titel 533 zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 2503 Titel 540;
6. Einsparungen bei Kapitel 25 03 Titel 570 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 03 Titel 570 a veranschlagten Mittel;
7. Einsparungen bei Kapitel 25 03 Titel 601 zur Verstärkung der bei Kapitel 25 03 Titel 605 veranschlagten Mittel;
8. Einsparungen bei Kapitel 25 04 Titel 575 b zur Verstärkung der bei Kapitel 25 04 Titel 575 a veranschlagten Mittel;
9. Einsparungen bei Kapitel A 25 03 Titel 530 zur Verstärkung der bei Kapitel 25 03 Titel 620 veranschlagten Mittel.

(5) Die Leiter der obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen für Sachausgaben innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, die Überschreitung des Einzeltitels nicht mehr als 15 vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Die Leiter der obersten Bundesbehörden können die Deckungsfähigkeit der Bewilligungen für allgemeine und einmalige Ausgaben innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Überschreitung des Einzeltitels den ungekürzten Ausgabeansatz nicht übersteigt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint.

(6) Die übertragbaren Ausgabemittel des Einzelplans 35 sind nach den besonderen Haushaltsvermerken dieses Plans gegenseitig deckungsfähig.

§ 3

(1) Der Bundesminister der Finanzen kann in Einzelfällen bestimmen, daß § 30 Abs. 3 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung keine Anwendung findet.

(2) Der Bundesminister der Finanzen wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für solche Ausgabenansätze, die im Bundeshaushaltsplan nicht ausdrücklich als übertragbar bezeichnet sind, die Übertragbarkeit anzuordnen, sofern die Übertragung zur Deckung von Ausgabenbewilligungen des Rechnungsjahres 1957 erforderlich ist.

§ 4

Bei Anwendung des § 30 a der Reichshaushaltsordnung ist der Betrag von 30 000 Deutsche Mark durch den Betrag von 50 000 Deutsche Mark zu ersetzen.

§ 5

Übersteigt bei einem Einnahmetitel der Betrag der tatsächlichen Einnahmen den Haushaltsansatz und können auf Grund eines Haushaltsvermerks bei einem übertragbaren Ausgabetitel in Höhe dieser Mehreinnahmen Ausgaben geleistet werden, so dürfen, abweichend von § 73 der Reichshaushaltsordnung, die Beträge solcher Mehreinnahmen, die bis zum Schluß des Rechnungsjahres für die Zwecke der Ausgabetitel nicht verwendet worden sind, in der Haushaltsrechnung als Ausgaberest und zugleich als Mehrausgabe nachgewiesen werden.

§ 6

§ 75 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung wird im Rechnungsjahr 1957 nicht angewendet.

§ 7

Die örtlichen Sonderzuschläge von 3 vom Hundert des Grundgehalts, die bisher gewährt wurden, werden den Beamten, Richtern und Soldaten des Bundes und den Beamten der in Artikel 130 des Grundgesetzes bezeichneten Verwaltungsorgane und Einrichtungen sowie den Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezüge der Bund zu tragen hat, weitergewährt. Bei der Bemessung des örtlichen Sonderzuschlags rechnen auch die ruhegehaltfähigen Stellenzulagen und die allgemein den Beamten, Richtern und Soldaten zum Grundgehalt gewährten Zulagen zum Grundgehalt.

§ 8

(1) Alle Ausgabenansätze des ordentlichen Haushalts gelten nur mit einem um 5 vom Hundert niedrigeren Betrag bewilligt. Dies gilt nicht für Personalausgaben, für die aus zweckgebundenen Einnahmen zu leistenden Ausgaben, für die Ansätze zur Tilgung und Verzinsung der Bundesschuld, für die Sozialausgaben, für die Verteidigungsausgaben und für internationale Zahlungen. Der Bundesminister der Finanzen kann zulassen, daß die Kürzung eines Einzelansatzes unterbleibt, wenn der Kürzungsbetrag an anderer Stelle innerhalb der gleichen Ausgabegruppe oder in besonderen Ausnahmefällen innerhalb desselben Einzelplans zusätzlich eingespart wird.

(2) Verfügungen über Ausgabemittel, die bei einzelnen Titeln des Haushaltsplans als gesperrt bezeichnet sind, sowie über die Ausgabemittel des außerordentlichen Haushalts bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann die Inanspruchnahme von Mitteln für bestimmte Ausgabetitel oder für Gruppen von solchen von seiner Zustimmung abhängig machen, soweit die Entwicklung auf der Einnahme- oder Ausgabeseite es erfordert.

§ 9

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde bei einer öffentlichen internationalen oder supranationalen Organisation unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten im Einzelplan der abgebenden Dienstbehörde eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten mit dem Vermerk „künftig wegfallend" ausbringen.

(2) Wird der Beamte wieder im Dienste des Bundes verwendet, ist er in eine freie oder in die nächste freiwerdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Verwaltung einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen, wenn er nicht in eine andere freie Planstelle seiner Besoldungsgruppe eingewiesen werden kann; solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit notwendig, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst bei einer bestehenden internationalen oder supranationalen Organisation beabsichtigt ist. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Organisation dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an internationalen oder supranationalen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden. Von der Einholung der Zustimmung des Haushaltsausschusses darf nur abgesehen werden, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet; in diesem Falle ist der Haushaltsausschuß unverzüglich zu unterrichten.

(4) Über den weiteren Verbleib der durch den Bundesminister der Finanzen ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 10

Ersatzbeschaffungen von Kraftfahrzeugen dürfen nur vorgenommen werden, wenn ihre Notwendigkeit durch das Gutachten eines kraftfahrtechnischen Sachverständigen des Bundesministeriums der Finanzen, in den Bereichen des Bundesministers des Innern, des Bundesministers für Verteidigung und des Bundesministers für Verkehr durch das Gutachten des jeweils für den Bereich des betreffenden Ministeriums zuständigen kraftfahrtechnischen Sachverständigen festgestellt ist. Der Bundesminister der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen hiervon zulassen.

§ 11

§ 127 der Reichshaushaltsordnung wird im Rechnungsjahr 1957 dahin angewendet, daß die Vorschriften der Reichshaushaltsordnung, die sich auf Beamte beziehen, sinngemäß für die Soldaten der Bundeswehr gelten.

§ 12

(1) Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Rechnungsjahr 1957 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund von § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht.

(2) Die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost werden verpflichtet, ein Drittel von den im Rechnungsjahr 1957 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Bank deutscher Länder auf Grund von § 10 der Zweiten Durchführungsverordnung (Bankenverordnung) zum Dritten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) gegenüber dem Bund zusteht. Das zu übernehmende Drittel wird im Verhältnis 3 : 2 auf die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost aufgeteilt.

(3) Soweit die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost nach den Absätzen 1 und 2 zur Übernahme von Zinsen verpflichtet werden, sind die Zinsverpflichtungen nur aus den Sondervermögen der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost zu erfüllen.

§ 13

Bei der Übertragung von Aufgaben aus dem Geschäftsbereich eines Verwaltungszweiges in den Geschäftsbereich eines anderen können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die Mittel und Planstellen auf die neu zuständige Haushaltsstelle übertragen werden. Dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist dies mitzuteilen. § 36 a der Reichshaushaltsordnung bleibt unberührt.

§ 14

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 3 000 000 000 Deutsche Mark nicht überschreiten darf.

§ 15

(1) Die dem Bundesminister der Finanzen durch § 16 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 830) erteilte Ermächtigung zur Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1956 bleibt bis zum 31. März 1958 wirksam.

(2) Der Bundesminister der Finanzen kann zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1957 Geldmittel im Wege des Kredits beschaffen, dessen Höhe den Betrag von 1 128 592 000 Deutsche Mark nicht überschreiten darf.

§ 16

Der Bundesminister der Finanzen wird zur Unterstützung von Offenmarktgeschäften der Bank deutscher Länder ermächtigt, durch Verwendung des Erlöses aus der Begebung von Wechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen im Betrage von bis zu 2 000 000 000 Deutsche Mark Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder im gleichen Nennbetrage vorübergehend zurückzuerwerben.

§ 17

Der Bundesminister der Finanzen kann Verwaltungsvorschriften zur Durchführung dieses Gesetzes erlassen.

§ 18

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 19

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1957 in Kraft.

Begründung

Der Entwurf des Bundeshaushaltsgesetzes 1957 entspricht im wesentlichen den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes 1956.

Zu § 1

Der Wortlaut des § 1 ist mit Ausnahme der Zahlen des Gesamtabschlusses des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltsplans gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 2

Die Vorschrift enthält die Fälle der gegenseitigen und der einseitigen Deckungsfähigkeit von Haushaltsmitteln. Sie ist gegenüber dem Vorjahr im wesentlichen unverändert geblieben.

Die Ergänzung des Absatzes 5 dient der Verwaltungsvereinfachung.

Zu § 3

Die Vorschrift des Absatzes 1 ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Die als Absatz 2 neu in den Entwurf aufgenommene Bestimmung erscheint im Hinblick auf die Kontinuität der Haushaltswirtschaft und die Vermeidung einer Belastung des kommenden Rechnungsjahres mit wirtschaftlich zum vorangegangenen Rechnungsjahr gehörenden Ausgaben zweckmäßig.

Zu §§ 4 und 5

Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 6

Im Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1957 läßt sich — wie in den Vorjahren — mit Rücksicht auf den durch Artikel 110 des Grundgesetzes gebotenen Haushaltsausgleich der rechnungsmäßige Fehlbetrag der Vorjahre nicht berücksichtigen. Der Bundesregierung erscheint es vertretbar, die Vorschrift des § 75 RHO für ein weiteres Rechnungsjahr außer Kraft zu setzen.

Zu § 7

Die Vorschrift ist auf die Soldaten der Bundeswehr ausgedehnt worden; im übrigen ist sie außer einer verbesserten Fassung des Wortlauts sachlich unverändert. Die Vorschrift gehört sachlich in das Besoldungsrecht und ist deshalb entsprechend der Anregung des Haushaltsausschusses in den Entwurf des neuen Bundesbesoldungsgesetzes eingearbeitet worden. Da der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch nicht feststeht, mußte die Bestimmung auch in das Haushaltsgesetz 1957 aufgenommen werden.

Zu § 8

Die Schwierigkeit des Ausgleichs des Bundeshaushaltsplans 1957 nötigte zu einer Verschärfung der bisherigen Bestimmung der Sperre von 10 v. H. der Haushaltsmittel für Sachausgaben und Allgemeine Ausgaben. Die neue Bestimmung des § 8 Abs. 1 sieht eine prozentuale Kürzung aller Ausgabeansätze des ordentlichen Haushalts mit Ausnahme der Personalausgaben vor. Von der Kürzung sind außerdem ausgenommen die aus zweckgebundenen Einnahmen zu leistenden Ausgaben, die Ansätze zur Tilgung und Verzinsung der Bundesschuld, die Sozialausgaben, die Verteidigungsausgaben und die Ansätze für internationale Verpflichtungen.

Zur Verwaltungsvereinfachung ist der Bundesminister der Finanzen im übrigen befugt, zuzulassen, daß die Kürzung eines Einzelansatzes unterbleibt, wenn der Kürzungsbetrag an anderer Stelle desselben Einzelplans eingesetzt wird.

Zu § 9

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr sachlich unverändert.

Zu § 10

Die Vorschrift ist im Vorjahr neu in das Haushaltsgesetz aufgenommen worden; sie ist sachlich unverändert. Die Bestimmung beruht auf einem Wunsch des Haushaltsausschusses, daß Ersatzbeschaffungen von Dienstkraftfahrzeugen nur mit Genehmigung des Bundesministers der Finanzen vorgenommen werden. Hiervon ausgenommen sind nur die Bereiche des Bundesministers des Innern, des Bundesministers für Verkehr und des Bundesministers für Verteidigung, weil es sich hier überwiegend um Spezialfahrzeuge handelt.

Zu § 11

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Um diese Bestimmung nicht in dem Haushaltsgesetz jeden Jahres wiederholen zu müssen, ist sie in den Entwurf des Bundesbesoldungsgesetzes in einer dem § 127 RHO entsprechenden Neufassung aufgenommen worden. Wegen des Sachzusammenhanges mit dem in Vorbereitung befindlichen Dritten Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts ist eine gleiche Bestimmung in den Entwurf dieses Gesetzes aufgenommen. Die genannte Bestimmung soll in dem Gesetz Aufnahme finden, das zuerst verabschiedet wird. Da nicht abzusehen ist, ob dies noch bis zum Beginn des Rechnungsjahres 1957 der Fall sein wird, muß die Vorschrift zunächst auch für 1957 beibehalten werden.

Zu § 12,
zu § 13,
zu § 14 (im Vorjahr § 15),
zu § 15 (im Vorjahr § 16),
zu § 16 (im Vorjahr § 17),
zu § 17 (im Vorjahr § 18),
zu § 18 (im Vorjahr § 19) und
zu § 19 (im Vorjahr § 20).

Die Vorschriften sind — mit Ausnahme der Zahlen — gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Entwurf

zum

Gesamtplan des Bundeshaushaltsplans 1957

Diesem Gesamtplan, der nach dem sogenannten Ministerial- oder Institutionsprinzip gegliedert ist und sämtliche Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne enthält, ist ein Funktionen- oder Aufgabenplan nachgestellt, der die im Bundeshaushaltsplan berücksichtigten Aufgaben nach Gruppen und unter übergeordneten Gesichtspunkten zusammenfaßt. Der Funktionen- und Aufgabenplan, der von der Bundesregierung nicht förmlich beschlossen wird, ist vom Haushaltsgesetz nicht ergriffen und hat nur nachrichtliche Bedeutung.

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1957 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1957 DM	Personalausgaben 1956 DM
1	2	3	4	5	6
	01				
	Bundespräsident und Bundespräsidialamt				
01 01	Bundespräsident	—	—	**190 000**	190 000
01 03	Bundespräsidialamt	**16 400**	+ 6 000	**773 100**	679 900
	Zusammen	**16 400**	+ 6 000	**963 100**	869 900
	02				
	Deutscher Bundestag				
02 01	Deutscher Bundestag	**94 600**	—	**5 948 300**	5 948 300
	03				
	Bundesrat				
03 01	Bundesrat	**37 300**	+ 16 900	**957 500**	874 100
	04				
	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt				
04 01	Bundeskanzler und Bundeskanzlei	**10 000**	+ 100	**2 126 700**	1 860 200
04 03	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	**19 500**	+ 600	**4 757 300**	4 298 400
04 04	Bundesnachrichtendienst	**157 800**	—	**13 793 800**	13 793 800
	Zusammen	**187 300**	+ 700	**20 677 800**	19 952 400
	05				
	Auswärtiges Amt				
05 01	Auswärtiges Amt	**99 700**	+ 26 000	**16 047 800**	11 125 700
05 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
05 03	Vertretungen des Bundes im Ausland	**2 796 500**	+ 325 000	**99 150 200**	87 299 200
05 04	Angelegenheiten des Europarats und verwandte Gebiete	—	—	—	—
	Die Ansätze des bisherigen E. Pl. 50 — Angelegenheiten des Europarats und verwandte Gebiete — sind vom Rechnungsjahr 1957 ab im E. Pl. 05 bei Kap. 05 04 ausgebracht.				
	Zusammen	**2 896 200**	+ 351 000	**115 198 000**	101 424 900
	06				
	Bundesminister des Innern				
06 01	Bundesministerium des Innern	**66 600**	+ 7 100	**12 060 900**	11 395 800
06 02	Allgemeine Bewilligungen	**3 601 400**	+ 2 401 000	—	—
06 03	Bundesverwaltungsgericht	**72 600**	+ 26 600	**2 598 300**	2 885 200
06 04	Der Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht	**100**	—	**188 600**	132 800
06 05	Bundesdisziplinarhof	**2 800**	+ 2 600	**894 100**	604 200
06 06	Der Bundesdisziplinaranwalt beim Bundesdisziplinarhof	**300**	—	**216 400**	169 200

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1957	1956	1957	1956	1957	1956	1957	gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
100 000	100 000	**250 000**	250 000	—	—	**540 000**	—	01 01
— 567 300	— 659 200	—	—	**1 035 300**	1 061 200	**1 241 100**	+ 159 200	01 03
— 467 300	— 559 200	**250 000**	250 000	**1 035 300**	1 061 200	**1 781 100**	+ 159 200	
3 247 100	3 247 100	**17 546 600**	17 546 600	**651 900**	1 651 900	**27 393 900**	— 1 000 000	02 01
370 400	343 000	**181 500**	166 500	**15 700**	—	**1 525 100**	+ 141 500	03 01
473 800	451 800	**500 000**	500 000	**29 700**	135 000	**3 130 200**	+ 183 200	04 01
— 6 650 900	— 6 690 100	**23 154 300**	22 472 000	**14 000**	94 500	**21 274 700**	+ 1 099 900	04 03
3 544 700	3 544 700	**4 900 000**	4 900 000	**867 900**	867 900	**23 106 400**	—	04 04
— 2 632 400	— 2 693 600	**28 554 300**	27 872 000	**911 600**	1 097 400	**47 511 300**	+ 1 283 100	
8 706 100	6 603 400	**121 000**	111 000	**4 940 500**	57 871 900	**29 815 400**	— 48 896 600	05 01
—	—	**51 442 800**	42 634 800	**—**	—	**51 442 800**	+ 8 808 000	05 02
11 063 800	15 974 000	**1 500 000**	1 860 000	**18 760 100**	12 041 300	**130 474 100**	+ 13 299 600	05 03
—	—	**1 857 400**	1 860 000	**—**	—	**1 857 400**	— 2 600	05 04
19 769 900	22 577 400	**54 921 200**	46 465 800	**23 700 600**	69 913 200	**213 589 700**	— 26 791 600	
1 879 000	1 620 000	**343 000**	383 000	**278 000**	46 500	**14 560 900**	+ 1 115 600	06 01
—	—	**143 370 600**	162 791 000	**8 870 000**	9 568 900	**152 240 600**	— 20 119 300	06 02
407 000	362 200	—	—	**93 400**	138 100	**3 098 700**	+ 513 200	06 03
28 900	19 400	—	—	**2 400**	—	**219 900**	+ 67 700	06 04
259 000	105 300	—	—	**879 700**	—	**2 032 800**	+ 1 323 300	06 05
55 300	29 500	—	—	**6 500**	—	**278 200**	+ 79 500	06 06

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1957 DM	gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1957 DM	1956 DM
1	2	3	4	5	6
	06				
06 07	Bundesdisziplinarkammern	**7 000**	— 14 400	**340 300**	317 100
06 08	Statistisches Bundesamt	**216 600**	— 150 300	**17 444 100**	15 819 500
06 09	Bundesamt für Verfassungsschutz	**61 100**	+ 7 200	**4 498 600**	3 255 100
06 10	Bundeskriminalamt	**97 000**	+ 80 100	**5 383 600**	4 856 900
06 11	Bundesgesundheitsamt	**365 200**	+ 19 600	**4 268 400**	3 808 300
06 13	Bundesarchiv in Koblenz	**26 700**	+ 3 400	**1 004 500**	834 800
06 14	Institut für Raumforschung	**9 600**	— 10 000	**388 700**	313 500
06 15	Bundesstelle für Verwaltungsangelegenheiten des Bundesministers des Innern sowie Bundesamt für Auswanderung in Köln	**63 900**	— 9 700	**1 784 100**	1 522 200
06 16	Institut für Angewandte Geodäsie, Kartographie und Photogrammetrie	**2 889 300**	— 777 400	**3 494 700**	3 147 100
06 17	Bundesanstalt für Landeskunde	**46 900**	— 200	**576 000**	527 600
06 19	Bundesanstalt „Technisches Hilfswerk"	**16 000**	+ 10 000	**3 395 600**	2 986 500
06 20	Allgemeine Bewilligungen für Zwecke des zivilen Luftschutzes	—	—	—	—
06 21	Luftschutzwarndienst	—	—	**1 761 100**	—
06 22	Bundesanstalt für zivilen Luftschutz	**1 700**	—	**963 300**	656 000
06 24	Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder	**100 200**	—	—	—
06 25	Bundesgrenzschutz	**397 000**	— 30 155 000	**77 098 000**	100 158 600
06 26	Beschaffungsstelle für den Bundesgrenzschutz	**34 200**	+ 5 700	**1 262 100**	1 108 600
06 29	Deutsches Archäologisches Institut	**45 000**	+ 7 700	**1 892 000**	1 600 000
06 30	Deutsches Historisches Institut	**600**	—	**231 400**	169 400
06 31	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften	**1 000**	— 500	**43 300**	39 100
06 33	Bundesdienststelle für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge	**200**	— 144 800	**488 600**	413 600
06 35	Bundeszentrale für Heimatdienst	**5 000**	+ 3 600	**517 000**	491 500
	Zusammen	**8 128 000**	— 28 687 700	**142 793 700**	156 412 600
	07				
	Bundesminister der Justiz				
07 01	Bundesministerium der Justiz	**1 781 100**	+ 1 800	**4 769 200**	4 167 500
07 04	Bundesgerichtshof	**1 413 100**	+ 101 400	**6 842 500**	5 986 600
07 05	Deutsches Patentamt	**28 912 100**	+ 1 986 100	**19 862 900**	17 702 200
07 06	Oberstes Rückerstattungsgericht	**6 400**	— 4 100	**1 472 200**	1 379 200
	Zusammen	**32 112 700**	+ 2 085 200	**32 946 800**	29 235 500
	08				
	Bundesminister der Finanzen				
08 01	Bundesministerium der Finanzen	**105 800**	+ 20 200	**28 002 300**	24 022 700
08 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—
08 03	Bundesfinanzhof	**5 800**	+ 700	**1 756 600**	1 607 800
08 04	Bundesfinanzverwaltung	**172 435 100**	+ 16 486 600	**312 857 400**	274 669 800
08 05	Bundesausgleichsamt	**6 100**	+ 4 600	**2 376 500**	2 248 000
08 06	Bundesbaudirektion	**2 600**	— 1 500	**1 841 500**	1 469 100
08 07	Amt für Wertpapierbereinigung zugleich Bundesamt für äußere Restitutionen	**456 500**	—	**1 086 600**	1 091 200
08 08	Bundeshauptkasse	—	—	**727 000**	640 600
08 09	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein in Offenbach/Main	—	—	—	—
08 10	Verwaltungsamt für innere Restitutionen	**300**	— 100	**198 400**	141 400
	Zusammen	**173 012 200**	+ 16 510 500	**348 846 300**	305 890 600

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1957	1956	1957	1956	1957	1956	1957	gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
181 000	140 800	—	—	—	—	**521 300**	+ 63 400	06 07
3 587 600	3 355 500	**1 042 500**	1 042 500	**1 455 600**	1 165 200	**23 529 800**	+ 2 147 100	06 08
696 200	585 000	**4 431 200**	4 350 000	**364 000**	132 400	**9 990 000**	+ 1 667 500	06 09
1 072 800	1 027 200	**2 297 200**	2 071 900	**192 900**	255 000	**8 946 500**	+ 735 500	06 10
917 600	909 400	**792 200**	672 000	**1 805 400**	1 598 100	**7 783 600**	+ 795 800	06 11
195 800	154 000	**442 800**	410 700	**525 300**	260 000	**2 168 400**	+ 508 900	06 13
142 000	89 400	**164 200**	188 200	**11 100**	8 300	**706 000**	+ 106 600	06 14
500 800	423 700	**28 510 600**	13 000	**29 700**	7 800	**30 825 200**	+ 28 858 500	06 15
609 500	601 100	**711 000**	763 900	**309 700**	341 300	**5 124 900**	+ 271 500	06 16
105 800	100 300	**94 600**	94 200	**13 200**	15 500	**789 600**	+ 52 000	06 17
1 265 100	1 224 000	**1 439 600**	1 228 600	**1 066 800**	1 001 300	**7 167 100**	+ 726 700	06 19
—	—	**49 900 000**	54 100 000	**8 000 000**	10 000 000	**57 900 000**	— 6 200 000	06 20
900 300	—	**7 699 500**	2 610 000	**30 188 700**	19 720 000	**40 549 600**	+ 18 219 600	06 21
283 800	214 400	**655 000**	357 000	**279 200**	390 700	**2 181 300**	+ 563 200	06 22
—	—	**2 700 000**	2 700 000	**3 113 000**	8 094 000	**5 813 000**	— 4 981 000	06 24
11 327 100	14 440 600	**22 329 900**	32 189 200	**81 888 000**	— 35 078 400	**192 643 000**	+ 89 933 000	06 25
331 600	323 900	**44 000**	46 000	**20 700**	76 900	**1 658 400**	+ 103 000	06 26
670 700	527 200	**847 900**	789 500	**1 757 400**	590 400	**5 168 000**	+ 1 660 900	06 29
75 000	64 600	**42 300**	42 300	**5 000**	5 000	**353 700**	+ 72 400	06 30
29 000	28 800	**3 700**	3 700	—	—	**76 000**	+ 4 400	06 31
55 800	52 600	—	145 000	—	10 400	**544 400**	— 77 200	06 33
194 700	188 500	**6 500 000**	6 000 000	**19 600**	—	**7 231 300**	+ 551 300	06 35
25 771 400	26 587 400	**274 361 800**	272 991 700	**141 175 300**	18 347 400	**584 102 200**	+ 109 763 100	
726 600	650 500	**414 200**	423 300	**497 100**	693 900	**6 407 100**	+ 471 900	07 01
1 427 700	525 700	**310 000**	206 500	**1 029 400**	2 636 200	**9 609 600**	+ 254 600	07 04
2 442 900	2 888 200	**3 462 000**	3 313 000	**10 843 500**	10 779 700	**36 611 300**	+ 1 928 200	07 05
382 300	419 500	**644 800**	653 000	**5 000**	4 000	**2 504 300**	+ 48 600	07 06
4 979 500	4 483 900	**4 831 000**	4 595 800	**12 375 000**	14 113 800	**55 132 300**	+ 2 703 300	
1 964 900	1 961 100	—	—	**36 400**	103 000	**30 003 600**	+ 3 916 800	08 01
—	—	**850 800**	820 800	—	—	**850 800**	+ 30 000	08 02
201 300	196 900	—	—	**27 500**	7 600	**1 985 400**	+ 173 100	08 03
127 013 900	119 209 200	**222 956 200**	219 997 200	**52 496 300**	61 305 500	**715 323 800**	+ 40 142 100	08 04
371 000	472 400	**126 624 100**	128 369 100	**350 000**	126 300	**129 721 600**	— 1 494 200	08 05
— 667 300	— 490 100	—	—	**25 200**	9 500	**1 199 400**	+ 210 900	08 06
466 200	466 200	**35 378 400**	25 338 400	—	—	**36 931 200**	+ 10 035 400	08 07
—	—	—	—	—	—	**727 000**	+ 86 400	08 08
—	—	—	—	—	—	—	—	08 09
73 400	59 700	—	—	**3 500**	—	**275 300**	+ 74 200	08 10
129 423 400	121 875 400	**385 809 500**	374 525 500	**52 938 900**	61 551 900	**917 018 100**	+ 53 174 700	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1957 DM	gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1957 DM	1956 DM
1	2	3	4	5	6
	09				
	Bundesminister für Wirtschaft				
09 01	Bundesministerium für Wirtschaft	**579 600**	— 556 800	**19 396 600**	17 105 800
09 02	Allgemeine Bewilligungen	**6 000**	— 94 000	—	—
09 03	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	**2 735 000**	— 752 600	**7 027 800**	6 028 500
09 04	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bauspar-wesen	**3 392 900**	+ 192 600	**2 811 900**	2 650 000
09 05	Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft	**846 100**	— 19 800	**3 947 600**	3 982 100
09 05a	Bundesstelle für den Warenverkehr der gewerblichen Wirt-schaft in Abwicklung	—	—	—	90 000
09 06	Bundesstelle für Außenhandelsinformation	**1 200**	— 100	**1 222 100**	1 002 900
09 07	Bundesanstalt für Materialprüfung	**725 800**	+ 1 800	**3 245 400**	2 785 500
09 08	Bundeskartellamt	**21 000**	—	**1 600 000**	1 600 000
	Zusammen	**8 307 600**	— 1 228 900	**39 251 400**	35 244 800
	10				
	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
10 01	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	**216 100**	— 11 400	**9 222 600**	8 349 100
10 02	Allgemeine Bewilligungen	**458 390 000**	+ 14 640 000	—	—
10 03	Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft	**4 631 100**	+ 508 400	**2 985 100**	2 845 100
10 04	Bundessortenamt	**464 800**	+ 30 700	**807 800**	722 500
10 10	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft	**456 700**	+ 131 700	**3 033 400**	2 809 700
10 11	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft	**4 168 500**	+ 56 300	**1 509 500**	1 319 400
10 12	Bundesforschungsanstalt für Fischerei	**68 400**	+ 35 200	**1 079 200**	887 400
10 13	Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft	**147 900**	+ 31 000	**1 012 300**	899 300
10 14	Bundesforschungsanstalt für Kleintierzucht	**38 600**	+ 13 100	**485 700**	441 500
10 15	Bundesforschungsanstalt für Getreideverarbeitung	**115 900**	+ 56 300	**797 200**	394 900
10 16	Bundesforschungsanstalt für Fleischwirtschaft	**171 900**	+ 4 000	**449 300**	377 700
10 17	Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung	**4 400**	— 900	**521 000**	447 500
10 18	Bundesanstalt für Qualitätsforschung pflanzlicher Erzeugnisse	**22 400**	+ 3 800	**219 400**	189 500
10 19	Bundesanstalt für Tabakforschung	**83 600**	— 200	**406 100**	366 400
10 20	Bundesforschungsanstalt für Hauswirtschaft	**52 400**	— 800	**382 500**	353 200
10 21	Bundesanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege	**3 300**	—	**82 900**	77 900
10 22	Bundesanstalt für Vegetationskartierung	**49 200**	— 5 000	**268 700**	253 000
10 23	Bundesforschungsanstalt für Rebenzüchtung	**142 100**	— 2 600	**518 300**	482 300
10 24	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere	**5 700**	—	**1 096 900**	901 900
	Zusammen	**469 233 000**	+ 15 489 600	**24 877 900**	22 118 300
	11				
	Bundesminister für Arbeit				
11 01	Bundesministerium für Arbeit	**81 100**	— 2 500	**6 920 300**	6 137 100
11 03	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung	**19 000**	—	**1 227 400**	788 500
11 04	Bundesinstitut für Arbeitsschutz	**5 200**	— 700	**274 700**	228 900
11 05	Bundesarbeitsgericht	**25 500**	— 2 100	**998 600**	820 200
11 06	Bundesversicherungsamt	—	—	**1 568 200**	725 200
11 07	Bundessozialgericht	**56 000**	+ 7 000	**2 194 900**	1 714 600

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		
1957	1956	**1957**	1956	**1957**	1956	**1957**	gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—)	**Kap.**
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
3 636 100	3 545 800	**350 000**	400 700	**262 400**	481 500	**23 645 100**	+ 2 111 300	09 01
—	—	**23 739 200**	26 503 800	**24 900 000**	12 824 400	**48 639 200**	+ 9 311 000	09 02
1 613 800	1 309 900	**1 675 800**	1 380 500	**4 995 200**	1 618 100	**15 312 600**	+ 4 975 600	09 03
475 900	471 900	**36 000**	27 000	**10 000**	6 500	**3 333 800**	+ 178 400	09 04
1 233 700	1 262 500	—	—	**25 300**	—	**5 206 600**	— 38 000	09 05
—	—	—	—	—	—	—	— 90 000	09 05a
318 300	289 000	**1 210 000**	1 210 000	**28 200**	10 000	**2 778 600**	+ 266 700	09 06
622 000	496 200	**315 000**	315 000	**1 569 300**	995 600	**5 751 700**	+ 1 159 400	09 07
500 000	500 000	**50 000**	50 000	**350 000**	350 000	**2 500 000**	—	09 08
8 399 800	7 875 300	**27 376 000**	29 887 000	**32 140 400**	16 286 100	**107 167 600**	+ 17 874 400	
1 565 700	1 457 200	**3 162 200**	3 031 500	**174 500**	2 109 200	**14 125 000**	— 822 000	10 01
—	—	**605 884 100**	912 315 200	**891 500 000**	515 075 500	**1 497 384 100**	+ 69 933 400	10 02
1 639 200	1 274 300	—	—	**9 300**	4 900	**4 633 600**	+ 509 300	10 03
163 000	154 900	**728 900**	687 400	**102 900**	122 700	**1 802 600**	+ 115 100	10 04
615 500	571 400	**562 100**	415 300	**1 026 300**	765 100	**5 237 300**	+ 675 800	10 10
322 000	293 200	**4 448 500**	4 293 800	**187 600**	91 000	**6 467 600**	+ 470 200	10 11
224 400	179 000	**136 400**	91 700	**2 111 000**	1 718 500	**3 551 000**	+ 674 400	10 12
210 400	183 500	**269 200**	201 800	**66 800**	36 200	**1 558 700**	+ 237 900	10 13
126 400	137 100	**74 700**	58 000	**45 700**	—	**732 500**	+ 95 900	10 14
218 300	98 200	**114 500**	58 600	**48 500**	5 000	**1 178 500**	+ 621 800	10 15
92 600	87 600	**190 500**	182 500	**20 000**	29 000	**752 400**	+ 75 600	10 16
100 000	97 800	**42 800**	36 000	**343 500**	15 000	**1 007 300**	+ 411 000	10 17
50 500	53 500	**40 200**	33 000	**8 000**	39 600	**318 100**	+ 2 500	10 18
75 600	62 100	**176 100**	172 400	**1 000**	12 900	**658 800**	+ 45 000	10 19
88 500	88 100	**81 400**	75 500	**6 500**	4 000	**558 900**	+ 38 100	10 20
18 700	21 200	**11 700**	8 900	**1 000**	1 000	**114 300**	+ 5 300	10 21
58 800	57 900	**17 400**	15 400	**23 200**	5 000	**368 100**	+ 36 800	10 22
104 600	96 800	**172 400**	172 200	**54 000**	59 000	**849 300**	+ 39 000	10 23
409 100	414 500	**366 700**	273 200	**914 500**	451 800	**2 787 200**	+ 745 800	10 24
6 083 300	5 328 300	**616 479 800**	922 122 400	**896 644 300**	520 545 400	**1 544 085 300**	+ 73 970 900	
1 469 400	1 417 500	**2 530 000**	2 470 000	**39 900**	57 600	**10 959 600**	+ 877 400	11 01
182 200	153 700	—	—	**21 800**	—	**1 431 400**	+ 489 200	11 03
113 800	83 800	**20 000**	20 000	**6 000**	16 000	**414 500**	+ 65 800	11 04
134 500	124 400	**42 000**	42 000	**15 000**	29 800	**1 190 100**	+ 173 700	11 05
236 900	192 100	—	—	**27 800**	15 000	**1 832 900**	+ 900 600	11 06
234 600	198 500	**47 000**	55 000	**43 500**	25 000	**2 520 000**	+ 526 900	11 07

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1957 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1957 DM	Personalausgaben 1956 DM
1	2	3	4	5	6
	11				
11 09	Sozialreform	—	—	**1 225 500**	1 126 100
*) 11 10	Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen	**20 125 000**	+ 78 000	—	—
11 11	Arbeitslosenhilfe	**5 865 000**	+ 1 875 000	—	—
11 12	Betriebliche Altersfürsorge	—	—	—	—
11 13	Sozialversicherung	**6 370 000**	— 16 500 000	—	—
	Zusammen	**32 546 800**	— 14 545 300	**14 409 600**	11 540 600
	*) Bis zum Rechnungsjahr 1956 bei E. Pl. 40 — Kap. 40 09 — veranschlagt				
	12				
	Bundesminister für Verkehr				
12 01	Bundesministerium für Verkehr	**405 000**	+ 298 200	**12 722 800**	10 801 500
12 02	Allgemeine Bewilligungen	**43 969 800**	+ 13 150 600	—	—
12 03	Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung	**54 533 300**	+ 8 773 100	**40 639 800**	35 258 700
12 04	Staatswerft in Rendsburg-Saatsee	—	—	—	—
12 05	Bundesschleppbetrieb	—	—	—	—
12 06	Bundesanstalt für Wasserbau	**117 100**	+ 49 000	**611 600**	527 300
12 07	Bundesanstalt für Gewässerkunde	**9 800**	+ 2 000	**483 100**	443 600
12 08	Bundesamt für Schiffsvermessung	**720 600**	+ 100 000	**359 200**	293 600
12 09	Deutsches Hydrographisches Institut	**1 250 400**	+ 114 000	**4 555 700**	4 046 500
12 10	Bundesfernstraßen	**6 519 500**	— 311 300	—	—
12 11	Bundesanstalt für Straßenbau	**209 000**	+ 4 900	**435 100**	387 300
12 12	Kraftfahrt-Bundesamt	**8 897 600**	+ 1 950 000	**3 290 600**	2 771 600
12 13	Überprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungsbeamten	**15 600**	— 700	**86 800**	73 100
12 14	Deutscher Wetterdienst	**1 266 900**	+ 118 500	**17 157 900**	14 629 900
12 15	Bundesanstalt für Flugsicherung	**78 400**	+ 43 700	**12 098 300**	9 242 900
12 16	Luftfahrt-Bundesamt	**21 200**	+ 4 200	**523 000**	410 100
	Zusammen	**118 014 200**	+ 24 296 200	**92 963 900**	78 886 100
	13				
	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen				
13 01	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen	—	—	**65 600**	60 300
13 03	Bundesdruckerei	**2 198 300**	+ 172 800	—	—
	Zusammen	**2 198 300**	+ 172 800	**65 600**	60 300
	14				
	Bundesminister für Verteidigung				
14 01	Bundesministerium für Verteidigung	**15 100**		**36 004 900**	
14 02	Allgemeine Bewilligungen	**825 000**		—	
14 03	Kommandobehörden, Truppen usw.	**1 000**		**875 455 600**	
14 04	Bundeswehrverwaltung	**7 000**		**277 069 100**	
14 05	Bildungswesen	—		—	
14 06	Seelsorge	—		**4 969 700**	
14 07	Rechtspflege	**1 000**		**1 259 800**	
14 08	Sanitätswesen	**100**		—	
14 09	Veterinärwesen und Tierhaltung	—		—	
14 10	Verpflegung	—		—	
14 11	Bekleidung	—		—	
14 12	Unterbringung	**363 000**		—	
14 13	Pionierwesen	**1 000**		—	
14 14	Fernmeldewesen	**551 000**		—	
14 15	Feldzeugwesen	**4 000**		—	
14 16	ABC-Schutz	**100**		—	
14 17	Quartiermeisterwesen	**50 000**		—	
14 18	Indienst- und Instandhaltung von Schiffen	—		—	
14 19	Indienst- und Instandhaltung von Flugzeugen	—		—	
14 21	Rüstungsamt	**118 300**		**21 147 700**	
14 22	Wehrersatzwesen	**100**		**80 588 100**	
	Zusammen	**1 936 700**	+ 1 936 700	**1 296 494 900**	—

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1957	1956	1957	1956	1957	1956	1957	gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
357 300	392 300	**150 000**	230 000	—	—	**1 732 800**	— 15 600	11 09
—	—	**3 517 970 000**	4 131 670 000	**520 000**	7 839 000	**3 518 490 000**	— 621 019 000	11 10 *)
—	—	**514 620 000**	615 495 000	—	—	**514 620 000**	— 100 875 000	11 11
—	—	**6 700 000**	7 000 000	—	—	**6 700 000**	300 000	11 12
—	—	**4 476 450 000**	3 254 275 000	**200 000 000**	222 500 000	**4 676 450 000**	+ 1 199 675 000	11 13
2 728 700	2 562 300	**8 518 529 000**	8 011 257 000	**200 674 000**	230 482 400	**8 736 341 300**	+ 480 499 000	
2 577 200	2 469 800	—	—	—	—	**15 300 000**	+ 2 028 700	12 01
—	—	**402 009 900**	392 818 200	**36 233 600**	33 304 000	**438 243 500**	+ 12 121 300	12 02
6 697 900	6 214 900	**104 883 300**	101 552 300	**117 478 600**	116 249 600	**269 699 600**	+ 10 424 100	12 03
—	—	—	—	—	—	—	—	12 04
—	—	—	—	—	—	—	—	12 05
138 500	152 900	**51 900**	49 900	**106 600**	14 200	**908 600**	+ 164 300	12 06
97 300	127 700	**69 100**	22 000	**51 400**	51 500	**700 900**	+ 56 100	12 07
57 000	55 900	—	—	**7 000**	10 800	**423 200**	+ 62 900	12 08
351 900	385 900	**1 270 700**	1 232 900	**821 300**	700 900	**6 999 600**	+ 633 400	12 09
—	95 000	**206 900 600**	154 802 700	**528 108 400**	539 111 300	**735 009 000**	+ 41 000 000	12 10
99 500	94 300	**37 000**	27 500	**61 000**	9 000	**632 600**	+ 114 500	12 11
1 199 900	1 040 200	**2 765 000**	1 580 000	**1 036 400**	1 030 500	**8 291 900**	+ 1 869 600	12 12
71 900	69 600	—	—	—	—	**158 700**	+ 16 000	12 13
1 874 200	1 788 400	**5 313 600**	4 899 100	**1 729 800**	1 351 800	**26 075 500**	+ 3 406 300	12 14
1 542 900	1 218 200	**6 450 600**	5 476 800	**7 299 900**	6 589 400	**27 391 700**	+ 4 864 400	12 15
162 500	171 500	**229 200**	223 200	**6 800**	600	**921 500**	+ 116 100	12 16
14 870 700	13 884 300	**729 980 900**	662 684 600	**692 940 800**	698 423 600	**1 530 756 300**	+ 76 877 700	
—	—	—	—	—	—	**65 600**	+ 5 300	13 01
—	—	—	—	**993 700**	1 079 000	**993 700**	— 85 300	13 03
—	—	—	—	**993 700**	1 079 000	**1 059 300**	— 80 000	
10 315 300		**3 063 000**		**5 352 200**		**54 735 400**		14 01
50 116 000		**670 578 700**		—		**720 694 700**		14 02
50 016 300		**32 640 300**		**38 635 300**		**996 747 500**		14 03
16 107 400		**25 000**		**17 240 600**		**310 442 100**		14 04
—		**8 186 000**		**5 850 000**		**14 036 000**		14 05
1 275 300		**175 000**		**1 844 100**		**8 264 100**		14 06
67 400		**15 000**		**39 000**		**1 381 200**		14 07
—		**18 190 000**		**24 517 300**		**42 707 300**		14 08
—		**130 000**		—		**130 000**		14 09
—		**70 886 100**		**16 999 000**		**87 885 100**		14 10
—		**76 137 500**		**273 000 000**		**349 137 500**		14 11
98 167 000		**141 100 000**		**2 120 338 100**		**2 359 605 100**		14 12
—		**18 329 500**		**280 661 100**		**298 990 600**		14 13
—		**89 055 000**		**570 477 100**		**659 532 100**		14 14
—		**370 481 300**		**1 255 891 800**		**1 626 373 100**		14 15
—		**3 870 000**		**40 074 300**		**43 944 300**		14 16
—		**128 806 500**		**53 649 000**		**182 455 500**		14 17
—		**16 648 000**		**508 147 700**		**524 795 700**		14 18
—		**35 371 300**		**541 420 600**		**576 791 900**		14 19
3 611 000		**4 664 000**		**800 400**		**30 223 100**		14 21
9 973 500		**17 292 900**		**3 273 200**		**111 127 700**		14 22
239 649 200	—	**1 705 645 100**	8 767 742 000 *)	**5 758 210 800**	—	**9 000 000 000**	+ 232 258 000	

*) Ohne Berücksichtigung der Nachträge

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1957 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1957 DM	Personalausgaben 1956 DM
1	2	3	4	5	6
	19				
	Bundesverfassungsgericht				
19 01	Bundesverfassungsgericht	**4 900**	— 5 800	**1 889 400**	1 674 700
	20				
	Bundesrechnungshof				
20 01	Bundesrechnungshof	**7 300**	— 2 000	**6 404 300**	6 076 800
	24				
	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit				
24 01	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit	**15 000**	+ 3 100	**2 206 200**	2 046 400
24 03	Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) in Paris	**6 800**	—	**1 367 400**	1 320 600
	Zusammen	**21 800**	+ 3 100	**3 573 600**	3 367 000
	25				
	Bundesminister für Wohnungsbau				
25 01	Bundesministerium für Wohnungsbau	**15 600**	— 6 500	**3 932 700**	3 595 000
25 02	Allgemeine Bewilligungen	**1 026 500**	+ 657 000	—	—
25 03	Förderung des Wohnungsbaues	**70 312 000**	+ 7 167 000	—	—
25 04	Baulicher Luftschutz	**6 000**	+ 6 000	—	—
	Zusammen	**71 360 100**	+ 7 823 500	**3 932 700**	3 595 000
	26				
	Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte				
26 01	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	**5 000**	— 3 000	**3 022 200**	2 781 400
26 03	Dienststellen des Notaufnahmeverfahrens	**2 000**	+ 900	**5 230 400**	4 694 200
	Zusammen	**7 000**	— 2 100	**8 252 600**	7 475 600
	27				
	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen				
27 01	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	**60 400**	+ 46 400	**3 400 700**	3 062 200
	28				
	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates				
28 01	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates	**2 300**	— 1 000	**525 700**	518 400
	29				
	Bundesminister für Familienfragen				
29 01	Bundesministerium für Familienfragen	**400**	+ 100	**476 000**	430 200
	31				
	Bundesminister für Atomfragen				
31 01	Bundesministerium für Atomfragen	**2 700**	— 700	**1 991 400**	—

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1957	1956	1957	1956	1957	1956	1957	gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
361 600	346 100	**4 000**	4 000	**20 000**	70 700	**2 275 000**	+ 179 500	19 01
978 300	965 100	—	—	**22 600**	31 300	**7 405 200**	+ 332 000	20 01
400 500	393 500	**5 552 200**	3 932 500	—	10 500	**8 158 900**	+ 1 776 000	24 01
255 700	245 700	—	—	**6 500**	6 000	**1 629 600**	+ 57 300	24 03
656 200	639 200	**5 552 200**	3 932 500	**6 500**	16 500	**9 788 500**	+ 1 833 300	
750 700	753 700	**120 000**	100 000	**17 900**	42 000	**4 821 300**	+ 330 600	25 01
—	—	**17 747 200**	17 784 600	**10 150 000**	3 750 000	**27 897 200**	+ 6 362 600	25 02
—	—	**709 511 500**	182 944 000	**7 144 000**	106 189 000	**716 655 500**	+ 427 522 500	25 03
—	—	**4 900 000**	4 900 000	—	—	**4 900 000**	—	25 04
750 700	753 700	**732 278 700**	205 728 600	**17 311 900**	109 981 000	**754 274 000**	+ 434 215 700	
494 000	512 200	**15 130 000**	19 350 500	**2 713 100**	1 523 000	**21 359 300**	— 2 807 800	26 01
510 000	431 400	**8 000**	8 000	**5 000**	24 000	**5 753 400**	+ 595 800	26 03
1 004 000	943 600	**15 138 000**	19 358 500	**2 718 100**	1 547 000	**27 112 700**	— 2 212 000	
922 500	803 700	**88 266 000**	66 266 000	**32 400**	28 100	**92 621 600**	+ 22 461 600	27 01
107 000	130 800	—	—	—	21 400	**632 700**	— 37 900	28 01
141 000	146 400	—	—	—	—	**617 000**	+ 40 400	29 01
526 600	—	**30 025 000**	44 378 600	**51 568 600**	—	**84 111 600**	+ 39 733 000	31 01

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1957 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1957 DM	Personalausgaben 1956 DM
1	2	3	4	5	6
	32				
	Bundesschuld				
32 03	Bundesschuldenverwaltung	**1 018 600**	+ 711 400	**7 279 300**	2 005 500
32 05	Verzinsung und Tilgung	—	—	—	—
32 07	Zum Ankauf von Schuldurkunden des Bundes	—	—	—	—
32 08	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	—	—	—	—
32 09	Schulden des Bundes, die nicht der Bundesschuldenverwaltung unterliegen	**1 150 000**	+ 300 000	—	—
	Zusammen	**2 168 600**	+ 1 011 400	**7 279 300**	2 005 500
	33				
	Versorgung				
33 03	Versorgung der Bundesbeamten	—	—	38 782 000	32 685 000
33 04	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	—	—	1 796 000	898 000
33 06	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom 21. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind	—	—	82 424 000	83 770 000
33 07	Versorgung der verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen	40 150 000	— 9 920 000	965 900 000	881 327 000
33 08	Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	50 000	+ 34 000	405 615 000	433 593 000
	Zusammen	40 200 000	— 9 886 000	1 494 517 000	1 432 273 000
	35				
	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt nichtdeutscher Streitkräfte				
35 02	Besatzungskosten in Berlin	**1 000 000**	—	—	—
35 03	Auftragsausgaben Klasse I in Berlin	**50 000**	—	—	—
35 04	Auftragsausgaben Klasse II in Berlin	**10 000**	—	—	—
35 11a	Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufenthalt nichtdeutscher Streitkräfte im Geltungsbereich des Grundgesetzes entsteht	**30 000 000**	+ 5 000 000	—	—
35 11b	Besatzungsfolgekosten in Berlin	**115 000**	+ 100 000	—	—
	Zusammen	**31 175 000**	+ 5 100 000	—	—
	40				
	Soziale Kriegsfolgeleistungen				
40 03	Kriegsfolgenhilfe	**21 923 000**	— 3 678 000	—	—
40 04	Umsiedlung und Auswanderung	**3 000**	—	—	—
40 05	Abführung der Ausgleichsabgaben an den Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
40 06	Leistungen des Bundes an den Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
40 10	Kriegsgefangenenentschädigung	**290 000**	+ 280 000	—	—
	Zusammen	**22 216 000**	— 3 398 000	—	—

[1]) Vorjähriger Ansatz bei Kap. 35 01 Tit. 300.

Vorjähriger Ansatz bei Kap. 40 09 im Rechnungsjahr 1957 bei 11 10.

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1957	1956	**1957**	1956	**1957**	1956	**1957**	gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
1 914 600	398 400	**15 955 000**	15 310 000	**644 100**	207 000	**25 793 000**	+ 7 872 100	32 03
—	—	**1 521 434 800**	558 098 800 419 226 900	—	—	**1 521 434 800**	+ 544 109 100	32 05
—	—	**3 150 000**	266 500 000	—	—	**3 150 000**	— 263 350 000	32 07
—	—	**150 000 000**	150 000 000	—	—	**150 000 000**	—	32 08
—	—	**439 661 600**	432 889 300	—	—	**439 661 600**	+ 6 772 300	32 09
1 914 600	398 400	**2 130 201 400**	1 842 025 000	**644 100**	207 000	**2 140 039 400**	+ 295 403 500	
—	—	—	—	—	—	**38 782 000**	+ 6 097 000	33 03
—	— 898 000	—	—	—	—	**1 796 000**	+ 1 796 000	33 04
—	—	—	—	—	—	**82 424 000**	— 1 346 000	33 06
—	—	—	—	—	—	**965 900 000**	+ 84 573 000	33 07
—	—	—	—	—	—	**405 615 000**	— 27 978 000	33 08
—	— 898 000	—	—	—	—	**1 494 517 000**	+ 63 142 000	
—	—	**155 436 800**	155 436 800	—		**155 436 800**	—	35 02
—	—	**5 194 100**	5 194 100	—		**5 194 100**	—	35 03
—	—	**33 618 800**	33 618 800	—		**33 618 800**	—	35 04
—	—	**128 500 000**	82 800 000	**351 500 000**	210 000 000	**480 000 000**	+ 187 200 000	35 11 a
—	—	**13 045 000**	13 500 000	**9 580 000**	15 800 000	**22 625 000**	— 6 675 000	35 11 b
			232 258 000 [1]				— 232 258 000	
—	—	**335 794 700**	522 807 700	**361 080 000**	225 800 000	**696 874 700**	— 51 733 000	
—	—	**669 025 000**	680 754 000	**29 040 000**	30 000 000	**698 065 000**	— 12 689 000	40 03
—	—	**21 803 700**	24 863 000	**952 000**	7 709 000	**22 755 700**	— 9 807 300	40 04
—	—	**2 160 000 000**	2 265 000 000	—	—	**2 160 000 000**	— 105 000 000	40 05
—	—	**233 334 000**	233 334 000	—	—	**233 334 000**	—	40 06
—	—	**363 000 000**	363 000 000	—	—	**363 000 000**	—	40 10
—	—	**3 447 162 700**	3 566 951 000	**29 992 000**	37 700 000	**3 477 154 700**	— 127 496 300	

Gesamtplan

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1957 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1957 DM	Personalausgaben 1956 DM
1	2	3	4	5	6
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
60 01	Steuern und Abgaben				
	Besitz- und Verkehrsteuern	**13 655 000 000**	+ 610 000 000		
	Einkommen- und Körperschaftsteuer	**4 915 000 000**	+ 215 000 000		
	Zölle und Verbrauchsteuern	**8 314 000 000**	+ 1 603 500 000		
	Sonstige Abgaben	**410 500 000**	— 1 092 300 000		
	Lastenausgleich	**2 160 000 000**	— 105 000 000		
	Zusammen	**29 454 500 000**	+ 1 231 200 000	—	—
60 02	Allgemeine Bewilligungen	**2 643 448 900**	+ 430 903 300	**130 000 000**	250 000 000
*) 60 03	Beteiligungen des Bundes	**80 942 000**	+ 29 742 000	—	—
60 04	Sonderleistungen des Bundes	—	—	—	—
60 05	Finanzielle Hilfe für Berlin	—	—	—	—
	Zusammen	**32 178 890 900**	+ 1 691 845 300	**130 000 000**	250 000 000

Die mit *) gekennzeichneten Kapitel haben einen außerordentlichen Haushalt (s. Sp. 16—22).

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		Kap.
1957 DM	1956 DM	**1957** DM	1956 DM	**1957** DM	1956 DM	**1957** DM	gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—) DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
								60 01
—	—	—	—	—	—	—	—	
1 162 000	— 74 391 500	— **157 520 900**	— 127 712 000	—	2 370 000	— **26 358 900**	— 76 625 400	60 02
—	—	**535 000**	7 435 000	—	—	**535 000**	— 6 900 000	60 03*)
—	—	**795 375 000**	618 643 000	**20 400 000**	500 000	**815 775 000**	+ 196 632 000	60 04
—	—	**850 000 000**	950 000 000	—	—	**850 000 000**	— 100 000 000	60 05
1 162 000	— 74 391 500	**1 488 389 100**	1 448 366 000	**20 400 000**	2 870 000	**1 639 951 100**	+ 13 106 600	

Gesamtplan

Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen 1957 DM	Außerordentliche Einnahmen gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—) DM	Außerordentliche Ausgaben 1957 DM	Außerordentliche Ausgaben gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—) DM
16	17	18	19	20	21
	12				
	Bundesminister für Verkehr				
12 02	Allgemeine Bewilligungen	—	—	**115 000 000**	— 15 700 500
12 03	Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung	—	—	**2 500 000**	+ 2 500 000
12 10	Bundesfernstraßen	–	–	**284 985 000**	+ 284 985 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**402 485 000**	+ 271 784 500
	25				
	Bundesminister für Wohnungsbau				
25 03	Förderung des Wohnungsbaues	—	—	**742 107 000**	— 101 865 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	**742 107 000**	— 101 865 000
	32				
	Bundesschuld				
32 01	Einnahmen aus Anleihen	**1 128 592 000**	— 80 560 500	—	—
	Summe außerordentlicher Haushalt	**1 128 592 000**	— 80 560 500	—	—
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	—	—	—	—
	60				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
60 02	Allgemeine Bewilligungen	—	— 2 282 000 000	—	— 10 000 000
60 03	Beteiligungen des Bundes	**30 000 000**	— 15 400 000	**14 000 000**	— 74 580 000
	Summe der übrigen Kapitel ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	—
	Zusammen	**30 000 000**	— 2 297 400 000	**14 000 000**	— 84 580 000

Gesamtabschluß

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			Kap.
1957 DM	1956 DM	gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—) DM	1957 DM	1956 DM	gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—) DM	
22	23	24	25	26	27	28
43 969 800	30 819 200	+ 13 150 600	**553 243 500**	556 822 700	— 3 579 200	12 02
54 533 300	45 760 200	+ 8 773 100	**272 199 600**	259 275 500	+ 12 924 100	12 03
6 519 500	6 830 800	— 311 300	**1 019 994 000**	694 009 000	+ 325 985 000	12 10
12 991 600	10 307 800	+ 2 683 800	**87 804 200**	74 471 900	+ 13 332 300	
118 014 200	93 718 000	+ 24 296 200	**1 933 241 300**	1 584 579 100	+ 348 662 200	
70 312 000	63 145 000	+ 7 167 000	**1 458 762 500**	1 133 105 000	+ 325 657 500	25 03
1 048 100	391 600	+ 656 500	**37 618 500**	30 925 300	+ 6 693 200	
71 360 100	63 536 600	+ 7 823 500	**1 496 381 000**	1 164 030 300	+ 332 350 700	
1 128 592 000	1 209 152 500	— 80 560 500	—	—	—	32 01
1 128 592 000	1 209 152 500	— 80 560 500	—	—	—	
2 168 600	1 157 200	+ 1 011 400	**2 140 039 400**	1 844 635 900	+ 295 403 500	
1 130 760 600	1 210 309 700	— 79 549 100	**2 140 039 400**	1 844 635 900	+ 295 403 500	
—	2 282 000 000	— 2 282 000 000	—	10 000 000	— 10 000 000	60 02
30 000 000	45 400 000	— 15 400 000	**14 000 000**	88 580 000	— 74 580 000	60 03
32 178 890 900	30 487 045 600	+ 1 691 845 300	**1 639 951 100**	1 626 844 500	13 106 600	
32 208 890 900	32 814 445 600	— 605 554 700	**1 653 951 100**	1 725 424 500	— 71 473 400	

Gesamtplan

Zusammen

Ordentlicher Haushalt

Kap.	Bezeichnung	Ordentliche Einnahmen 1957 DM	Ordentliche Einnahmen gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—) DM	Personalausgaben 1957 DM	Personalausgaben 1956 DM
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	**16 400**	+ 6 000	**963 100**	869 900
02	Deutscher Bundestag	**94 600**	—	**5 948 300**	5 948 300
03	Bundesrat	**37 300**	+ 16 900	**957 500**	874 100
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	**187 300**	+ 700	**20 677 800**	19 952 400
05	Auswärtiges Amt	**2 896 200**	+ 351 000	**115 198 000**	101 424 900
06	Bundesminister des Innern	**8 128 000**	— 28 687 700	**142 793 700**	156 412 600
07	Bundesminister der Justiz	**32 112 700**	+ 2 085 200	**32 946 800**	29 235 500
08	Bundesminister der Finanzen	**173 012 200**	+ 16 510 500	**348 846 300**	305 890 600
09	Bundesminister für Wirtschaft	**8 307 600**	— 1 228 900	**39 251 400**	35 244 800
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	**469 233 000**	+ 15 489 600	**24 877 900**	22 118 300
11	Bundesminister für Arbeit	**32 546 800**	— 14 545 300	**14 409 600**	11 540 600
12	Bundesminister für Verkehr	**118 014 200**	+ 24 296 200	**92 963 900**	78 886 100
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	**2 198 300**	+ 172 800	**65 600**	60 300
14	Bundesminister für Verteidigung	**1 936 700**	+ 1 936 700	**1 296 494 900**	—
19	Bundesverfassungsgericht	**4 900**	— 5 800	**1 889 400**	1 674 700
20	Bundesrechnungshof	**7 300**	— 2 000	**6 404 300**	6 076 800
24	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	**21 800**	+ 3 100	**3 573 600**	3 367 000
25	Bundesminister für Wohnungsbau	**71 360 100**	+ 7 823 500	**3 932 700**	3 595 000
26	Bundesminister für Vertriebene	**7 000**	— 2 100	**8 252 600**	7 475 600
27	Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	**60 400**	+ 46 400	**3 400 700**	3 062 200
28	Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates	**2 300**	— 1 000	**525 700**	518 400
29	Bundesminister für Familienfragen	**400**	+ 100	**476 000**	430 200
31	Bundesminister für Atomfragen	**2 700**	— 700	**1 991 400**	—
32	Bundesschuld	**2 168 600**	+ 1 011 400	**7 279 300**	2 005 500
33	Versorgung	**40 200 000**	— 9 886 000	**1 494 517 000**	1 432 273 000
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt nichtdeutscher Streitkräfte	**31 175 000**	+ 5 100 000	—	—
40	Soziale Kriegsfolgeleistungen	**22 216 000**	— 3 398 000	—	—
60	Finanzverwaltung	**32 178 890 900**	+ 1 691 845 300	**130 000 000**	250 000 000
	Vorjährige Abschlußzahlen des weggefallenen E. Pl. 30 Bundesminister für besondere Aufgaben	—	— 7 400	—	363 600
	Insgesamt	**33 194 838 700**	+ 1 708 930 500	**3 798 637 500**	2 479 300 400

Außerordentlicher Haushalt

E.Pl.	Bezeichnung	Außerordentliche Einnahmen 1957	Außerordentliche Einnahmen gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—)	Außerordentliche Ausgaben 1957	Außerordentliche Ausgaben gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—)
16	17	18	19	20	21
12	Bundesminister für Verkehr	—	—	**402 485 000**	+ 271 784 500
25	Bundesminister für Wohnungsbau	—	—	**742 107 000**	— 101 865 000
32	Bundesschuld	**1 128 592 000**	— 80 560 500	—	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	**30 000 000**	— 2 297 400 000	**14 000 000**	— 84 580 000
	Übrige Einzelpläne ohne außerordentlichen Haushalt	—	—	—	
	Insgesamt	**1 158 592 000**	— 2 377 960 500	**1 158 592 000**	— 2 377 960 500

stellung **Gesamtplan**

Ordentlicher Haushalt

Sachausgaben		Allgemeine Ausgaben		Einmalige Ausgaben		Ordentliche Ausgaben		E.Pl.
1957	1956	1957	1956	1957	1956	1957	gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—)	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
7	8	9	10	11	12	13	14	15
— 467 300	— 559 200	250 000	250 000	1 035 300	1 061 200	1 781 100	+ 159 200	01
3 247 100	3 247 100	17 546 600	17 546 600	651 900	1 651 900	27 393 900	— 1 000 000	02
370 400	343 000	181 500	166 500	15 700	—	1 525 100	+ 141 500	03
— 2 632 400	— 2 693 600	28 554 300	27 872 000	911 600	1 097 400	47 511 300	+ 1 283 100	04
19 769 900	22 577 400	54 921 200	46 465 800	23 700 600	69 913 200	213 589 700	— 26 791 600	05
25 771 400	26 587 400	274 361 800	272 991 700	141 175 300	18 347 400	584 102 200	— 109 763 100	06
4 979 500	4 483 900	4 831 000	4 595 800	12 375 600	14 113 800	55 132 300	+ 2 703 300	07
129 423 400	121 875 400	385 809 500	374 525 500	52 938 900	61 551 900	917 018 100	+ 53 174 700	08
8 399 800	7 875 300	27 376 000	29 887 000	32 140 400	16 286 100	107 167 600	+ 17 874 400	09
6 083 300	5 328 300	616 479 800	922 122 400	896 644 300	520 545 400	1 544 085 300	+ 73 970 900	10
2 728 700	2 562 300	8 518 529 000	8 011 257 000	200 674 000	230 482 400	8 736 341 300	+ 480 499 000	11
14 870 700	13 831 300	729 980 900	662 684 600	692 940 800	698 423 600	1 530 756 300	+ 76 877 700	12
—	—	—	—	993 700	1 079 000	1 059 300	— 80 000	13
239 649 200	—	1 705 645 100	8 767 742 000	5 758 210 800	—	9 000 000 000	+ 232 258 000	14
361 600	346 100	4 000	4 000	20 000	70 700	2 275 000	+ 179 500	19
978 300	965 100	—	—	22 600	31 300	7 405 200	+ 332 000	20
656 200	639 200	5 552 200	3 932 500	6 500	16 500	9 788 500	+ 1 833 300	24
750 700	753 700	732 278 700	205 728 600	17 311 900	109 981 000	754 274 000	+ 434 215 700	25
1 004 000	943 600	15 138 000	19 358 500	2 718 100	1 547 000	27 112 700	— 2 212 000	26
922 500	803 700	88 266 000	66 266 000	32 400	28 100	92 621 600	+ 22 461 600	27
107 000	130 800	—	—	—	21 400	632 700	— 37 900	28
141 000	146 400	—	—	—	—	617 000	+ 40 400	29
526 600	—	30 025 000	41 378 600	51 568 600	—	84 111 600	+ 39 733 000	31
1 914 600	398 400	2 130 201 400	1 842 025 000	644 100	207 000	2 140 039 400	+ 295 403 500	32
—	— 898 000	—	—	—	—	1 494 517 000	+ 63 142 000	33
—	—	335 794 700	522 807 700	361 080 000	225 800 000	696 874 700	— 51 733 000	35
—	—	3 447 162 700	3 566 951 000	29 992 000	37 700 000	3 477 154 700	— 127 496 300	40
1 162 000	— 74 391 500	1 488 389 100	1 448 366 000	20 400 000	2 870 000	1 639 951 100	+ 13 106 600	60
—	103 200	—	—	—	404 400	—	— 871 200	
460 718 200	135 452 300	20 637 278 500	26 857 924 300	8 298 204 500	2 013 230 700	33 194 838 700	+ 1 708 930 500	

Gesamtabschluß

Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			E.Pl.
1957	1956	gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—)	1957	1956	gegenüber 1956 mehr (+) weniger (—)	
22	23	24	25	26	27	28
118 014 200	93 718 000	+ 24 296 200	1 933 241 300	1 584 579 100	+ 348 662 200	12
71 360 100	63 536 600	+ 7 823 500	1 496 381 000	1 164 030 300	+ 332 350 700	25
1 130 760 600	1 210 309 700	— 79 549 100	2 140 039 400	1 844 635 900	+ 295 403 500	32
32 208 890 900	32 814 445 600	— 605 554 700	1 653 951 100	1 725 424 500	— 71 473 400	60
824 404 900	840 450 800	— 16 045 900	27 129 817 900	28 703 790 900	— 1 573 973 000	
34 353 430 700	35 022 460 700	— 669 030 000	34 353 430 700	35 022 460 700	— 669 030 000	

Bundesdruckerei Bonn 7695 11. 56

Funktionenplan

(Gliederung des Bundeshaushaltsplans nach Aufgabenbereichen)

Zweiter Entwurf

Der Funktionenplan wird von der Bundesregierung nicht förmlich beschlossen, vom Haushaltsgesetz nicht ergriffen und im Bundesgesetzblatt nicht abgedruckt. Der Plan hat demgemäß nur nachrichtliche Bedeutung.

Vorwort

Mit dem nachfolgenden zweiten Entwurf eines Funktionenplans wird das vorläufige Ergebnis der im Vorwort zum ersten Gliederungsversuch angekündigten weiteren Bearbeitung und Ausfeilung vorgelegt. Unverändert trotz aller Änderungen in der Systematik und Methode bleibt das Ziel des Funktionenplans, den traditionellen, nach den Verantwortlichkeiten geordneten Haushaltsplan, der als Gesetzesgrundlage beibehalten werden muß, nicht zu ersetzen, sondern durch nachrichtliche Angaben über die Aufgaben des Bundes zu ergänzen. Der hiermit eingeschlagene Weg dürfte es ermöglichen, manche Wünsche und Anregungen zur Haushaltsreform zu erproben, ohne hergebrachte und bewährte Verfahrensweisen aufzugeben.

Der Überblick nach organisch zusammengehörigen Aufgabenbereichen, den der vorliegende zweite Entwurf eines Funktionenplans zu bieten sucht, ist zwar weitestgehend bis zu den finanzwirtschaftlich ins Gewicht fallenden konkreten Einzelaufgaben des Bundes herunter aufgegliedert. Seine Grundsystematik ist aber so aufgebaut, daß sich ihr auch die speziellen Aufgabengebiete der Länder und auch der Gemeinden und Gemeindeverbände zuordnen lassen. Soweit sich ihr andere Haushalte anschließen, eröffnet die Grundsystematik des vorliegenden Funktionenplans somit die Möglichkeit sachgemäßer Haushaltsvergleiche und -zusammenfassungen, weil sie die organisatorischen und verwaltungstechnischen Abweichungen überbrückt, die sich in den traditionellen Haushalten auswirken müssen und sollen.

Auch dies ist ein Versuch, zu dem in den nächsten Jahren Stellung genommen werden muß.

Die im ersten Entwurf des Funktionenplans für das Rechnungsjahr 1956 noch global nachgewiesenen Personal-, Sach- und Investitionsausgaben sind den Aufgaben, denen sie dienen, nunmehr restlos zugeordnet. Aus dem neuen Entwurf des Funktionenplans kann daher ohne weiteres abgelesen werden, welche Mittel zur Erfüllung bestimmter Aufgabenbereiche insgesamt ausgebracht sind. Bei Bewährung soll der Funktionenplan auf die Einnahmenseite erstreckt werden. Bereits in Vorbereitung befindet sich eine neuartige Titelübersicht, die sich zwar noch an den »Vorläufigen Eingliederungsplan« anlehnt, wirtschaftlichen Betrachtungen aber durch Umgruppierungen den Weg zu ebnen sucht. Dieser Gruppierungsplan und die Grundsystematik des Funktionenplans sollen in Zukunft zu einem Haushaltsquerschnitt zusammengefaßt werden. Darüber hinaus wollen sie die Bausteine weiterer auf besondere Fragestellungen ausgerichteter Übersichten und Haushaltsanalysen abgeben.

Funktionenplan

(Zusammenfassung)

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956
		— 1 000 DM —	
A	**Bundespräsident; Gesetzgebung; Bundesregierung**		
1	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	2 202	1 982
2	Gesetzgebung	28 360	28 218
3	Bundesregierung und Ministerien	213 480	145 617
	Summe A	244 042	175 817
B	**Auswärtige Angelegenheiten**		
1	Vertretung des Bundes im Ausland	134 587	117 194
2	Einzelne auswärtige Angelegenheiten	26 013	23 430
	Summe B	160 600	140 624
C	**Verteidigung**		
1	Deutsche Verteidigungsstreitkräfte	8 947 062	8 717 742
2	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt fremder Streitkräfte	696 875	3 133 908
3	Zivile Verteidigung; Luftschutz	103 281	91 498
	Summe C	9 747 218	11 943 148
D	**Öffentliche Sicherheit**		
1	Verfassungsschutz	9 990	8 322
2	Grenzschutz	194 301	113 267
3	Polizei	14 792	19 037
	Summe D	219 083	140 626
E	**Rechtsschutz**		
1	Verfassungsgerichtsbarkeit	2 275	2 096
2	Ordentliche Gerichtsbarkeit	9 610	9 356
3	Arbeitsgerichtsbarkeit	1 190	1 016
4	Sozialgerichtsbarkeit	2 520	1 994
5	Verwaltungsgerichtsbarkeit	5 823	5 193
6	Finanzgerichtsbarkeit	1 985	1 813
7	Strafvollzug	35	35
8	Allgemeine Rechtsschutzaufgaben	996	1 060
	Summe E	24 434	22 563

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956
		— 1 000 DM —	
F	**Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben**		
1	Allgemeine innere Verwaltung	2 329	1 971
2	Wahlen, Referenden	5 490	250
3	Personalwesen	3 852	2 354
4	Information	47 869	45 560
5	Förderung des Staatsgedankens	9 111	8 873
6	Statistik	23 732	21 585
7	Auswanderung	560	644
8	Verhütung und Beseitigung von Notfällen	7 668	6 941
	Summe F	100 611	88 178
G	**Finanzverwaltung**		
1	Steuer-, Zoll-, Vermögens- und Bauverwaltung	403 782	383 787
2	Kassen- und Schuldenverwaltung	25 918	16 562
3	Finanzschulen	—	295
4	Rechnungsprüfung	7 405	7 073
9	Einzelne Leistungen	66 035	35 030
	Summe G	503 140	442 747
H	**Schulen**		
5	Lehrerbildung	80	50
6	Sonstiges Schulwesen	23 633	21 653
	Summe H	23 713	21 703
J	**Wissenschaft**		
3	Wissenschaftliche Forschung	186 666	156 768
4	Allgemeine Förderungsmaßnahmen und Forschungsaufträge	29 089	54 144
5	Bibliotheks- und Archivwesen	2 451	2 052
6	Förderung wissenschaftlicher Sammlungen	632	732
	Summe J	218 838	213 696
K	**Kunst, Volksbildung, Heimatpflege und kirchliche Angelegenheiten**		
1	Theater, Film und Musik	2 350	2 350
2	Kunst	50	50
3	Heimatpflege	364	209
4	Einzelne kulturelle Aufgaben	8 255	7 920
5	Kirchliche Angelegenheiten	2 615	3 180
	Summe K	13 634	13 709

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956
		— 1 000 DM —	
L	**Soziale Sicherung**		
1	Arbeitsschutz und Arbeitsbeschaffung	39 150	51 034
2	Versicherungswesen	4 683 048	3 946 804
3	Fürsorge	1 245 541	1 333 019
4	Lastenausgleich	363 056	364 550
5	Kriegsopferversorgung	3 510 990	3 739 509
6	Sonstige soziale Kriegsfolgeleistungen	1 788 978	1 748 515
	Summe L	11 630 763	11 183 431
M	**Gesundheit, Sport und Jugendpflege**		
1	Gesundheit	15 646	14 139
2	Sport und Leibesübungen	1 388	1 333
3	Jugendpflege	51 576	52 372
	Summe M	68 610	67 844
N	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**		
1	Ernährung und Landwirtschaft	900 817	825 049
2	Tierzucht	30 128	30 079
3	Forsten	6 923	6 854
4	Jagd und Fischerei	11 131	13 423
5	Ländliches Siedlungswesen	160 904	155 524
6	Agrarstrukturelle Maßnahmen, Flurbereinigung	162 020	162 020
	Summe N	1 271 923	1 192 949
O	**Wasser- und Kulturbau, Wasserversorgung**		
1	Allgemeine wasserwirtschaftliche Maßnahmen	89 190	89 190
2	Erschließung des Emslandes	30 400	30 400
6	Talsperren	—	—
7	Wasserversorgung	30 000	30 045
8	Küstenschutz, Dünenwesen	500	500
9	Aufklärungsschriften, Organisationen u. a.	633	273
	Summe O	150 723	150 408

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956
		— 1 000 DM —	
P	**Wirtschaft**		
1	Allgemeine Förderung	145 830	270 654
2	Bergbau	19 520	18 320
3	Elektrizitätsversorgung	35 000	35 000
4	Gasversorgung	—	—
5	Atomkraft	12 250	6 800
6	Gewerbe und Handel	109 044	112 557
7	Bank- und Kreditwesen	14 073	104 592
8	Münzwesen	10 000	17 500
	Summe P	345 717	565 423
Q	**Verkehr**		
1	Allgemeine Verkehrsmaßnahmen	8 816	8 881
2	Straßenverkehr	8 465	6 475
3	Schienenverkehr	465 489	468 559
4	Schiffahrt	43 993	57 720
5	Luftfahrt	72 200	54 598
6	Post- und Fernmeldewesen	—	—
7	Fremdenverkehr	5 100	4 320
9	Konferenzen, Beiträge	49	109
	Summe Q	604 112	600 662
R	**Bau- und Wohnungswesen**		
1	Allgemeine Maßnahmen des Bauwesens	16 231	13 593
2	Bauverwaltung	1 199	989
3	Vermessung und Landesplanung	—	250
4	Straßenwesen	1 091 899	765 319
5	Wasserstraßen (Binnen- und Seewasserstraßen)	268 346	254 150
6	Wohnungsbau	1 455 018	1 125 360
8	Wiederaufbau, Kriegsschädenbeseitigung	7 515	8 265
9	Sonstige Baumaßnahmen	—	2 370
	Summe R	2 840 208	2 170 296

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956
		— 1 000 DM —	
S	**Allgemeines Finanzwesen**		
1	Steuern, Zölle, Monopole: Finanzzuweisungen	3 031 375	3 435 200
2	Versorgung	121 206	116 455
3	Schuldendienst	1 811 730	1 525 646
4	Vermögen	99 271	109 381
5	Besondere Kriegsfolgelasten	1 300 654	1 146 769
6	Allgemeine Rücklagen	—	—
7	Nichtaufteilbare Posten	— 179 651	— 445 509
8	Abwicklung der Vorjahre	—	—
9	Beitrag an den außerordentlichen Haushalt	—	—
	Summe S	6 184 585	5 887 942
	Gesamtausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts:	34 353 431	35 022 461

Funktionenplan

(Einzelgliederung)

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
A	**Bundespräsident; Gesetzgebung, Bundesregierung**			
A 1	**Bundespräsident und Bundespräsidialamt**			
11	**Bundespräsident**	290	290	0101.100—299
12	**Bundespräsidialamt**	1 162	942	0103.100—219, 298, 299, 850
19	**Patenschaften u. a.**			
	Patentschaften, Ehrengeschenke und besondere Zuweisungen	250	250	0101.300
	Ehrensolde, Unterstützungen, Beihilfen (Verfügungsmittel des Bundespräsidenten)	500	500	6002.662
	Summe A 1	2 202	1 982	
A 2	**Gesetzgebung**			
21	**Bundestag**			
	Personal und Ausstattung	9 547	9 547	0201.100—299, 712—880
	Aufwandsentschädigungen, Fahrkosten und Tagegelder	14 550	14 550	0201.300, 302—304
	Zuschüsse an die Fraktionen	1 008	1 008	0201.301
	Verfügungsfonds des Präsidenten	60	60	0201.305
	Besondere Veranstaltungen des Deutschen Bundestages (u. a. Sitzungen in Berlin)	225	225	0201.306
	Versicherung für die Abgeordneten	500	500	0201.307
22	**Bundesrat**			
	Personal und Ausstattung	1 344	1 217	0301.100—299, 850
	Tagegelder und Fahrkosten, Aufwendungen für Plenar- und Ausschußsitzungen	172	157	0301.300—302
29	**Kongresse, Wettbewerbe u. a.**			
	Parlamentarische Kongresse und Gesellschaften	954	954	0201.309
	Summe A 2	28 360	28 218	
	Nachrichtlich: Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrats: 633 (000) DM, siehe unter A 3			
A 3	**Bundesregierung und Ministerien**			
31	**Bundesregierung**	211 806	143 978	siehe auch nachrichtliche Angaben auf Seite 45
35	**Sozialreform u. a.**			
	Sozialreform	1 633	1 598	1109.100—299, 300
	Anteil des Bundes an den Kosten der Bewirtschaftung des Gästehauses (La Redoute)	41	41	0501.330
	Summe A 3	213 480	145 617	
	Summe A	244 042	175 817	
	Nachrichtlich: Bundeskanzler und Bundeskanzlei: 2 930 (000) DM, siehe unter A 3			

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
B	**Auswärtige Angelegenheiten**			
B 1	**Vertretung des Bundes im Ausland**			
11	**Auslandsvertretungen**	133 007	115 264	0503.100—299, 700, 710—780, 830, 850, 870—873, 880, 952
	1957: einschl. Minderausgaben 3 741 (200) DM, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt (1402. 222)			
19	**Paßstellen, Wahlkonsulate u. a.**			
	Paß- und Sichtvermerkstellen sowie sonstige nicht planmäßige Dienststellen	980	1 400	0503.325
	Wahlkonsulate	400	400	0503.322
	Bewilligungen für dienstunfähig gewordene Angestellte und sonstiges Hilfspersonal	120	60	0503.326
	Sonderaufträge	80	70	0501.326
	Summe B 1	134 587	117 194	
B 2	**Einzelne auswärtige Angelegenheiten**			
21	**Förderung der europäischen Einigung**			
	Teilnahme an Tagungen und Ausschußsitzungen des Europarates	50	50	0504.300, 301
	Beitrag des Bundes an den Europarat	1 640	1 640	0504.675
	Zuschüsse an den Deutschen Rat der Europäischen Bewegung, Europa Kolleg Brügge	167	170	0504.609—611
	Verhandlungen über europäische Einigung	1 106	500	0501.957
	Ausbildung der Beamten und Angestellten zur Verwendung bei internationalen Organisationen	50	50	0502.312
	Westeuropäische Union, Beitrag des Bundes	930	1 000	0502.678
29	**Sonstiges**			
	Geheime Ausgaben	3 000	3 000	0502.301
	Pflege kultureller, humanitärer und wissenschaftlicher Beziehungen zum Ausland	17 000	15 000	0502.302
	Außenpolitische Ausarbeitungen (Ost-Europa)	100	100	0501.970
	Förderung der Herausgabe außenpolitischer Dokumente und völkerrechtlicher Arbeiten	150	120	0502.309
	Zuschüsse an internationale und deutsche Gesellschaften	220	190	0502.603, 605, 610
	Übrige Angelegenheiten des auswärtigen Dienstes (Kommissionen, internationale Kongresse und sonstige Dienstleistungen)	1 600	1 610	0502.306, 307, 399, 6002.241
	Summe B 2	26 013	23 430	
	Summe B	160 600	140 624	
	Nachrichtlich:			
	Auswärtiges Amt: 24 988 (000) DM, unter A 3			
	Beitrag des Bundes zum zivilen Teil des Haushalts der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) erstattet aus dem Verteidigungshaushalt ..... 4 030 (000) DM (2502.680)			

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
C	**Verteidigung**			
C 1	**Deutsche Verteidigungsstreitkräfte**			
11	**Truppenführung, Truppenverwaltung**			
	Kommandobehörden, Truppen usw.	996 748		1403
	Bundeswehrverwaltung	310 442		1404
	Rüstungsamt	30 223		1421
	Wehrersatzwesen	111 128		1422
	Zusammen	1 448 541		
12	**Bekleidung**	349 138		1411
13	**Verpflegung**	87 885		1410
14	**Truppenbetreuung**			
	Bildungswesen	14 036		1405
	Seelsorge	8 264		1406
	Rechtspflege	1 381		1407
	Sanitätswesen	42 707		1408
	Zusammen	66 388		
15	**Ausrüstung** (Betrieb, Unterhaltung, Anschaffungen)			
	Pionierwesen	298 991		1413
	Fernmeldewesen	659 532		1414
	Feldzeugwesen	1 626 373		1415
	ABC-Schutz	43 944		1416
	Veterinärwesen, Tierhaltung	130		1409
	Quartiermeisterwesen	182 456		1417
	Indienst- und Instandhaltung von Schiffen	524 796		1418
	Flugzeugen	576 792		1419
	Zusammen	3 913 014		
16	**Unterbringung**	2 359 605		1412
17	**Versorgung der Soldaten der Bundeswehr** 1956: 898 (000) DM erstattet aus E. Pl. 14	1 796	(898)	3304.100—165
	Nachrichtlich:			
19	**Allgemeine Verteidigungsaufgaben**			
	Nachwuchswerbung	5 200		1402.302
	Ausbildungshilfe, Kosten der Außenhilfe, Abnahme- und Transportkosten	218 100		1402.303
	Militärgeschichtliche und -politische Arbeiten	268		1402.307
	Wehrtechnische Forschung, Entwicklung und Erprobung (Teilbeträge)	156 552		1402.308—310

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
	Internationale Versuche und Übungen, Gastlandkosten, Internationale Tagungen und Lehrgänge	1 200		1402.311
	Beteiligung an den Kosten von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten	5 000		1402.312
	NATO-Beitrag	20 000		1402.600
	NATO-Infrastruktur (Kostenanteil des Bundes)	264 000		1402.601
	Betreuuung ausländischer Besucher	250		1402.399
	Zuschuß an das Sprachwissenschaftliche Institut der Universität Bonn, Beiträge an Vereine und internationale Organisationen	9		1402.602, 675
	Erstattungen an andere Bundesbehörden	49 903		1402.222
	Kosten des Personalgutachterausschusses (01 03), Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen (04 03), Aufwendungen für Militärattachés (05 03), Beitrag zu den gemeinsamen Ausgaben der NATO (05 03), Durchführung militärischer Bauaufgaben (08 01, 08 04, 08 06, 12 01, 12 04, 12 14), Sonstige Ausgaben für Durchführung von Verteidigungsausgaben (10 01)			
	Zuwendungen, Abgeltung von Schadenersatzansprüchen, Verfügungsmittel	213		1402.223, 230, 241
	Zusammen	720 695		
	Summe C 1	8 947 062	8 717 742	
C 2	**Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt fremder Streitkräfte**			
21	**Stationierung ausländischer Streitkräfte**			
	Stationierungskosten gemäß Art. 4 Abs. 2 des Finanzvertrages	—	232 258	3505.300—307
	Besatzungskosten in Berlin	155 437	155 437	3502.300—305
	Verwendung des Stationierungskostenüberhangs	—	902 000	A 3505.300—307
	Verwendung des Besatzungskostenüberhangs	—	1 380 000	A 3502.300—325
	Auftragsausgaben in Berlin I. und II. Klasse	38 813	38 813	3503 u. 3504.300—309
25	**Besatzungs- und Stationierungsfolgekosten**	502 625	425 400	3511 a/b, (A 3511 a/b)
	Summe C 2	696 875	3 133 908	
C 3	**Zivile Verteidigung; Luftschutz**			
31	**Ziviler Luftschutz** (Bundesanstalt)	2 181	1 618	0622
32	**Luftschutzwarndienst**	40 550	22 330	0621
39	**Luftschutzgerät, Bauten, Hilfsorganisationen**			
	Zuschüsse zur Beschaffung von Luftschutzgerät, Luftschutzhilfsdienst, Instandsetzung und Bau von Luftschutzanlagen	27 500	44 500	0620.603—606
	Beschaffung und Verwaltung der Arzneimittelreserve für Luftschutzzwecke	8 000	10 000	0620.876
	Darlehen und Zuschüsse zur Vorbereitung und Errichtung von Erprobungsbauten und sonstige Luftschutzzwecke	4 650	4 650	(2504.550, 641, 642 (1956)), 2504.575, 642
	Zuschüsse an zentrale Hilfsorganisationen (4 400 (000) DM) und Bundesluftschutzverband e.V. Köln (4 000 (000) DM)	20 400	8 400	0620.601 602
	Summe C 3	103 281	91 498	
	Summe C	9 747 218	11 943 148	
	Nachrichtlich: Bundesministerium für Verteidigung 14 01: 54 735 (000) DM, siehe unter A 3			

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
D	**Öffentliche Sicherheit**			
D 1	**Verfassungsschutz**			
	(Bundesamt)	9 990	8 322	0609.100—999
D 2	**Grenzschutz**			
21	**Bundesgrenzschutz** (Betrieb und Beschaffungsstelle)	194 301	113 267	0625/0626
D 3	**Polizei**			
32	**Kriminalpolizei**			
	Nachrichten und Unterlagen zur Verbrechensbekämpfung (Bundeskriminalamt)	8 947	8 211	0610.100—999
	Beitrag zur Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission	32	32	0602.675 g
	Ausstattung für die Bereitschaftspolizei der Länder	5 813	10 794	0624
	Summe D 3	14 792	19 037	
	Summe D	219 083	140 626	
E	**Rechtsschutz**			
E 1	**Verfassungsgerichtsbarkeit**			
11	**Rechtsprechung in Verfassungsfragen**			
	(Bundesverfassungsgericht)	2 275	2 096	1901
E 2	**Ordentliche Gerichtsbarkeit**			
21	**Rechtsprechung in bürgerlichen Rechtsverfahren**			
	(Bundesgerichtshof)	9 610	9 356	0704
E 3	**Arbeitsgerichtsbarkeit**			
31	**Rechtsprechung in arbeitsrechtlichen Verfahren**			
	(Bundesarbeitsgericht)	1 190	1 016	1105
E 4	**Sozialgerichtsbarkeit**			
41	**Rechtsprechung für das Gebiet der Sozialgerichtsbarkeit**			
	(Bundessozialgericht)	2 520	1 994	1107
E 5	**Verwaltungsgerichtsbarkeit**			
51	**Rechtsprechung in allgemeinen Verwaltungsverfahren**			
	(Bundesverwaltungsgericht, Oberbundesanwalt)	3 319	2 737	0603/0604
52	**Rechtsprechung in Rückerstattungsverfahren**			
	(Oberstes Rückerstattungsgericht)	2 504	2 456	0706
	Summe E 5	5 823	5 193	
E 6	**Finanzgerichtsbarkeit**			
61	**Rechtsprechung für das Gebiet der Finanzgerichtsbarkeit**			
	(Bundesfinanzhof)	1 985	1 813	0803.100—999
E 7	**Strafvollzug**			
	Zuschüsse für überregionale Förderungsmaßnahmen Bewährungshilfe	35	35	0701.601

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
E 9	**Allgemeine Rechtsschutzaufgaben**			
	(Schiedsgerichte, Ausschüsse, Rechtsreform u. a.)			
	Prozeß- und Anwaltskosten für nach Artikel III des deutsch-amerikanischen Staatsvertrages vom 1. April 1953 (Bundesgesetzbl. II S. 301) zu führenden Rechtsstreitigkeiten	100	50	0807.304
	Beteiligung am Schiedsgerichtshof (Londoner Abkommen)	210	210	0501.967
	Ständiger Schiedshof in Den Haag (Beitrag des Bundes)	5	5	0502.677
	Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Sonderausschuß, Prüfungen)	226	254	0701.951, 952
	Kommission für gewerblichen Rechtsschutz	7	8	0701.302
	Richterwahlausschuß	5	5	0701.303
	Vorbereitung der Reform des Strafrechts, Genossenschaftsrechts und der Justizreform	182	188	0701.308—310
	Beiträge an internationale Organisationen	61	140	0701.675, 953
	Sammlung und Sichtung des Bundesrechts	200	200	0701.950
	Summe E 9	996	1 060	
	Summe E	24 434	22 563	
	Nachrichtlich: Bundesministerium der Justiz: 5 567 (000) DM unter A 3			
F	**Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben**			
F 1	**Allgemeine innere Verwaltung**			
11	**Verwaltungsangelegenheiten**			
	Staatsangehörigkeit, Ausländerzentralregister, Entschädigungsfragen, Auswanderung (Bundesstelle für Verwaltungsangelegenheiten)	2 325	1 967	0615.100—999
19	Beitrag zur internationalen Kommission für das Personenstandswesen in Den Haag	4	4	0602.675 h
	Summe F 1	2 329	1 971	
F 2	**Wahlen, Referenden**			
	Bundestagswahlen	5 240	—	0602.300
	Durchführung von Volksbegehren (gem. Art. 29 GG)	250	250	0602.302
	Summe F 2	5 490	250	
F 3	**Personalwesen**			
31	**Disziplinarangelegenheiten**			
	(Bundesdisziplinarhof, Bundesdisziplinargewalt, Bundesdisziplinarkammern)	2 832	1 366	0605, 0606, 0607
32	**Prüfungswesen**			
	(Oberprüfungsamt für den höheren technischen Verwaltungsdienst)	159	143	1213

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
39	**Verwaltungsakademien, einzelne Aufgaben**			
	Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, Bundesverband deutscher Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien, Mittelrheinische Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Bonn/Zuschüsse	143	141	0602.610—612
	Personalausschuß	11	11	0601.302
	Ausgleich überhöhter Fahrkosten im Verkehr mit Berlin, Verschickung von Kindern Bundesbediensteter	293	333	0601.304, 307
	Verwaltungskostenanteile für Versicherte der Bundesdienststellen (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder)	362	308	6002.220
	Fremdsprachlicher Unterricht	50	50	6002.260
	Stipendien für Studienreisen	2	2	1202.308
	Summe F 3	3 852	2 354	
F 4	**Information**			
41	**Presse- und Informationsdienst**	8 365	6 425	0403.100—299, 303, 305—308, 310, 850—872
42	**Nachrichtendienst**	23 106	23 106	0404.100—999
49	**Sonstiges Informationswesen**			
	Verfügungsfonds des Bundeskanzlers	11 700	12 700	0401 u. 0403.300
	Veröffentlichungen der Bundesregierung	1 260	1 100	0403.301, 302
	Erforschung der öffentlichen Meinung	150	150	0403.304
	Aufklärung der Bevölkerung über Sinn und Zweck steuerlicher Maßnahmen	29	29	0802.301
	Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen 7 349 (000) DM, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt	—	—	0403.309 u. 222
	Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der ehemaligen deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten	2 700	1 500	2601.950
	Informationsreisen fremder Staatsangehöriger	559	550	0502.304
	Summe F 4	47 869	45 560	
F 5	**Förderung des Staatsgedankens**			
51	**Förderung des demokratischen Gedankens** (Bundeszentrale für Heimatdienst)	7 231	6 680	0635
59	**Einzelne Förderungsmaßnahmen**			
	Orden und Ehrenzeichen	80	80	0103.250
	Einführung in die Arbeit der Volksvertretung und des Bundesrates	260	260	0201.308, 0301.303
	Tag der Deutschen Einheit (17. Juni) und nationaler Gedenktag des deutschen Volkes (7. September)	6	5	0602.303
	Stiftung »Hilfswerk 20. Juli« (Zuschuß)	360	380	0602.613
	Schaffung einer Stresemann-Gedächtnisstätte, Grabstätte	320	600	0602.603, 956
	Staatsbürgerliche Erziehung	140	144	602.632
	Hilfsarbeit von Flüchtlingsorganisationen	446	446	2701.301
	Bekämpfung des Rassenhasses (Zuschuß)	96	96	0602.642
	Förderung des europäischen Gedankens auf kulturellem Gebiet	172	182	0602.633
	Summe F 5	9 111	8 873	
F 6	**Statistik**			
61	**Statistischer Dienst**	23 530	21 383	0608
69	**Sonstige Aufgaben, Beiträge**			
	Kosten der Krankheitsarten- und Todesursachenstatistik (Zuschuß an die Rentenversicherung)	200	200	1101.603
	Beitrag an das Internationale Statistische Institut	2	2	0602.675 a
	Summe F 6	23 732	21 585	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
F 7	**Auswanderung**			
71	**Vorbereitung und Überwachung der Auswanderung** (Bundesamt für Auswanderung, siehe unter F 11)			
79	**Förderungsmaßnahmen**			
	Zuschüsse für gemeinnützige Einrichtungen	140	140	0602.605
	Sonderbeitrag an das zwischenstaatliche Komitee für europäische Auswanderung ..... vgl. ferner L 65.	420	504	4004.951
	Summe F 7	560	644	
F 8	**Verhütung und Beseitigung von Notfällen**			
81	**Technisches Hilfswerk**	7 167	6 440	0619.100—999
89	**Hilfsmaßnahmen**			
	Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen im Ausland	500	500	6002.679
	Beitrag an die Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes e. V.	1	1	2502.675 teilw.
	Summe F 8	7 668	6 941	
	Summe F	100 611	88 178	
	Nachrichtlich: Bundesministerium des Innern: 14 218 (000) DM, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen: 4 356 (000) DM, Bundesministerium für Familienfragen: 617 (000) DM, siehe unter A 3.			
G	**Finanzverwaltung**			
G 1	**Steuer-, Zoll-, Vermögens- und Bauverwaltung (Bundesfinanzverwaltung)** ..... (1957: einschließlich Minderangaben 29 473 (000) DM erstattet aus dem Verteidigungshaushalt)	403 782	383 787	0804.100—299 (ohne 220, 223), 300—302, 530, 700—759 (1956: ohne 724), (760—762, 764, 765), 800, 850—880
G 2	**Sonstige Verwaltungen**			
21	**Kassenverwaltung (Bundeshauptkasse)**	727	641	0808.100—199
22	**Schuldenverwaltung**	25 191	15 921	3203.100—299, 300, 301, 303, 710, 850, 870—872
	Summe G 2	25 918	16 562	
G 3	**Finanzschulen**			
	Wiederherstellung der ehemaligen Reichsfinanzschule Herrsching	—	295	(0804.763)
G 4	**Rechnungsprüfung**			
	(Rechnungshof)	7 405	7 073	2001
G 9	**Einzelne Leistungen**			
	Leistungen auf Grund der §§ 7 und 8 des 2. Überleitungsgesetzes	900	900	0804.351
	Umsatzsteuerpauschale	1 510	440	0602, 0802, 0901, 6002, jeweils 395
	Verwaltungskostenerstattungen und Entschädigungen an die Länder: 50 000 (000) DM an Dritte: 1 000 (000) DM	51 000	21 015	0804.220
	Erstattungen von Verwaltungsaufwand in Einzelfällen	12 000	12 000	6002.302
	Drucklegung des(r) Bundeshaushaltsplanes, (-rechnung)	400	400	6002.200

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
	Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens in Brüssel (Anteil des Bundes)	225	225	0802.675
	Internationale Polizeiausstellung in Essen (Beteiligung der Zollverwaltung)	—	50	(0804.303)
	Summe G 9	66 035	35 030	
	Summe G	503 140	442 747	
	Nachrichtlich: Bundesministerium der Finanzen: 30 003 (000) DM unter A 3.			
H	**Schulen**			
H 5	**Lehrerbildung**			
	Seminar für Angehörige der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (Veranstaltung für Lehrer von Fortbildungsschulen)	80	50	0602.312
H 6	**Sonstiges Schulwesen**			
	(Einzelne Förderungsmaßnahmen)			
	Förderung des deutschen Schulwesens im Ausland sowie Pflege der Beziehungen zum Ausland	14 000	12 000	0502.303
	Zuschuß für den deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen	40	40	0602.627
	Zuschüsse zur Förderung von Schulbauten in gefährdeten Grenzgebieten und im Zonenrandgebiet	9 320	9 320	2701.302 a
	Zuschuß zur Unterhaltung einer Bauernhochschule	35	35	1002.600 (1 a)
	Zuschüsse an die UNESCO-Institute für Pädagogik und Sozialwissenschaft	220	240	0602.644
	Beitrag des Bundes zum Bureau International d'Education	18	18	0502.680
	Summe H 6	23 633	21 653	
	Summe H	23 713	21 703	
J	**Wissenschaft und Forschung**			
J 3	**Wissenschaftliche Forschung**			
31	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Fleischwirtschaft	752	677	1016
	Milchwirtschaft	6 468	5 997	1011.100—999
	Lebensmittelfrischhaltung	1 007	596	1017
	Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfung	5 237	4 562	1010
	Forstpflanzenbau und Züchtung	1 559	1 321	1013
	Getreideverarbeitung	1 179	557	1015
	Qualitätsforschung	318	316	1018
	Tabakforschung	659	614	1019
	Vegetationskartierung	368	331	1022
	Rebenzüchtung	849	810	1023

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
	Forschungsaufträge			
	Agrarsoziologische und -soziale Maßnahmen (Untersuchungen im kleinbäuerlichen Bereich; Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie)	550	550	1002.664
	Forschungen und Versuche aus Zuweisungen Dritter	—	200	1002.678 (1956)
	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Land- und forstwissenschaftlicher Forschungsrat ...	75	75	1002.601
	Zuschüsse an:			
	ernährungswirtschaftliche Forschungseinrichtungen und Institute	997	956	1002.634
	Forschungsanstalt für Landwirtschaft	4 785	4 745	1002.602
	Hochschulinstitut für ausländische Landwirtschaft ..	100	100	1002.605 b
32	**Tierzucht und Fischerei**			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Kleintierzucht	733	637	1014
	Erforschung und Bekämpfung von Viruskrankheiten	2 787	2 041	1024
	Fischereiwesen und Fischverarbeitung, Meeresforschung	3 551	2 877	1012
	Forschungsaufträge			
	Kommission für Meeresforschung	150	150	1002.585 h 1 (333)
	Internationaler Rat für Meeresforschung	24	24	1002.675 (6)
	Durchführung von Forschungsaufträgen	120	120	1002.615 (b 3)
	Durchführung von milchwirtschaftlichen Forschungen (Grüner Bericht)	300	300	1002.630 a
	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Betrieb des Fischereiforschungsschiffes	702	584	1001.401
33	**Wirtschaft und Verkehr**			
	Forschungsaufträge			
	Straßenwesen	350	350	1210.303
	Luftfahrt	1 300	1 300	1202.617
	Bau- und betriebstechnische Fachgebiete der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung	90	90	1203.308
	Sonderaufträge an wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute (Pauschbeträge)	1 500	1 500	0902.305
	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Zuschüsse an:			
	Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen, Institut für Luftrecht, wissenschaftliche Gesellschaft für Luftfahrt, Lilienthalgesellschaft, Akademie für Luftfahrtforschung, Finanzwissenschaftliches Institut Köln	134	122	0802.600, 1202.608 (5), 607 b/c, 675
	Förderung			
	der Industrieforschung	3 500	3 500	0902.605
	wissenschaftlicher Zwecke auf den Fachgebieten der Verkehrsverwaltung	25	25	1202.620 (2, 3)
34	**Kernforschung**			
	Deutsche Atomkommission	90	80	3101.300
	Wissenschaftliche Forschung und Nachwuchsausbildung	2 200	2 200	3101.600
	Ausbildungsstätten für Ingenieure und Techniker	1 500	1 500	3101.601

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
	Förderung der Entwicklung der Atomtechnik und der Strahlennutzung	2 850	1 175	3101.620
	Entwicklung der Isotogentechnik und Kerntechnik	4 300	3 400	3101.610
	Entwicklung von Strahlenschutzmaßnahmen	2 000	425	3101.630
	Beiträge an internationale Organisationen sowie deutsche Vereine (15 000 DM) und zur Europäischen Organisation für kernphysikalische Forschung (13 000 000 DM)	13 015	7 189	3101.675, 676
	Zuschüsse an wissenschaftliche Institute und Einrichtungen	35 000	17 000	3101.950
	Zuschuß zum Betrieb einer Fortbildungsstätte für Strahlenschutz	250	—	3101.631
	Zuschüsse für die Modernisierung und Erweiterung von Ausbildungsstätten für Ingenieure und technische Hilfskräfte zur Förderung der Atomtechnik	4 250	—	3101.951
	Nachrichtlich:			
	Einrichtung von Versuchsreaktoren, siehe unter P 5			
	Bau eines Hochenergie-Elektronen-Synchrotrons in Hamburg, siehe unter P 5			
	Förderung des Abbaues und der Aufbereitung von Uran, siehe unter P 2			
35	**Wasserwirtschaft, Energie und Bauwesen**			
	Forschungsaufträge			
	Forschung auf dem Gebiet des Wohnungs-, Bau- und Siedlungswesens	405	445	2503.601
	Forschung auf dem Gebiet des Luftschutzes im allgemeinen und des baulichen Luftschutzes	2 250	1 450	0620.600 2504.640
36	**Raum- und Bodenforschung**			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Raumforschung	706	599	0614
	Geodäsie und Landeskunde	5 915	5 591	0616 0617
	Förderungsmaßnahmen			
	Bundeswichtige Aufgaben auf dem Gebiet der Bodenforschung (Zuschuß)	400	300	0902.612
	Beitrag an die Europäische Organisation für photogrammetrische experimentelle Untersuchungen	12	12	0602.675 (c)
39	**Sonstige wissenschaftliche Forschung**			
	Eigene Forschung (Forschungsanstalten)			
	Wetterdienst	26 076	22 669	1214
	(1957: einschl. Minderausgaben 65 (200) DM, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt)			
	Hauswirtschaft	559	521	1020
	Geschichte	354	281	0630
	Archäologie	5 168	3 507	0629
	Forschungsaufträge			
	Forschung auf dem Gebiet der Sozialreform	100	150	1109.600
	Sozialwissenschaftliche Forschung	200	200	1101.602
	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Förderung der Osteuropa-Institute	430	350	0602.620

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
	Zuschüsse an/zur:			
	Förderung überregionaler rechtswissenschaftlicher Vereinigungen, Forschungsinstitute und Veröffentlichungen im allgemeinen deutschen Interesse	100	100	0701.600
	Kunsthistorisches Institut in Florenz	180	180	0602.630
	Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde und an die Südost-Europa-Gesellschaft	205	165	0502.600, 601
	Asieninstitut	100	100	0502.606
	Deutsche Afrika-Gesellschaft	150	60	0502.607
	Institut für Zeitgeschichte	170	170	0602.619
	Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien	92	102	0602.621
	Deutsche Forschungsgemeinschaft	5 450	20 000	0602.615 u. (1401.301 teilw. 1956)
	Max-Planck-Gesellschaft	.	7 000	1401.301 teilw.
	Forschungsinstitute für kulturelle und volkspolitische Zwecke	31 800	23 800	2701.300 teilw.
	Beitrag für das Institut für Mittelstandsforschung	200	—	0902.614
	Beitrag an das Internationale Institut für Verwaltungswissenschaft in Brüssel	20	20	0602.675 b
	Summe J 3	186 666	156 768	
J 4	**Allgemeine Förderungsmaßnahmen und Forschungsaufträge**			
	Förderung von Schwerpunkten in der deutschen wissenschaftlichen Forschung	15 000	15 000	0602.617
	Allgemeine Förderung der deutschen wissenschaftlichen Forschung	1 800	1 694	0602.616
	Wissenschaftliche Forschung aus Verteidigungsmitteln	.	28 000	1401.301 teilw.
	Studienstiftung des Deutschen Volkes (Zuschuß)	5 000	2 161	0602.622
	Förderung der ideellen Bestrebungen der deutschen Studenten (Studentenaustausch)	400	380	0602.623
	Förderung des Studiums von Ausländern an deutschen Hochschulen	700	800	0602.624
	Studienförderung von Flüchtlingsstudenten	4 000	4 000	0602.625
	Austausch deutscher und ausländischer Forscher; internationale wissenschaftliche Kongresse (Zuschüsse)	180	100	0602.631
	Aufenthalt eingeladener ausländischer Rechtswissenschaftler	9	9	0701.301
	Förderung von gesamtdeutschen Aufgaben der deutschen Hochschulen	2 000	2 000	2701.305
	Summe J 4	29 089	54 144	
J 5	**Bibliotheks- und Archivwesen**			
51	**Bibliothekswesen**			
	Deutsche Bibliothek (Beitrag) 1956: einschl. Zuschuß für den Neubau	200	309	0602.640, 954
	Internationaler amtlicher Schriftentausch für die BRD	32	32	0602.306
52	**Archivwesen**			
	Wissenschaftliche Auswertung des bei Bundesdienststellen anfallenden Archivgutes (Bundesarchiv)	2 168	1 660	0613
	Deutsches Literaturarchiv (50 000 DM) und an die Archivschule in Marburg (500 DM) (Zuschüsse)	51	51	0602.639 b, 628
	Summe J 5	2 451	2 052	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
J 6	**Förderung wissenschaftlicher Sammlungen** (Zuschüsse und Beiträge)			
	Deutsches Gesundheitsmuseum, Köln (1956 einschließlich 500 000 DM Zuschuß für den Neubau) ...	139	639	0602.649
	Freies Deutsches Hochstift	60	60	0602.638
	Stiftung »Preußischer Kulturbesitz«	25	25	0602.311
	Rhein-Main-Museum, Koblenz ..... Zuschuß für den 2. Bauabschnitt des Wiederaufbaus	8	8	1202.600 b
	der kriegszerstörten Teile des Germanischen National-Museums in Nürnberg, 1. Teilbetrag	200	—	0602.950
	Für die Inbetriebnahme, Einrichtung und Zwischenverwaltung der drei deutschen Kunstinstitute in Rom und Olevano	200	—	0602.970
	Summe J 6	632	732	
	Summe J	218 838	213 696	
	Nachrichtlich: Bundesministerium für Atomfragen: 2 767 (000) DM, siehe unter A 3			
K	**Kunst, Volksbildung, Heimatpflege und kirchliche Angelegenheiten**			
K 1	**Theater, Film und Musik**			
19	Auszeichnungen bester Jahresleistungen und sonstige fördernde Maßnahmen auf dem Gebiete des Filmwesens	2 350	2 350	0602.635
K 2	**Kunst**			
	Deutsche Schiller-Gesellschaft (Zuschuß)	50	50	0602.639 a
K 3	**Heimatpflege**			
31	**Naturschutz und Landschaftspflege** (Bundesanstalt)	114	109	1021.100—999
39	Verein Naturschutzpark e. V. (Zuschuß)	250	100	1002.604
	Summe K 3	364	209	
K 4	**Einzelne kulturelle Aufgaben**			
	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Beitrag)	1 750	1 800	0502.675
	Verwaltungsausgaben des Europäischen Kulturzentrums in Genf (Zuschuß)	20	70	0502.609
	Förderung zentraler Arbeiten im Interesse der Frau	70	70	0602.604
	Erhaltung und Wiederaufbau von Kulturbauten mit besonderer nationaler Bedeutung (Zuschüsse)	400	400	0602.641
	Union internationale des Organismes Familiaux (Beitrag)	5	5	0602.675 f
	Förderung der Arbeit der deutschen UNESCO-Kommission in Köln	160	160	0602.636
	Förderung der kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen von internationaler Bedeutung	1 800	1 365	0602.637
	Fortführung der Bauarbeiten an der St. Marienkirche in Lübeck	150	150	0602.951

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
	Erhaltung und Auswertung des kulturellen Heimaterbes der Heimatvertriebenen und zur Förderung der kulturellen Bestrebungen der Flüchtlinge (Zuschüsse) ..	900	900	2601.601
	Förderung kultureller Maßnahmen gesamtdeutschen Charakters im Zonenrandgebiet	3 000	3 000	2701.302 b
	Summe K 4	8 255	7 920	
K 5	**Kirchliche Angelegenheiten**			
	Versorgung heimatvertriebener Seelsorger, Kirchenbeamten, Kirchenangestellten sowie ihrer Hinterbliebenen, Zuschuß an die evangelische und katholische Kirche sowie an Freikirchen	2 115	2 680	0602.608
	Zuschuß an den Bischof von Hildesheim und die braunschweigische ev.-luth. Landeskirche, Beseitigung von Kirchennotständen im Salzgittergebiet	500	500	6003.621
	Summe K 5	2 615	3 180	
	Summe K	13 634	13 709	
L	**Soziale Sicherung**			
L 1	**Arbeitsschutz und Arbeitsbeschaffung**			
11	**Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht**			
	Unfallverhütung und Gewerbehygiene (Bundesinstitut)	415	349	1104
	Einzelne Förderungsmaßnahmen			
	Durchführung von Studien und Studienreisen	30	30	1101.600
	Unterstützung und Förderung der Arbeits-, Lohn- und Gesundheitsverhältnisse der Arbeitnehmer, Unterstützung von Einrichtungen zur Untersuchung und Verhütung von Unfallgefahren, Beiträge an Vereine usw. auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes	200	200	1101.601
	Zuschüsse:			
	a) an den Deutschen Arbeitsring für Lärmbekämpfung (25 (000) DM) und			
	b) an die Fachgruppen Staubtechnik des VdI (25 (000) DM)	50	50	1101.604
	Beiträge an internationale Arbeitsorganisationen	1 450	1 400	1101.675
12	**Arbeitsbeschaffung**			
	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Grundförderung)			
	Darlehen:			
	a) an Gebietskörperschaften	11 000	10 200	1111.530
	b) an Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist	2 000	7 100	1111.531, 532
	c) an Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts	5 000	2 700	1111.533
	Zuschüsse:			
	a) an Gebietskörperschaften	13 000	22 750	1111.600
	b) an Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist	400	670	1111.601, 602
	c) an Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts	3 600	4 580	1111.603
	Darlehen für Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme für Arbeitslosenfürsorgeunterstützungsempfänger (2 Mill. DM) und für Heimkehrer (5 (000) DM) ..	2 005	1 005	1111.535, 536
	Summe L 1	39 150	51 034	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
L 2	**Versicherungswesen**			
21	**Versicherungsaufsicht**			
	Versicherungsunternehmen und Bausparkassen (Bundesaufsichtsamt)	3 334	3 155	0904
	Sozialversicherung (Bundesversicherungsamt)	1 833	932	1106
	Unfallversicherung (Bundesausführungsbehörde)	1 431	942	1103
22	**Sozialversicherung**			
	Rentenversicherung			
	1956:			1956:
	Grundbeträge in der Rentenversicherung d. Arbeiter		685 500	1113.600
	Erstattung der			
	Rentenzulagen		852 100	1113 aus 611 teilw.
	Aufwendungen nach dem Grundbetragserhöhungsgesetz		332 000	1113 aus 617 teilw.
	Rentenmehrbetragsgesetz		70 000	1113 aus 618 teilw.
	Mehraufwendungen an Verfolgte des Nationalsozialismus		800	1113.604
	Aufwendungen zur Gewährung von Steigerungsbeträgen für die Zeit der Zivilinternierung		150	1113.607
	Fremdrenten		388 000	1113 aus 605 teilw.
	Erstattung der Mehraufwendungen nach § 90 BVG (Kriegsopferversorgung)		364 000	4009 aus 304 teilw.
	1957:			
	Zuschüsse des Bundes auf Grund des Rentenversicherungsgesetzes	3 410 000	200 000	1113.600
	Rentenversicherung der Arbeiter 2 728 Mill. DM			
	Rentenversicherung der Angestellten 682 Mill. DM			
	Erstattung der Mindestzuschläge an die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	240 000	—	1113.612
	Zusammen	3 650 000	2 892 550	
	Teuerungszulagen für Empfänger von Sozialversicherungsrenten	—	500	(1113.613)
	Knappschaftsversicherung			
	Grundbeträge	77 000	76 200	1113.601
	Zuschuß zu den Ausgaben	200 000	—	1113.622
	Erstattung der			
	Rentenzulagen	200 000	192 900	1113.611 teilw.
	Aufwendungen nach dem			
	Grundbetragserhöhungsgesetz	36 000	35 000	1113.617 teilw.
	Rentenmehrbetragsgesetz	110 000	238 000	1113.618
	Erstattung der Mehraufwendungen nach § 90 BVG	26 000	26 000	1113.628
	Fremdrenten	28 000	28 000	1113.605 a
	Erstattungen von Teilen des Arbeitgeberbeitrages an Unternehmen des Steinkohlen- und Pechkohlenbergbaues	200 000	222 500	1113.950
	Zuschüsse an die Knappschafts-Krankenversicherung	31 000	29 000	1113.603
	Rentenauslagen für im Land Rheinland-Pfalz wohnende Berechtigte der früheren Lothringer Knappschaft	—	200	(1113.619)
	Unfallversicherung			
	Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung für ehem. Reichsbetriebe, Betriebe der britischen Zone und des VEW, BAfAVuAV und Unfallversicherung der Arbeitslosen	16 000	8 000	1113.609
	Fremdrenten	13 400	12 000	1113.605 b

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
	Krankenversicherung			
	Erstattung der Leistungen auf Grund des Mutterschutzgesetzes	60 000	40 000	1113.610
	Sonstige Leistungen			
	Erstattungen der Aufwendungen der Heimkehrer-Krankenhilfe	4 000	4 000	1113.606
	von Ausgleichsbeträgen an die im Bundesgebiet wohnenden Berechtigten saarländischer Sozialversicherungsträger	50	300	1113.614
	Leistungen nach dem Kindergeldergänzungsgesetz	5 000	5 000	1113.621
	Tuberkulosebekämpfung (Zuschuß)	20 000	56 500	1113.608
	Kosten der Beschaffung von Sicherungsunterlagen	—	125	(1113.605 a)
	Zuschuß an BVersA. für Angestellte zur Altersversorgung für das Deutsche Handwerk	—	75 000	(A 1113.650)
	Summe L 2	4 683 048	3 946 804	
L 3	**Fürsorge**			
31	**Arbeitslosenhilfe**			
	Arbeitslosenfürsorgeunterstützung	434 000	515 000	1111.300
	Förderung der Arbeitsaufnahme, Berufsbildungsmaßnahmen (Zuschüsse)	5 000	4 500	1111.301
	Unterstützung und Berufsfürsorge für Heimkehrer	7 790	7 300	1111.302
	Kindergeld an Alu-Empfänger	9 000	13 500	1111.304
	Durchführung der Arbeitslosenfürsorge (Verwaltungskostenpauschale an BAfAVuAV)	21 825	26 190	1111.303
32	**Kriegsfolgenhilfe / Allgemeine Fürsorge**			
	Individuelle Fürsorge (Pauschale)	354 363	374 050	4003.300
	Individuelle Fürsorge für Zugewanderte aus der sowj. Besatzungszone und der Stadt Berlin	63 000	83 000	4003.305
	Soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene (62 Mill. DM) und Darlehen im Rahmen der Berufsfürsorge (3 Mill. DM)	65 000	50 000	4003.306, 531
	Fürsorge im Ausland	4 000	1 300	4003.307
	Leistungen des Bundes zur Abgeltung von Mietbeihilfen	13 000	13 000	4003.320
	Kosten der Kriegsfolgenhilfe aus der Zeit vor dem 1. April 1955	3 000	5 000	4003.960
	Unterstützungen und Beihilfen für Deutsche im Ausland	800	600	0502.305
	Bundesausschuß der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenenfürsorge	15	15	0601.303
33	**Allgemeine Fürsorge / Einrichtungen**			
	Notaufnahmeverfahren (Dienststellen)	5 753	5 158	2603.100—999
	Grenzdurchgangs- und Notaufnahmelager (Pauschale)	39 119	41 293	4003.301
	Sonstige Durchgangs- und -wohnlager (Pauschale)	111 026	117 195	4003.302
	Darlehen an die Länder zur Durchführung der Lagerräumungsprogramme	18 650	—	4003.532
	Marburger Blindenstudienanstalt und andere Einrichtungen der Blinden-, Schwerbeschädigten- und Körperbehindertenfürsorge	464	464	0602.663
34	**Jugendhilfe**			
	Förderung der überregionalen Tätigkeit der Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e. V. (Zuschuß)	15	15	0701.602

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
35	**Jugendhilfe / Einrichtungen**			
	Schiffsjungenheime und Schifferkinderheime der Binnenschiffahrt (Beihilfen für —)	72	72	1202.603
36	**Förderung der freien Wohlfahrtspflege**			
	Weltkinderhilfswerk UNICEF (Beitrag)	1 500	1 200	0501.956
	Unterstützung und Förderung der Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes (Zuschuß)	270	270	0602.645
	Ausstattung der Heime des Müttergenesungswerkes (Zuschuß)	2 000	2 000	0602.959
	Organisation und Verbände der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten (Zuschuß)	350	350	2601.600
	Darlehen an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege	10 000	10 000	0602.530
	Transportkosten für Liebesgabensendungen	6 000	6 000	0602.955
39	**Allgemeine soziale Aufgaben**			
	Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (Bundesdienststelle/Nürnberg)	544	622	0633.100—999
	Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet der Fürsorge, Zuschuß für Familienferienheime	10 050	10 750	0602.660
	Betreuung von Besuchern aus der Sowjetzone, Förderung des Interzonenreiseverkehrs	31 000	17 000	2701.303 (1956) vergl. K 7
	Beihilfen für ehemalige politische Sowjetzonenflüchtlinge	25 000	25 000	4003.953
	Betreuung der heimatlosen Ausländer (Zuschüsse und Darlehen)	300	300	2601.603
	Zuschuß zu den Aufwendungen für die Unterstützung hilfsbedürftiger Deutscher in der Schweiz	1 320	1 650	0602.664
	Wirtschaftliche Sicherung früher außerhalb des Bundesgebietes tätiger deutscher Gelehrter im Ausland	70	170	0602.618
	Gesellschaft für sozialen Fortschritt/Bonn	5	5	0802.601
	Förderung deutscher Hilfsvereine im Ausland	200	50	0502.314
	Neubau eines Sammellagers für heimatlose Ausländer (Ersatz für Valka-Lager)	40	—	4003.710
	Darlehen zur Errichtung von Wohnungen und zum Existenzaufbau für heimatlose Ausländer	1 000	—	4003.951
	Summe L 3	1 245 541	1 333 019	
L 4	**Lastenausgleich**			
41	**Verwaltung** (Bundesausgleichsamt)	129 722	131 216	0805
42	**Leistungen**			
	Zuschuß an den Ausgleichsfonds	133 334	133 334	4006.600
	Verstärkung des Härtefonds	100 000	100 000	4006.601
	Summe L 4	363 056	364 550	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
L 5	**Kriegsopferversorgung**			
51	**Verwaltung**			
	Versorgungsbauten	200	7 339	1110.762
	Anschaffung von Einrichtungen	320	500	1110.870, 872
52	**Leistungen**			
	Versorgungsbezüge	3 277 000	2 678 000	1110.300
	Einmalige Unterstützungen	12 500	13 500	1110.302
	Heilbehandlung	220 000	225 000	1110.303
	Erstattung der Mehraufwendungen der Rentenversicherungsträger zu Leistungen nach dem Sonderzulagengesetz (Restbetrag), vgl. auch unter L 22)	—	42 000	(4009 aus 304)
	Verstärkung der Mittel	—	772 200	(4009.308)
59	**Fachliche Fortbildung, Vereine u. a.**			
	Fachliche Fortbildung im Versorgungswesen (Zuschüsse)	470	470	1110.652, 653
	Stiftung »Invalidenhaus« Berlin (Zuschuß)	100	100	1110.651
	Zuschüsse an Anstalten und Einrichtungen	400	400	1110.650
	Summe L 5	3 510 990	3 739 509	
L 6	**Sonstige soziale Kriegsfolgeleistungen**			
61	**Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen**	2 500	5 000	1110.305
62	**Kriegsgefangenenentschädigung**			
	Entschädigungsleistungen	318 000	318 000	4010.300
	Existenzaufbau, Beschaffung von Wohnraum (Darlehen)	40 000	40 000	4010.530
	Beihilfen zur Beschaffung von Hausrat	5 000	5 000	4010.600
63	**Versorgung der verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes**	965 900	881 327	3307.150—166, 199
64	**Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht**	405 615	433 593	3308.150—166
65	**Umsiedlung und Auswanderung**			
	Umsiedlung von Heimatvertriebenen (Pauschale)	14 962	15 793	4004.300
	Rückführung von Evakuierten (Pauschale)	867	916	4003.304
	Auswanderung von Kriegsfolgehilfeempfängern (Pauschale)	2 945	3 109	4004.301
	Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Auswanderung/ICEM/Verwaltungskostenbeitrag und -zuschuß (897 (000) DM), Auswandererpassagekosten (3 000 (000) DM)	3 897	5 961	4004.302—304
66	**Betriebliche Altersfürsorge**			
	Zuschuß zum Ausgleich von Härten	6 700	7 000	1112.600
69	**Übrige soziale Kriegsfolgeleistungen**			
	Leistungen für Personen, die aus politischen Gründen in Gebieten außerhalb der BRD und Berlin (West) in Gewahrsam genommen wurden (Ges. v. 6. August 1955/ BGBl. I S. 498)	5 000	5 000	1110.306

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
	Beihilfen an Flüchtlinge und Vertriebene (Ersatz für den Fortfall der Begünstigungen nach §§ 7e und 10a des EStG)	—	3 500	2601.604
	Schaffung eines Wohn- und Altersheimes für deutsche Emigranten in Paris (Zuschuß)	1 000	1 000	0201.951
	Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen (Zuschuß)	8 500	8 500	6004.541
	Betreuung deutscher Kriegsgefangener (Kostenerstattung an das Internationale Rote Kreuz)	1 250	1 300	0502.310
	Rechtsschutz von Deutschen im Ausland im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen	1 200	1 200	0502.311
	Wiedereingliederungsfonds des Europarates/Schneider-Plan (Darlehen)	532	7 196	4004.950
	Maßnahmen für im ausländischen Gewahrsam befindliche Kriegs-, Straf- und Untersuchungsgefangene, Internierte und deren Angehörige:			
	Unterstützungen ..... 5 020 (000) DM			
	Rückführung ..... 50 (000) DM			
	Kulturelle Betreuung ..... 40 (000) DM	5 110	5 120	2601.301—304
	Summe L 6 ...	1 788 978	1 748 515	
	Summe L	11 630 763	11 183 431	
	Nachrichtlich:			
	Bundesministerium für Arbeit ..... 8 830 (000) DM			
	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte .... 4 079 (000) DM siehe unter A 3			
M	**Gesundheit, Sport und Jugendpflege**			
M 1	**Gesundheit**			
11	**Gesundheitsdienst**			
	(Bundesgesundheitsamt einschl. Laboratorien und Ausstattung	7 784	6 988	0611
19	**Einzelne Förderungsmaßnahmen**			
	Bundesgesundheitsrat	24	24	0601.301
	Blutspendewesen (Zuschüsse)	1 000	1 000	0602.650
	Volksgesundheitliche Bestrebungen, Bekämpfung menschlicher Krankheiten	850	850	0602.646
	Bekämpfung der Suchtgefahren	150	150	0602.648
	Erfahrungsaustausch über gemeingefährliche und übertragbare Krankheiten	48	32	0602.658
	Kosten der laufenden Unterhaltung des Hospitals in Korea (Zuschuß an DRK)	3 600	3 200	0502.320
	Beiträge:			
	Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose ..	100	100	0602.647
	Weltgesundheitsorganisation	1 990	1 535	0602.675 d
	Kosten der internationalen Rauschgiftkontrolle	100	100	0602.675 e
	Kosten des internationalen Kongresses für Herz- und Lungenkrankheiten, Köln 1956	—	160	(0602.960)
	Summe M 1	15 646	14 139	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
M 2	**Sport und Leibesübungen**			
29	Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports und der Leibesübungen	1 000	950	0602.662
	Förderung motorsportlicher und luftsportlicher Veranstaltungen	8	8	1202.301
	Zuschüsse an Nürburgring-G. m. b. H. (250 (000) DM) und Deutschen Aero-Club (130 (000) DM)	380	375	1202.616, 618
	Summe M 2	1 388	1 333	
M 3	**Jugendpflege**			
31	**Prüfung jugendgefährdender Schriften**			
	Bundesprüfstelle	76	72	0631.100—300
39	**Einzelne Maßnahmen**			
	Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt:			
	a) im Rahmen des Bundesjugendplanes	37 000	37 800	
	b) für Ferienerholung für Kinder und Jugendliche	4 500	4 500	0602.661
	c) Darlehen und Beihilfen an jugendliche SBZ-Flüchtlinge	7 500	7 500	
	Durchführung des Jugendplanes in Berlin	2 200	2 200	2701.300 teilw.
	Bau einer Jugendherberge/Bonn (Zuschuß)	300	300	0201.950
	Summe M 3	51 576	52 372	
	Summe M	68 610	67 844	
N	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**			
N 1	**Ernährung und Landwirtschaft**			
11	**Allgemeine Förderung der Landwirtschaft**			
	(Förderungszuschüsse/Darlehen)			
	Förderung der Landtechnik und des landwirtschaftlichen Bauwesens	2 394	1 418	1002.616
	Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung	180	180	1002.600 (2)
	Förderung des Saatgutwesens (Vermehrungsanbau von Saatgut, Anbau stärkereicher Kartoffelsorten, Getreidehochzuchtsaatgut)	14 926	14 926	1002.609
	Davon: 12 Mill. DM Grüner Bericht			
	Förderung des Gemüse-, Obst- und Gartenbaues	300	300	1002.580 (b 1)
	Verbesserung des Absatzes von Obst, Gemüse und Kartoffeln, Prämien für Rodungsaktionen (Grüner Bericht)			
	Darlehen	5 000	5 000	1002.580 a
	Zuschüsse	10 000	10 000	1002.580 b 2
	Prämien für Lieferung von stärkereichen Kartoffeln an Kartoffelverarbeitungsbetriebe (Grüner Bericht)	3 000	3 000	1002.610
	Förderung des Weinbaues	1 000	1 000	1002.607

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
	Förderung der Milchwirtschaft (Grüner Bericht)			
	Zusammenlegung unwirtschaftlich arbeitender Molkereibetriebe	7 000	7 000	1002.630 b
	Stärkere Beteiligung der kleinbäuerlichen Betriebe an den Milchkontrollvereinen	3 000	3 000	1002.630 c
	Anschaffung von Kühleinrichtungen	6 000	6 000	1002.630 d
	Bau von Grünfuttersilos	3 000	3 000	1002.630 e
	Schulmilchspeisungen	6 000	6 000	1002.630 f
	Bekämpfung der pflanzlichen und tierischen Schädlinge	2 510	2 750	1002.614
	Nachrichtlich:			
	Ausbau der Wirtschaftswege 69 500 (000) DM (1002.574), siehe unter R 45			
	Förderung agrarsoziologischer und agrarsozialer Maßnahmen 550 (000) DM (1002.664), siehe unter J 31			
	Die global (1002.990) für Maßnahmen zur Durchführung des »Grünen Berichts 1957« veranschlagte Ausgabe in Höhe von 615 500 (000) DM ist entsprechend den Haushaltsansätzen für 1956 aufgeteilt.			
12	**Einrichtungen zur Förderung der Landwirtschaft**			
	Sortenschutz, Bundesamt für —	1 803	1 688	1004.100—999
	Förderung des Außenhandels für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft (Außenhandelsstellen)	4 634	4 124	1003.100— 999
14	**Vorratshaltung**	205 688	182 173	1002.620, 621
17	**Gutsbezirke und Domänen (Zuschüsse)**	275	305	0804.502—504, 508
18	**Subventionen**			
	Preisausgleich für eingeführtes Getreide und Zucker: Gewährung einer Lieferprämie für Roggen	45 100	50 100	1002.951
	Erstattung von Ausgleichsbeträgen für Einfuhrgüter der Land- und Ernährungswirtschaft (Importausgleichsgesetz)	6 000	9 300	1002.960
	Aufrechterhaltung eines angemessenen Preisstandes für angelieferte Milch	16 000	16 000	1002.665
	Durchführung eines übergebietlichen Ausgleichs in der Milchwirtschaft (gedeckt aus den Abgaben des Milch- und Fettgesetzes)	18 000	18 000	1002.631
	Ausgleichsbeträge zur Förderung der deutschen Eierwirtschaft	45 000	50 000	1002.958
	Verbilligung der Handelsdüngeranwendung (Grüner Bericht)	226 000	226 000	1002.962
	Stützung der inländischen Flachs- und Hanfpreise	2 500	2 500	1002.954
	Zinsverbilligungszuschüsse für			
	Konsolidierung umschuldungsbedürftiger, kurzfristiger Verbindlichkeiten (Grüner Bericht)	40 000	40 000	1002.955
	Darlehen zur Förderung agrar- und ernährungswirtschaftlicher Maßnahmen	49 857	38 360	1002.956
	Betriebsbeihilfen zur Verbilligung von Dieselkraftstoff			
	a) nach dem Verkehrsfinanzgesetz vom 6. April 1955	93 860	79 420	1002.953 a
	b) nach dem Grünen Bericht	35 568	—	1002.953 b
	Einkaufsbeihilfen für landwirtschaftliche Maschinen an gewerblich-landwirtschaftliche Lohnunternehmen (Grüner Bericht)	2 000	2 000	1002.612
	Verbilligung der Verwertung von Magermilchpulver und Nährkasein	2 000	—	1002.950

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
19	**Maschinenprüfung, Fachausbildung, Organisationen u. a.**			
	Landmaschinenprüfung			
	Ausbau des Schlepperprüffeldes des Kuratoriums für Technik in der Landwirtschaft (Zuschuß)	70	18	1002.870
	Errichtung der Landmaschinenprüfstelle der DLG (Zuschuß)	45	18	1002.959
	Ausbildungswesen			
	Ausbildung von Fachkräften auf dem Gebiete der tropischen und subtropischen Landwirtschaft (Zuschuß)	100	100	1002.605 a
	Berufs- und Fachausbildung auf dem Lande (Zuschüsse)	19 740	19 740	1002.603 a
	davon: 10 Millionen DM Grüner Bericht			
	Verbrauchsberatung, Absatzförderung			
	Unterrichtung der breiten Öffentlichkeit, insbesondere der Verbraucher, über allgemeine Marktfragen	150	—	0902.615
	Hauswirtschaftliche Aufklärung und Beratung (Zuschuß)	50	35	0902.608
	Verbraucherberatung, Ernährungsaufklärung, Absatzförderung	500	500	1002.650
	Ausstellungen, Lehrschauen, Kongresse	1 050	740	1002.652 a
	Absatzwerbung im Ausland	450	450	1002.652 b
	Beiträge an internationale Organisationen (Weizenrat, Zuckerrat, Kommission der Ernährungsindustrie, Weinamt, Milchwirtschaftsverband, Vereinigung für Samenkontrolle, Europ. Pflanzenschutzorganisation, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO), Vereinigung für hauswirtsch. Unterricht)	1 812	1 731	1002.675 (1—3, 5, 8, 9, 11, 14, 17)
	Sonstiges			
	Kosten der deutschen Verbindungsstelle zur FAO	57	50	1001.305
	Nachrichten- und Pressedienst	25	30	1001.300
	Wissenschaftliche Veröffentlichungen	90	78	1001.301
	Marktberichterstattung	130	130	1002.600 (1 b)
	Erhebungen auf dem Gebiet der Land- und Ernährungswirtschaft (Feststellungen zur Ertragslage, Berichterstatterdienst)	1 953	1 885	1002.670
	Erstattung der für bestimmte Niederungsgebiete zu erlassenden Lastenausgleichsabgaben an den LAF .... (Grüner Bericht)	16 000	16 000	1002.963
	Summe N 1	900 817	825 049	
N 2	**Tierzucht**			
21	**Allgemeine Förderung der Tierzucht und Tiergesundheit** (ohne Pferdezucht)			
	Förderung der Bienenzucht	100	50	1002.611
	Tierseuchenbekämpfung			
	Bekämpfung der Rindertuberkulose (Zuschüsse) ...	19 410	19 770	1002.615 a u. c
	Bekämpfung der Brucellose bei Rindern und Schafen	10 000	10 000	1002.615 d
	Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft der Virusgewinnungsanlagen	110	110	1002.615 b_1
	Vorratshaltung von Impfstoffen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche	360	—	1002.615 b_2
	Tierseuchenberichterstattung	16	16	1001.302
22	**Pferdezucht**			
	Förderung der Zucht des Warmblutpferdes Trakehner Abstammung (Zuschüsse)	90	93	1002.613

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
29	**Beiträge und Zuschüsse**			
	an den Deutschen Tierschutzbund	20	20	1002.600 (1 c)
	zum Internationalen Tierseuchenamt	17	17	1002.675 (4)
	zur Europäischen Vereinigung für Tierzucht/Rom und zur Internationalen tierärztlichen Föderation für Tierzucht/Paris	5	3	1002.675 (10, 15)
	Summe N 2	30 128	30 079	
N 3	**Forsten**			
31	**Förderung der Forst- und Holzwirtschaft**	369	358	1002.640
37	**Staatsforsten**			
	Verwaltung und Betrieb	6 554	6 496	0804.407, 411—422 (423), 424—431 (436), 450, 468 (605, 724)
	Summe N 3	6 923	6 854	
N 4	**Jagd und Fischerei**			
41	**Allgemeine Förderung der Fischerei**			
	Förderung der Fischerei			
	Darlehen	300	1 200	1002.585 a
	Zuschüsse	200	50	1002.585 b
	Marktstützung und Förderung des Fischabsatzes (aus Abgaben gemäß Fischgesetz vom 31. August 1955)	6 000	6 000	1002.677
47	**Fischereischutzboote**			
	Betrieb der Fischereischutzboote	1 369	920	1001.400
	Anschaffung und Inneneinrichtung eines dritten Fischereischutzbootes	100	1 400	1001.951
	Inneneinrichtung eines Ersatzbaues für das Fischereischutzboot »Frithjof«	—	440	1001.952
48	**Subventionen**			
	Betriebsbeihilfen für die Fischerei zur Verbilligung von Dieselkraftstoff	3 000	3 360	1002.952
49	**Jagd- und Fischereikosten u. a.**			
	Jagdkosten	68	43	0804.440
	Fischereikosten		4	(0804.441)
	Ablösung der Fischereirechte an der Donau im Kachletstauraum, 1. Teilbetrag	60	—	1203.765
	Beiträge zum Internationalen Jagdrat, zur Internationalen Überfischungskonvention und zur Nordwestatlantischen Fischereikonvention	16	6	1002.675 (7, 12, 16)
	Darlehen an die Fischereigesellschaft Edersee mbH zur Bestreitung der Kosten der Hochwasserschäden 1956 an der Fischzuchtanstalt in Niederwerbe	18	—	1203.530
	Summe N 4	11 131	13 423	
N 5	**Ländliches Siedlungswesen**			
51	**Förderung der ländlichen Siedlung**			
	Darlehen	104 000	100 770	1002.571 a
	Beihilfen	56 000	53 850	1002.571 b
59	**Verwaltungskostenerstattung**			
	Vergütung an die Deutsche Landesrentenbank für die Verwaltung der Soforthilfemaßnahmen für die Flüchtlingssiedlung	904	904	1001.308
	Summe N 5	160 904	155 524	
	Nachrichtlich: Ablösung von Flüchtlingssiedlungskrediten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms 1949/50 (Darlehen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau siehe unter: P 79			

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
N 6	**Agrarstrukturelle Maßnahmen, Flurbereinigung**			
61	**Umlegung, Erschließungsprogramme**			
	Förderung der Umlegung			
	Darlehen	23 000	23 000	1002.572 a
	Zuschüsse	37 000	37 000	1002.572 b
	Durchführung eines landwirtschaftlichen Erschließungsprogramms im Landesteil Schleswig (Nordprogramm)			
	Darlehen	12 000	12 000	6002 aus 572 a
	Zuschüsse	10 000	10 000	6002 aus 572 b
	Agrarstrukturelle Maßnahmen;			
	Aufstockung und Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe (Grüner Bericht)			
	Darlehen	60 000	60 000	1002.573 a
	Zuschüsse	20 000	20 000	1002.573 b
69	**Unternehmen**			
	Schleswig-Holsteinische Landgewinnungs und Erschließungs G. m. b. H. (Verwaltungskostenbeitrag an —)	20	20	6003.623
	Summe N 6	162 020	162 020	
	Summe N	1 271 923	1 192 949	
	Nachrichtlich: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: 10 864 (000) DM, siehe unter A 3			
O	**Wasser- und Kulturbau, Wasserversorgung**			
O 1	**Allgemeine wasserwirtschaftliche Maßnahmen**			
	Wasserwirtschaftliche und landeskulturelle Maßnahmen im norddeutschen Niederungsgebiet und in Süddeutschland (Grüner Bericht)			
	Darlehen	10 000	10 000	1002.575 a
	Zuschüsse	15 000	15 000	1002.575 b_1
	Wasserwirtschaftliche Maßnahmen mit übergebietlicher Bedeutung/Bundeswasserwirtschaftsfonds (Zuschüsse) ..	31 000	33 000	1002.575 b_2
	Förderung der Wasserwirtschaft und Landeskultur (Zuschüsse)	190	190	1002.617
	Förderung besonderer Vorhaben auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft und Landeskultur im Küstengebiet (Zuschüsse)	31 000	31 000	1002.619
	Summe O 1	89 190	89 190	
O 2	**Erschließung des Emslandes**			
	Darlehen	5 000	2 000	1002.570 a
	Zuschüsse	25 400	28 400	1002.570 b
	Summe O 2	30 400	30 400	
O 6	**Talsperren**	—	—	
	—			
O 7	**Wasserversorgung**			
71	**Ländliche Wasserversorgung, Kanalisation, Abwässerbeseitigung und -Verwertung**			
	Darlehen	10 000	10 000	1002.576 a
	Zuschüsse	20 000	20 000	1002.576 b
77	**Unternehmen**			
	Wasserwerk Klötzin (Zuschuß)	—	45	0804.500
	Summe O 7	30 000	30 045	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
O 8	**Küstenschutz, Dünenwesen**			
	Grundinstandsetzung der Dünenschutzwerke auf Borkum	500	500	1203.816, (1204.743)
	Summe O 8	500	500	
O 9	**Ausschüsse, Beiträge u. a.**			
	Koordinierung wasserwirtschaftlicher und -rechtlicher Fragen (interministerieller Ausschuß »Wasser«)	600	226	2401.311, (3001.951)
	Beitrag zur internationalen Kommission für Be- und Entwässerung	1	1	1002.675 (13)
	Zuschuß an den hydrologischen Arbeitskreis Koblenz	30	44	0902.607
	Aufklärungsschriften zur Bekämpfung der Ölverschmutzung der deutschen Küste	2	2	1202.300 e
	Summe O 9	633	273	
	Summe O	150 723	150 408	
P	**Wirtschaft**			
P 1	**Allgemeine Förderung**			
12	**Notstands- und Grenzgebiete, wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen im Inland**			
	Regionale Hilfsmaßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftskraft			
	Darlehen	45 000	65 000	6002.571 a
	Zuschüsse	20 000	30 000	6002.571 b
	Beseitigung kommunalpolitischer Notstände (Zuschuß an die Stadt Salzgitter)	—	6 900	6003.620
	Zur Steigerung der Wirtschaftskraft und wirtschaftsfördernde öffentliche Investitionen im Lande Schleswig-Holstein			
	Darlehen	18 000	30 000	6002.572 a
	Zuschüsse	5 000	18 000	6002.572 b
	Industrieansiedlung (Darlehen an das Land Hessen)...	—	10 000	A 6002.533
16	**Wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen im Ausland**			
	Förderung wirtschaftlich unterentwickelter Länder	—	50 000	0501.962
	Beteiligung an dem technischen Beistandsprogramm der UNO für wirtschaftlich unterentwickelte Länder	1 500	1 250	0501.961
	Wirtschaftlicher Aufbau von weniger entwickelten Ländern (Hilfeleistung durch Austausch von Sachverständigen, durch wirtschaftliches Lehrmaterial u. a.) ...	—	3 500	0902.613
	Förderung der jugoslawischen Wirtschaft	50 000	50 000	3209.530
	Kosten der deutsch-brasilianischen Kommission für wirtschaftliche Entwicklung (Beitrag des Bundes)	41	41	0501.971
19	**Europäische Zusammenarbeit und Wirtschaftsrat u. a.**			
	Maßnahmen im Rahmen der amerikanischen Wirtschaftshilfe und der europäischen Zusammenarbeit (Veröffentlichungen, Erfahrungsaustausch, Einfuhrkontrolle)	890	1 020	2401.301—303

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
	Erhaltung des deutschen Auslandsvermögens	250	250	0501.964
	Für Informationen über ausländische Wirtschaftsgesetze	57	57	0901.301
	Internationale Zollkonferenz (Teilnahmekosten)	—	151	(0901.952)
	Beitrag für den Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC)	3 462	2 913	2401.300
	Vertretung beim Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC)	1 630	1 572	2403.100—999
	Summe P 1	145 830	270 654	
P 2	**Bergbau**			
21	**Aufschlußarbeiten, Uranabbau u. a.**			
	Untersuchungs- und Aufschlußarbeiten im Eisenerzbergbau (Zuschuß)	1 500	1 500	0902.611
	Förderung des Abbaues und der Aufbereitung von Uranvorkommen (vgl. auch J 34)	3 500	2 500	3101.611
27	**Unternehmen**			
	Erhöhung des Grundkapitals der AG für Berg- und Hüttenbetriebe, Salzgitter	14 000	13 000	A 6003.890
	Kurhessischer Kupferschieferbergbau G. m. b. H. (Sontra) / Zuschuß	—	800	0902.609
	Betrieb der Versuchsgrube Tremonia (Zuschuß)	500	500	0902.600
29	Zeitschrift für Bergrecht und Bergwesen (Kostenzuschuß)	20	20	0901.302
	Summe P 2	19 520	18 320	
P 3	**Elektrizitätsversorgung**			
39	Verstärkung der elektrischen Stromversorgung und Durchführung der Restelektrifizierung (Grüner Bericht)			
	Darlehen	20 000	20 000	1002.577 a
	Zuschüsse	15 000	15 000	1002.577 b
	Summe P 3	35 000	35 000	
P 4	**Gasversorgung**	—	—	
	—			
P 5	**Atomkraft**			
39	Förderung und Beteiligung an der Errichtung von Kernreaktoren	10 500	6 800	3101.890—892
	Bau eines Hochenergie-Elektronen-Synchrotrons in Hamburg	1 750	—	3101.955
	Summe P 5	12 250	6 800	
P 6	**Gewerbe und Handel**			
62	**Einrichtungen zur Gewerbeförderung**			
	Patentwesen (Deutsches Patentamt)	36 611	34 683	0705
	Physikalisch-technische Prüfungen (Bundesanstalt)	15 313	10 337	0903
	Durchführung von Rechtsvorschriften für die gewerbliche Wirtschaft (Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft)	5 207	5 245	0905
	Warenverkehr (Bundesstelle für den —)	—	90	(0905 a. 104—110)
	Außenhandelsinformation (Bundesstelle für —)	2 779	2 512	0906
	Materialprüfung (Bundesanstalt für —)	5 752	4 592	0907
	Kartellwesen (Kartellamt)	2 500	2 500	0908

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
63	**Handwerk und Kleingewerbe**			
	Getränkeschankanlagen (Prüfstelle für —)	23	115	0902.306
	Förderung des Handwerks	6 000	6 000	0902.601
64	**Handel, Export und einzelne Gewerbezweige**			
	Förderung des Handels, Hotel- und Gaststättengewerbe	2 000	2 000	0902.610
	Förderung des Exports	1 850	1 850	0902.606
	Förderung der gewerblichen Wirtschaft (Zuschuß gem. § 8 (2) des Investitionshilfe-Schlußgesetzes vom 24. Februar 1955)	—	100	(0902.950)
	Prüfung der Kostenlage im Speditions- und Lagereigewerbe	20	20	1202.306
	Prüfung der Lage des gesamten unselbständigen Mittelstandes und der geistig schaffenden freien Berufe	600	153	2401.310, (3001.950)
67	**Unternehmen**			
	Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke (Völklingen) (Erwerb von 50 v. H. der Anteilsrechte)	—	25 000	(A 6003.894)
	Bundesdruckerei (Zuweisung zur Kapitalausstattung aus dem Gewinn)	994	1 079	1303.901
68	**Subventionen**			
	Betriebsbeihilfen für versteuertes Gasöl an gewerbliche und sonstige Betriebe der Wirtschaft	10 700	9 724	0902.952
69	**Rationalisierung, Messen, Beiträge u. a.**			
	Förderung der Rationalisierung, Normung und Formgebung	1 000	1 000	0902.604
	Messen			
	Förderung des deutschen Messewesens	180	180	0902.603
	Beteiligung an ausländischen Messen (Kostenbeitrag)	4 500	3 500	0902.602
	Beteiligung an der Weltausstellung 1958 in Brüssel (Kosten der Vorbereitung)	11 950	1 000	0902.951
	Einrichtung von Informationsständen bei in- und ausländischen Messen und Ausstellungen	320	85	3101.301
	Beiträge an			
	West-Ost-Handelssekretariat	6	6	0502.679
	Internationale Organisationen	186	180	0902.675
	Beschaffung wirtschaftlichen Materials zu Außenhandelszwecken	350	350	0502.300
	Betriebsprüfungen im Auftrage Dritter (Ausgaben für —)	200	250	0901.300
	Berufungskammer in Börsengerichtssachen	3	6	0901.303
	Summe P 6	109 044	112 557	
P 7	**Bank- und Kreditwesen**			
75	**Wertpapierbereinigung**			
	Wertpapierbereinigung (Bundesamt für —)	1 821	1 845	0807.100—299, 300—303
	Bereinigungsverfahren, Börseneinführungskosten und Kommissionssteuern für Auslandsbonds; Kosten für Maßnahmen zur Einsparung von Wertpapierbereinigung, Entschädigungen für Auskünfte und Beschaffung von Beweisunterlagen bei der Aufklärung verdächtiger Anmeldungen	602	2 000	3203.302

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
77	**Weltbank u. a.**			
	Zahlungen an die Weltbank	—	50 580	(A 6003.892)
	Bezüge des stellvertretenden Direktors der Weltbank	50	43	0901.305
	Deutsche Landesrentenbank und Deutsche Siedlungsbank (Erhöhung des Grundkapitals)	—	3 000	(A 1002.890)
79	**Kreditablösungen u. a.**			
	Kosten für die Abwicklung von Ansprüchen aus Hinterlegungen bei Berliner Hinterlegungsstellen	250	—	0902.953
	Zuschuß zur Zinsverbilligung bei der Umschuldung von Krediten von Vertriebenen- und Flüchtlings-Betrieben	2 000	2 000	0902.954
	Darlehen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Ablösung von Krediten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms 1949/50			
	Flüchtlingssiedlungskredite	9 330	12 000	1002.550, 6002.540
	Kredite an die gewerbliche Wirtschaft	—	20 000	(6002 aus 540)
	Kredite an die Seeschiffahrt	—	13 100	(6002 aus 540)
	Deutsch-Schweizerische Vertrauensstelle für Goldhypotheken (Kostenanteil des Bundes)	20	24	0901.304
	Summe P 7	14 073	104 592	
P 8	**Münzwesen**			
87	**Prägekosten, Materialbeschaffungskosten, Unterhaltung des Münzumlaufs, Bekämpfung der Falschmünzerei**	10 000	17 500	6002.396
	Summe P	345 717	565 423	
	Nachrichtlich:			
	Bundesministerium für Wirtschaft: 23 295 (000) DM siehe unter A 3			
	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 2 607 (000) DM siehe unter A 3			
Q	**Verkehr**			
Q 1	**Allgemeine Verkehrsmaßnahmen**			
11	**Sicherung des Güterverkehrs mit Berlin** (Darlehen)	8 500	8 500	2701.304
19	**Verkehrsrat; Selbstkostenausschuß**			
	Leistungs- und Kostenermittlung sowie verkehrs- und tarifpolitische Untersuchungen	110	200	1202.305
	Förderung allgemein wirtschaftlicher Zwecke auf allen Fachgebieten der Verkehrsverwaltung	150	125	1202 aus 620
	Deutscher Verkehrsrat	4	4	1202 aus 302 (3)
	Wissenschaftlicher Beirat	52	52	1202 aus 302 (2)
	Summe Q 1	8 816	8 881	
Q 2	**Straßenverkehr**			
22	**Besondere Einrichtungen**			
	Kraftfahrwesen (Kraftfahrt-Bundesamt)	8 292	6 422	1212
29	**Sonstige Maßnahmen**			
	Regulierung von Kraftfahrhaftpflichtschäden in Fällen, in denen ein Versicherungsschutz nicht besteht	170	—	0902.616
	Bundesverkehrswacht	—	50	(1202.605)
	Internationaler Verband der Straßenkongresse	3	3	1202.612
	Summe Q 2	8 465	6 475	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
Q 3	**Schienenverkehr**			
37	**Bundesbahn**			
	Anlagenfinanzierung, Beschaffung von rollendem Material nach Abschn. V des Verkehrsfinanzgesetzes	145 000	145 000	1202.510
	Finanzierungshilfe	200 000	200 000	1202.531
	Darlehen zu Investitionen	100 000	100 000	A 1202.536
	Wiederaufbau der Eisenbahnbrücke Kehl-Straßburg (Zuschuß)	—	3 850	1202.630
	Osthannoversche Eisenbahn AG (Beteiligung an —)	—	701	A 1202.890
	Vorortbahn Wilhelmshaven (Zuschuß)	975	860	0804.501
	Darlehen an nicht bundeseigene Eisenbahnen zur Verbesserung von Verkehrsanlagen, Beschaffung von Material	10 000	10 000	1202.533
38	**Subventionen**			
	Betriebsbeihilfen für Verkehrsbetriebe zur Verbilligung von Gasöl zum Betrieb schienengebundener Fahrzeuge	9 424	7 920	1202.954
39	Beitrag an das Zentralamt für den internationalen Eisenbahnverkehr	90	228	1202.611
	Summe Q 3	465 489	468 559	
Q 4	**Schiffahrt**			
42	**Besondere Einrichtungen**			
	Schiffsvermessung (Bundesamt für —)	423	360	1208
	Sicherung der Schiffahrtswege (Deutsches Hydrographisches Institut)	7 000	6 366	1209
43	**Wasser- und Schiffbau**			
	Versuchsanstalt für Wasser- und Schiffbau (Zuschuß)	125	130	1202.621
	Bau von Handelsschiffen auf deutschen Werften und Erwerb von Handelsschiffen im Ausland (Darlehen) ..	—	15 000	A 1202.530
47	**Unternehmen**			
	Bundesschleppbetrieb	—	—	1205.500
	Werft Brake, Wiederaufbau von Anlagen	200	250	1203.809
	Staatswerft Rendsburg-Saatsee, Durchführung außerordentlicher Instandsetzungsarbeiten	50	300	1203.901
	Staatswerft Minden, Beschaffung eines fahrbaren Krans	—	90	(1203.962)
48	**Subventionen**			
	Betriebsbeihilfen für die Hochsee-, Küsten- und Binnenschiffahrt zur Verbilligung von Dieselkraftstoff	25 680	18 610	1202.952
	Zinszuschüsse für private Darlehen zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte	—	6 000	1202.950

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
49	**Lotsen; technische Förderung, Ausbildungswesen u. a.**			
	Freie Lotsen	8 880	8 324	1202.307
	Übernahme von Lotseinrichtungen auf den Bund	200	—	1203.882
	Erprobung technischer Einrichtungen	170	170	1202.622
	Entmagnetisierung von Schiffen	—	265	1204.651
	Seenotdienst	1	1	1203.309
	Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger			
	Beihilfen	40	20	1202.604
	Zuschuß zum Bau eines Rettungskreuzers	—	350	1202.627
	Betrieb eines internationalen Eiswachdienstes im Nordatlantik (Beitrag)	25	25	1202.615
	Kosten für Ausführung des Seeunfall- und Untersuchungsgesetzes	48	47	1202.304
	Seemannskartei: Durchführung der Schiffssicherheitsvorschriften (Beitrag an die Seeberufsgenossenschaft)	320	370	1202.606
	Maßnahmen zur Berufsausbildung der Seeleute	580	580	1202.614
	Zuschuß an den Schiffsbautechnischen Ausschuß beim Zentralverein für die deutsche Binnenschiffahrt	8	8	1202.600
	Seeverkehrsbeirat	4	4	1202.302 (3)
	Verkehrswerbung Nord-Ostseekanal	58	58	1202.300 d
	Beiträge an			
	Zentralverein für die deutsche Binnenschiffahrt (500 DM)	0	0	1202.675
	Zentralkommission für die Rheinschiffahrt	54	54	1202.610
	Internationalen ständigen Verband der Schiffahrtskongresse	10	10	1202.613
	Internationalen Verband für das Seezeichenwesen	3	—	
	Veröffentlichungen und Entscheidungen des Bundesoberseeamtes und der Seeämter	4	4	1202.300 c
	Beihilfen für die Errichtung und Unterhaltung deutscher Seemannsheime im Ausland	110	—	0502.313
	Summe Q 4	43 993	57 720	
Q 5	**Luftfahrt**			
52	**Besondere Einrichtungen**			
	Flugsicherung (Bundesanstalt für —)	27 392	22 527	1215
	Zulassungs- und Prüfungswesen (Luftfahrtbundesamt)	922	805	1216
57	**Lufthansa, Flughäfen**			
	Deutsche Lufthansa AG			
	Beteiligung am Grundkapital	15 000	15 000	A 1202.892
	Betriebszuschüsse	20 000	10 000	1202.625
	Zuschuß zur Abgeltung von Eingangsabgaben	—	—	1202.626
	Flughafengesellschaften			
	Betriebszuschüsse	650	739	1202.570 c
	Investitionszuschüsse	1 747	765	1202.570 b
	Darlehen	1 250	920	1202.570 a

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
59	**Luftbeirat, Funkortung, Ausbildung**			
	Luftbeirat	3	3	1202.302 (4)
	Ausschuß für Funkortung	36	36	1202.628
	Atlantischer Flugsicherungsdienst (Beitrag)	964	934	1202.631
	Verkehrsfliegerschule (Zuschuß)	3 500	1 700	1202.632
	Arbeitsgemeinschaft deutscher Flughäfen (Zuschuß)	30	30	1202.607 a
	Internationale Civil Aviation-Organisation (Beitrag)	706	1 139	1202.619
	Summe Q 5	72 200	54 598	
Q 6	**Post- und Fernmeldewesen**			
	—	—	—	
Q 7	**Fremdenverkehr**			
	Förderung des Reiseverkehrs	5 100	4 320	1202.601
Q 9	**Konferenzen, Beiträge**			
	Europäische Konferenz der Verkehrsminister im Jahre 1956 (Kosten aus Anlaß der deutschen Präsidentschaft)	—	60	1202.957
	Arbeitsgemeinschaft Leichtbau der Verkehrsflugzeuge	1	1	1202.608 (7)
	Studiengesellschaft für Behälterverkehr (Beitrag)	30	30	1202.609
	Fachwissenschaftliche Beiträge zur internationalen technischen Organisation und für sonstige technische Veranstaltungen	6	6	1202.300 b, 675 teilw.
	Veröffentlichungen auf allen Gebieten der Verkehrsverwaltung	12	12	1202.300 a
	Summe Q 9	49	109	
	Summe Q	604 112	600 662	
	Nachrichtlich:			
	Bundesministerium für Verkehr 16 429 (000) DM			
	Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen Bezüge des Ministers 66 (000) DM siehe unter A 3			
R	**Bau- und Wohnungswesen**			
R 1	**Allgemeine Maßnahmen des Bauwesens**			
12	**Versuchsbauten**			
	Förderung der Bauausführung von Versuchs- und Vergleichsbauten; Entwicklung neuer Baustoffe, Baugeräte und Bauarten			
	Darlehen	13 000	10 500	2503.570 a
	Zuschüsse	1 200	1 200	2503.570 b
	Durchführung von Freilandversuchen in Holzkirchen	100	100	2503.604
19	**Einzelne Förderungsmaßnahmen, Zuschüsse und Beiträge**			
	Zuschüsse und andere Zuweisungen zur Durchführung und Auswertung besonderer Erhebungen über die Einhaltung der Gütevorschriften im sozialen Wohnungsbau	40	—	2503.605

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
	Förderung des Wohnungs- und Siedlungswesens im zentralen Aufgabenbereich (Zuschüsse)	306	340	2502.612
	Förderung des Kleingarten- und Kleinsiedlungswesens im zentralen Aufgabenbereich (Zuschüsse)	25	25	2502.610
	Internationale Bauausstellung 1957 in Berlin (Kostenzuschuß)	800	1 000	2502.950
	Zuschüsse an das deutsche Volksheimstättenwerk e. V., den deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau- und Raumplanung und die deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung	80	80	2502.614
	Darlehen an das Deutsche Bauzentrum e. V., Köln, zur Errichtung eines Büro- und Ausstellungsgebäudes in Köln	350	—	2502.960
	Beiträge an			
	das Deutsche Bauzentrum e. V.	315	333	2502.613
	Vereine, Verbände, Ausschüsse und Gesellschaften	8	8	1202.608 teilw.
	internationalen Verband für Wohnungswesen und Städtebau	7	7	2502.675
	Summe R 1	16 231	13 593	
R 2	**Bauverwaltung**			
	Baudirektion	1 199	989	0806.100—999
	(1957: einschließlich Minderausgaben 133 (900) DM, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt)			
R 3	**Vermessung und Landesplanung**			
	Städtebaulicher Ideenwettbewerb »Hauptstadt Berlin«	—	250	2502.951
R 4	**Straßenwesen**			
41	**Straßenverwaltung**	633	518	1211.100—999
43	**Bundesautobahnen, Bundesfernstraßen**			
	Bundesautobahnen			
	Unterhaltung; einfacher Um- und Ausbau der Bundesautobahnen	39 317	29 944	1210.301
	Um- und Ausbau der Bundesautobahnen	13 810	9 697	1210.712, 713 A 1210.713
	Beseitigung von Kriegsschäden	42 345	26 958	1210.714 teilw. und A 1210
	Neubauten	122 100	122 930	1210.790, 796, 797, 803—805, 807, 808, 811, 812, 814, 818, 820, 821, 828, 829
	Sonstige Baumaßnahmen	140 853	—	A 1210.806—810, 828
	Teilstrecke Karlsruhe—Ettlingen (Tilgung der Darlehen aus dem Sofortprogramm)	743	84	1210.681
	Bewirtschaftung von Grundstücken (Rast- und Tankstellen)	—	95	1210.206
	Unterhaltung, Erneuerung und Erweiterung von Rast- und Tankstellen	—	600	1210.306
	Betriebskosten für die Verstärker- und Fernwahleinrichtungen	100	95	1210.305
	Um- und Ausbau von Zubringerstraßen fremder Baulastträger:			
	Darlehen	—	—	1210.532
	Zuschüsse	7 920	3 520	1210.602

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
	Bundesfernstraßen			
	Unterhaltung; einfacher Um- und Ausbau der Bundesstraßen	148 234	114 137	1210.300, 302, 307
	Aus- und Umbau der Bundesstraßen	39 959	39 545	1210.710, 711, 722 A 1210.711
	Beseitigung von Kriegsschäden	9 055	10 246	1210.714 teilw. A 1210.714 teilw.
	Neubauten	376 419	329 735	1210.721, 724, 727, 728, 728 a, 730, 731, 735—742, 743, (746), 746 a, 747, 748—750, 752—758, 760—762, 764, 769, 770—773, 780, 781, (783), 784, 786—788, 802, 829 I A 1210.717—720, 725, 732—734 c, 743—744, 746—747 a, 751, 756, 761, 765, 766—769, 772, 778, 779, 782, 783, 785—785 b
	Zuschüsse an Gemeinden von mehr als 9000 Einwohnern zum Um- und Ausbau von Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen	11 000	—	A 1210.601
	Grunderwerb in besonderen Fällen	2 000	—	A 1210.700
	Grunderwerb für nach 1945 abgeschlossene Baumaßnahmen	751	—	1210.701
	Erneuerung von Fahrbahndecken unter bevorzugter Berücksichtigung eines frostsicheren Ausbaues	54 802	—	A 1210.787
	Umgehungsstraße Eckernförde	320	96	1210.680
	Verbreiterung der Koblenzer Straße vor den Bundesbehörden	—	162	0401.711 (1956) 0103.711 (1956)
	Bau- und Wiederherstellung von Straßenbrücken an fremde Baulastträger (Zuschüsse)	9 870	5 927	1210.600
44/45	**Landstraßen I. und II. Ordnung**			
	—			
46	**Sonstige Straßen, Brücken**			
	Verlegung der südlichen Uferstraße und Sicherung des Südufers des Küstenkanals von Kilometer 3 bis Kilometer 8, 3. Teilbetrag	1 000	850	1203.716
	Beteiligung am Ausbau der Ederseerandstraße zwischen Niederwerbe und Café Seeblick, 2. Teilbetrag	300	300	1203.723
	Beitrag für den Wiederaufbau der Straßenbrücke über die Werra bei Hedemünden	90	—	1203.727
	Beiträge zu den Kosten der Wiederherstellung kriegszerstörter Brücken fremder Baulastträger mit Bundesverkehrsinteressen	230	330	1203.955
	Ausbau der Wirtschaftswege auf dem Lande			
	Darlehen	35 000	35 000	1002.574
	Zuschüsse	34 500	34 500	1002.574
	Entschädigungen an die Gemeinden aus Anlaß der Übernahme der Baulast für ehemalige Privatstraßen des Bundes	500	—	0804.467
49	Veröffentlichungen, Beschaffung technischen und wissenschaftlichen Materials auf dem Gebiet des Straßenwesens	48	50	1210.304
	Summe R 4	1 091 899	765 319	
R 5	**Bundeswasserstraßen, Häfen**			
51	**Wasserstraßenverwaltung** (1957: einschließlich Minderausgaben 1 409 (000) DM, erstattet aus dem Verteidigungshaushalt)	48 192	41 980	1203.101—111, 200—299, 779, 850, 870

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
52	**Besondere Einrichtungen**			
	Wasserbau			
	Bundesanstalt für —	909	744	1206
	Gewässerkunde			
	Bundesanstalt für —	701	645	1207
54	**Unterhaltung, Betrieb, Ausbau**			
	Unterhaltung und Betrieb			
	Binnenwasserstraßen	51 500	48 500	1203.300
	Seewasserstraßen	47 000	45 500	1203.301
	Westberliner Wasserstraßen (Zuschuß an das Land Berlin)	2 344	2 344	1203.600
	Stromregulierung, Instandhaltung und Ausbau der Strombau- und Uferschutzwerke, Beseitigung von Stauschäden	29 265	28 557	1203.712, 713, 720—722, 732, 733, 750, 752, 753, 754, 756, 761, 763, 772, 773, 785, 786, 796, 797, 798, 806, 807, 808, 815, 817, 818 (1956: 1203.715, 729, 730, 762, 774, 960, 1204.715, 728)
	Nord-Ostseekanal			
	Wiederherstellung der planmäßigen Wassertiefe, Ergänzungen, Tunnelbau, Verstärkung der Leitwerke, Sicherung der Kaimauer im Binnenhafen Kiel-Holtenau	10 300	10 270	1203.788, 789, 790, 791, 792 (1956: 1204.741, 742)
	Sonstige Kanäle			
	Ausbau und Sicherungsarbeiten, Bau eines Pumpwerkes, Schleusenbeleuchtung, Beseitigung von Bergschäden	23 568	21 109	1203.715, 725, 726, 730, 734, 735, 738, 740, 748, 749, 771 (1956: 1203.732, 736)
	Bau- und Finanzierungskosten einer Staustufe bei Geesthacht	600	600	1203.714
	Umlegungsverfahren, Grunderwerb an Kanälen	50	95	1203.737, 742
	Hochwasserschädenbeseitigung			
	Sturmflutschäden	1 200	1 780	1203.711 (1956: 1203.773, 1204.735)
	Kriegsschädenbeseitigung			
	Räumung der Wasserläufe	10 830	12 080	1203.710, 780, 954
	Betriebsanlagen der Wasserstraßen (Freileitungen, Kabel, Anlagen)	680	610	1203.871, 881 (1956: 1204.880)
	Wiederherstellung der Betriebssicherheit des Tonnenhofs Norderney	—	121	(1204.953)
	Schiffahrtssicherung (UKW-Fernsprechgeräte, Radaranlagen u. a., Richtfeuerpaare)	2 800	1 025	1203.980, 981, 982 (1956: 1204.734)
	Eisbrechdienst, Abwendung von Eis- und Hochwassergefahr	410	1 797	1203.304
	Ersatz schwimmender Geräte	3 390	4 704	1203.305, 851, 852

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
	Schiffsbauten			
	(Eisbrecher, Motorschlepper, Tonnenleger u. a.	3 100	3 460	1203.853, 855, 856, 857, 858, 861 (1956: 1203.749, 1204.854, 853, 859)
57	**Unternehmen**			
	Beteiligung an Bauvorhaben (Darlehen)			
	Mittelweser-AG	8 000	8 000	1203.724
	Rhein-Main-Donau-AG	1 000	—	1203.757
	Neckar-AG	10 000	10 000	1203.760
	Internationale Mosel-GmbH	9 000	9 000	1203.770
	Internationale Moselgesellschaft GmbH, Anteil am Stammkapital	2 500	—	A 1203.890
59	**Einzelne Maßnahmen**			
	Ausbildungsstätten für Nachwuchsschulung, Lehrkurse	30	30	1203.302
	Erstattung von Befahrungsabgaben an Dritte	265	65	1203.320
	Untersuchungen über eine Vertiefungsmöglichkeit der deutschen Seewasserstraßen	50	—	1203.781
	Durchführung eines Großversuchs im Rhein zur Verbauung von Übertiefen	—	129	(1203.745)
	Entwurfsbearbeitung zur Verbesserung der Fahrwasserverhältnisse im Rhein	—	40	(1203.961)
	Abwicklung des Planfeststellungsverfahrens für die vor 1945 durchgeführten Ausbauten der Unterweser	140	400	1203.805
	Überarbeitung von Wasserstraßenplänen	20	10	1203.950
	Vermessungsarbeiten, Anfertigung von Bestandszeichnungen, Brückenbüchern und Bauunterlagen	127	210	1203.953
	Aufbau eines Versuchsfeldes für Schiffahrtszeichen und Signale	280	250	1203.963
	Ersatzleistungen infolge von Schiffsunfällen	80	80	1203.303
	Kosten der Besichtigungen und Beschickung von Ausstellungen	15	15	1203.307
	Summe R 5	268 346	254 150	
R 6	**Wohnungsbau**			
61	**Sozialer Wohnungsbau**			
	Darlehen			
	für den mit öffentlichen Mitteln geförderten sozialen Wohnungsbau zugunsten der Umsiedlung von Land zu Land	35 000	100 000	(A 2503.535) 2503.535
	für den mit öffentlichen Mitteln geförderten sozialen Wohnungsbau	—	600 000	(2503.998)
	an die Länder zur Finanzierung des Wohnungsbaues zugunsten der Flüchtlinge aus der sowjetischen Zone und Berlin sowie der ihnen gleichgestellten Personen	700 000	500 000	A 2503.530
	an Gebietskörperschaften zur Errichtung von Wohnungen für Kriegsfolgenhilfeempfänger	458 272	196 124	2503.532 A 2503.532
	zur sonstigen Förderung von Maßnahmen zugunsten des sozialen Wohnungsbaues	—	—	4003.530
	Prämien nach dem Wohnungsbauprämiengesetz	54 495	53 199	2503.533
		100 000	60 000	2503.620

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
	Überweisung des Aufkommens aus der Kohlenabgabe an die Treuhandgesellschaft	7 500	50 000	2503.510
	Verbilligung der hochstelligen Finanzierung gewerblicher Räume des Mittelstandes bei Baumaßnahmen des sozialen Wohnungsbaues (Zuschüsse)	2 000	—	2503.603
62	**Besondere Maßnahmen auf dem Gebiet des Wohnungsbaues**			
	Darlehen zur Schaffung von Wohnraum für Verwaltungsangehörige des Bundes (ausgenommen für die Bundesbahn, Bundespost und die Bundeswehr)	48 000	52 984	2503.830
			—	A 2503.830
	Förderung von Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden	7 500	7 500	2503.608
	Bundeseigener Wohnungsbau für Angehörige der Bundesverwaltung	1 251	1 048	A 2503.832
	Kosten zur Freimachung und Bereithaltung von Wohnungen für Bundesbedienstete	—	5	2503.839
	Wohnungsbau zugunsten der Bewohner von Wohnbaracken und Wohnlagern	30 000	—	2503.536
67	**Wohnungswirtschaftliche Unternehmen des privaten Rechts**			
	Erwerb von Beteiligungen	6 000	2 500	2502.895
	Erwerb von Beteiligungen an wohnungswirtschaftlichen Unternehmen in der Form von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (§ 88 Abs. 3 RHO.)	3 000	—	2502.890
69	Zuschuß an die Bau- und Grundstücks AG			
	für die Beseitigung von Kriegsschäden an von ihr verwalteten Gebäuden	2 000	2 000	0804.601
	Summe R 6	1 455 018	1 125 360	
R 8	**Wiederaufbau, Kriegsschädenbeseitigung**			
81	Wiederaufbau der Insel Helgoland			
	Wiederaufbau der Anlagen	2 500	3 250	1203.787
	Weitere Aufbauvorhaben (Versorgungsanlagen, Wohnungsbau u. a.)			
	Darlehen	3 000	3 000	6002.573
	Zuschüsse	2 000	2 000	
	Summe R 8	7 515	8 265	
87	**Unternehmen**			
	Helgoland-Aufbau G. m. b. H. (Verwaltungskostenbeitrag an —)	15	15	6003.622
R 9	**Sonstige Baumaßnahmen**			
	Bauten im Raum Bonn	—	2 000	6002.710
	»Wiederherstellung Reichstagsgebäude« (Architektenwettbewerb)	—	60	6002.711
	Ersteinrichtung der Bundesorgane (Erstattung an das Land Nordrhein-Westfalen)	—	310	(6002.952)
	Summe R 9	—	2 370	
	Summe R	2 840 208	2 170 296	
	Nachrichtlich:			
	Bundesministerium für Wohnungsbau siehe unter A 3			

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
S	**Allgemeines Finanzwesen**			
S 1	**Steuern, Zölle, Monopole, Finanzzuweisungen**			
11	**Steuern**			
	Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten	17 000	17 000	2502.600
	Abführung der Ausgleichsabgaben an den LA-Fonds ..	2 160 000	2 265 000	4005.300
12	**Zölle und Monopole**			
	Gewinnanteile der Svenska - Tändsticks - Aktiebolaget, Schweden, aus dem Zündwarenmonopol	4 000	1 700	6002.301
13	**Finanzzuweisungen, Allgemeine —**			
	Zuschuß an den Landeshaushalt Berlin, Zuschuß zum Aufbauplan, Bundesdarlehen	850 000	950 000	6005.570, 571
	Finanzhilfe an das Saarland	—	200 000	(6002.533)
19	**Sonstige Leistungen**			
	Ausgleichszahlungen an die Svenska-Tändsticks-Aktiebolaget, Schweden	375	1 500	6004.301
	Summe S 1	3 031 375	3 435 200	
S 2	**Versorgung**			
	Versorgung der Bundesbeamten	38 782	32 685	3303.150—166
	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom 24. August 1951 (RGBl. I S. 774) vom Bund übernommen worden sind	82 424	83 770	3306.150—160
	Summe S 2	121 206	116 455	
	Nachrichtlich:			
	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr unter C 17			
S 3	**Schuldendienst**			
31/32	**Verzinsung und Tilgung**			
	Inlandsschulden			
	Verzinsung der Anleihen des Bundes (einschl. der laufenden jährlichen Tilgung)	558 650	532 999	3205.680
	Bedienung der verbrieften Reichsschuldentitel	212 000	100 000	3205.683
	Gewährung von Entschädigungen für Gewinne auf verspätet vorgelegte Prämienschatzanweisungen ..	100	100	3205.682
	Verzinsung der zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse aufgenommenen Mittel	—	— 75 000	(3205.681)
	Tilgung der auf Grund des Gesetzes über den Ausgleich unter den Ländern in den Rechnungsjahren 1951, 1952 vom 8. Oktober 1952 (RGBl. I S. 665) begebenen Schuldurkunden	50 000	50 000	3205.684

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
	Tilgung der an die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung und an die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zugeteilten Schuldbuchforderungen	—	12 526	3206.685 (1956)
	Tilgung von Ausgleichsforderungen	—	21 900	3206.686 (1956)
	Einlösung der Bundesanleihe	400 234	—	3205.687
	Einlösung von Prämienschatzanweisungen	—	38 293	3206.687 (1956)
	Erstattung der Zinsen und Tilgungsleistungen für Ausgleichsforderungen aus der Umstellung überörtlicher Berliner Uraltguthaben	3 960	3 960	3209.687
	Erstattung der Aufwendungen für die Ausgleichsforderungen der verlagerten Deutschen Pfandbriefanstalt an die Länder	1 185	1 185	3209.685
	Auslandsschulden			
	Tilgung der durch das Londoner Schuldenabkommen und im Zusammenhang damit entstandenen Verbindlichkeiten	132 451	128 508	3206.685
	Leistungen des Bundes nach dem Gesetz zur Ausführung des Abkommens vom 27. Januar 1953 über deutsche Auslandsschulden	1 600	1 175	3209.683
	Verzinsung und Tilgung der durch das Abkommen mit der Schweiz vom 26. August 1952 geregelten Verbindlichkeiten (ohne Verbindlichkeiten für Investitionszwecke)	13 900	24 000	3209.680
	Tilgung der durch das Abkommen mit der Schweiz vom 26. August 1952 geregelten Verbindlichkeiten für Investitionszwecke	56 500	56 500	3209.682
	Zahlungen an die USA auf Grund der Verbindlichkeiten aus der Lieferung von Überschußgütern	168 000	168 000	3206.686
	Erstattung von Zahlungen an die Konversionskasse	60 000	45 000	3209.686
33	**Rückkauf**			
	Rückkauf von Schuldurkunden des Bundes	2 150	66 500	3207.300
	Ankauf von Schuldurkunden des Bundes und vom Bund verbürgter Schuldurkunden	1 000	200 000	3207.301
34	**Inanspruchnahme von Bürgschaften**			
	Inanspruchnahme aus Bürgschafts-, Gewähr- oder anderen ähnlichen Zwecken dienenden Verträgen (einschl. der anfallenden Kosten)	150 000	150 000	3208.525
	Summe S 3	1 811 730	1 525 646	
	Nachrichtlich:			
	Bundesschuldenverwaltung unter G 22			

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
S 4	**Vermögen**			
42	**Allgemeines Grund- und Sachvermögen**			
	Unterhaltung der Gebäude des allgemeinen Sachvermögens	28 000	26 000	0804.400
	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Erwerb von Haus- und Baugrundstücken des allgemeinen Sachvermögens	7 000	7 600	0804.401
	Bewirtschaftung von Grundstücken des allgemeinen Sachvermögens	25 000	23 800	0804.402
	Vermischte Ausgaben für das allgemeine Sachvermögen (ohne Forsten)	200	300	0804.469
	Kauf von Grundstücken für das allgemeine Sachvermögen	—	7 500	0804.706
	Durchführung vom Reich vor dem Zusammenbruch eingeleiteter Grunderwerbsgeschäfte	7 500	—	0804.705
	Unterhaltung überregionaler Einrichtungen des ehem. Reichs	610	1 078	0804.600
	Instandsetzung, Beseitigung von Kriegsschäden und Umbauten von Grundstücken	16 559	24 547	0804.771—777, 781—792, 820, 951—952, (954)
	Ruinengelände Berlin, Oranienstr. 100–109 Kosten bei der Bergung von Schrott und Altmaterial	80	100	0804.405
	Vermögensabgabe nach dem Gesetz über den Kostenausgleich für das ehemalige Reichsvermögen	7 500	7 500	0804.223
	Wiederaufbau (Sondervermögensverwaltung Berlin)	6 822	10 956	0804.770, 780
43	**Sondervermögen** —			
	Summe S 4	99 271	109 381	
S 5	**Besondere Kriegsfolgelasten**			
53	**Wiedergutmachung**			
	Innere Restitutionen (Verwaltungsamt für —)	275	201	0810.100—299, 950
	Bundesergänzungsgesetz (BEG), Leistungen des Bundes zur Entschädigung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung	600 000	451 600	6004.311
	Kriegsfolgenschlußgesetz, Leistungen des Bundes	180 000	150 000	6004.315
	Sonstige Entschädigungsleistungen			
	Leistungen auf Grund der Rechtsvorschriften über die Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte	150 000	150 000	0804.350
	Entschädigungszahlungen auf Grund des 5. Teiles des Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Äußere Restitution)	35 000	25 000	0807.305
	Betreuung überlebender Opfer von Menschenversuchen	200	200	0802.300
	Entschädigung von ehemaligen Bediensteten jüdischer Gemeinden	28 500	32 100	0615.609
54	**Leistungen auf Grund von Staatsverträgen**			
	(Israel, Irland, Holland)	250 000	250 000	3209.681
	Leistungen des Bundes nach dem Abkommen mit Irland vom 25. Juli 1954	2 615	192	3209.684

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
	Leistungen des Bundes zur Abwendung von Restitutionsansprüchen auf 9 Binnenschiffe	—	543	6004.570
	Ausgleichszahlungen an Belgien	—	500	6004.951
	Zahlungen auf Grund des Abkommens über die Liquidation des früheren deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehrs vom 16. Juli 1956	20 400	—	6004.951
	Leistungen des Bundes an Jugoslawien auf Grund der Vereinbarung vom 10. März 1956 zur Abgeltung von Forderungen aus dem Verrechnungsverkehr	—	877	3209.690
59	**Kriegsgräberfürsorge, Suchdienst, Beiträge u. a.**			
	Aufwendungen für Kriegsgräberpflege	12 994	8 128	0602.301
	Kosten der Erhaltung deutscher Kriegsgräber im Ausland sowie von Personen, die infolge nationalsozialistischer Verfolgung ausgewandert und verstorben sind	6 500	6 500	6004.661
	Beteiligung an der Wiederherstellung jüdischer Friedhöfe	400	192	0602.643
	Zuschuß für die Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht	5 750	5 329	0602.601
	Zuwendungen für die Erfüllung von Suchdienstaufgaben und die dokumentarische Erfassung der deutschen Kriegsgefangenen, der Wehrmachtsvermißten, der Zivilverschleppten und der vermißten Heimatvertriebenen	6 150	6 931	2601.602
	Finanzierung des Internationalen Suchdienstes Arolsen	1 770	1 700	2601.675
	Darlehen an die Deutsche Revisions- und Treuhand AG im Zusammenhang mit der Entschädigungsregelung für das deutsche Vermögen in Schweden	—	57 000	6002.560
	Beitrag der BRD zum Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen	100	100	0502.674
	Summe S 5	1 300 654	1 146 769	
S 6	**Allgemeine Rücklagen**			
	Betriebsmittelrücklage	—	—	6002.520
S 7	**Nicht aufteilbare Posten**			
71	**Verstärkungsmittel**			
	Verstärkung der Mittel für Personalausgaben des Bundes	130 000	250 000	6002.199
72	**Globalabstriche**			
	Minderausgaben zufolge 10%iger Sperre der Bewilligungen für Sachausgaben und für allgemeine Ausgaben	— 309 651	— 695 509	6002.699
S 8	**Abwicklung der Vorjahre**			
	Zur Deckung von Fehlbeträgen aus den Vorjahren ...	—	—	6002.999
S 9	**Beitrag an den außerordentlichen Haushalt**	—	—	
	Summe S	6 184 585	5 887 942	
	Gesamtausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts	34 353 431	35 022 461	

Kenn-Ziffer	Aufgabenbereiche	Haushaltsplan 1957 Regierungsentwurf	Haushaltsplan 1956	Fundstelle im Haushaltsplan 1957
		— 1 000 DM —		
	Nachrichtlich: Bundesregierung			
	Bundeskanzler und Bundeskanzlei	2 930	2 645	0401.100—299, 300, 301, 850, 870
	Auswärtiges Amt	24 988	25 050	0501.100—299, 710—714, 850, 870—872, 950—954
	Bundesministerium für Verteidigung	54 736	—	1401.100—871
	Bundesministerium des Innern	14 218	13 063	0601.100—299, 850, 870
	Bundesministerium der Justiz	5 567	4 983	0701.100—299, 710, 850, 870—872
	Bundesministerium der Finanzen (1957: einschl. Minderausgaben 992 (200) DM erstattet aus dem Verteidigungshaushalt)	30 004	26 087	0801.100—299, 850, 865, 870, 875, 880
	Bundesministerium für Wirtschaft	23 295	20 983	0901.100 299, 713, 850, 870
	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (1957: einschl. Minderausgaben 77 (500) DM erstattet aus dem Verteidigungshaushalt)	10 864	10 075	1001.100—299, 710, 711, 850, 870, 872
	Bundesministerium für Arbeit	8 830	8 003	1101.100—299, 300, 850, 870
	Bundesministerium für Verkehr (1957: einschl. Minderausgaben 185 (200) DM erstattet aus dem Verteidigungshaushalt)	16 429	14 503	1201.100—299, 1202.540, 710, 711, 850, 870, 871, 880
	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen	66	60	1301.101
	Bundesministerium für wirschaftliche Zusammenarbeit	2 607	2 451	2401.100—299, 850
	Bundesministerium für Wohnungsbau	4 822	4 491	2501.100—299, 310, 850, 870, 872
	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte	4 079	3 866	2601.100—299, 300, 850
	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	4 356	3 894	2701.100—299, 850
	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates	633	670	2801.100—299, 850, 880
	Bundesministerium für Familienfragen	617	576	2901.100—299
	Bundesminister für besondere Aufgaben	—	493	3001.100—299, 850
	Bundesministerium für Atomfragen	2 767	2 085	3101.100—299, 300 (1), 850, 870—872, 880
		211 806	143 978	

Änderungsvorschläge und Bemerkungen des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1957 (Haushaltsgesetz 1957)	**zu den Änderungsvorschlägen und Bemerkungen des Bundesrates zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1957 (Haushaltsgesetz 1957)**

A. Haushaltsgesetz 1957

Die in § 1 des Haushaltsgesetzes aufgeführten Beträge sind den Änderungsvorschlägen unter C. Bemerkungen zu den Einzelplänen entsprechend zu ändern.	An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

B. Allgemeine Bemerkungen

1. Der Bundesrat stellt fest, daß der Entwurf des Bundeshaushalts 1957 ebenso wie der Haushalt des Vorjahres nur durch Inanspruchnahme einer Rücklage, die für andere Zwecke angesammelt wurde, formell ausgeglichen werden kann. Diese ungewöhnliche Form des Haushaltsausgleichs ist nicht darauf zurückzuführen, daß die ordentlichen Einnahmen des Bundes der wirtschaftlichen Entwicklung nicht folgen werden. Sie gehen vielmehr um 1,7 Mrd. DM oder rund 5 v. H. über die Vorjahresansätze hinaus. Die Notwendigkeit dieses Verfahrens ergibt sich lediglich aus dem starken Anwachsen der Ausgaben für nahezu alle im Bundeshaushalt vorgesehenen Verwendungszwecke. Der Bundesrat ist der Ansicht, daß eine solche Finanzgebarung nicht unbegrenzt fortgesetzt werden kann. Alle Bundesorgane, insbesondere die Bundesressorts, müssen sich klar darüber sein, daß die Ausgaben eines Rechnungsjah-	**Zu 1:** Die Bundesregierung teilt die Bedenken des Bundesrates; sie hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die zum Ausgleich des Haushalts vorgesehene Maßnahme eine einmalige Maßnahme ist, die nicht wiederholt werden kann. Die Deckungsschwierigkeiten des Haushalts 1957 beruhten einesteils auf den bei den Aufstellungsarbeiten des Haushaltsentwurfs nicht erwarteten Ausfällen durch die Steuersenkungsgesetze vom 5. Oktober 1956, andererseits auf den zum Haushalt 1956 gefaßten Beschlüssen, die den Haushalt 1957 erstmals mit den vollen Jahresbeträgen belasten. Die Bundesregierung schließt sich der Auffassung an, daß die Ausgaben der künftigen Jahre nur durch Einnahmen des gleichen Jahres gedeckt werden können. Als weitere Folge der diesjährigen Deckungsvorschläge der Bundesregierung ergibt sich die Notwendigkeit, daß die der Bundesrücklage

res auf die Dauer aus den Einnahmen dieses Jahres gedeckt werden müssen und daß Rücklagen grundsätzlich den für ihre Bildung maßgebenden Verwendungszwecken vorbehalten bleiben müssen.

entnommenen Beträge in den späteren Jahren dem ursprünglichen Verwendungszweck wieder zugeführt und demgemäß neu aufgebracht werden müssen.

2. Dem Bundesrat erscheint es bei der Personalentwicklung des Bundes bedenklich, daß in den meisten Einzelplänen zahlreiche Stellenhebungen und Höhergruppierungen anzutreffen sind. An diesen Stellenhebungen sind insbesondere die Bundesministerien in erheblichem Umfange beteiligt.

Zu 2: Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren die insbesondere in der Ministerialinstanz aufgetretene Mehrbelastung durch neue Aufgaben ohne nennenswerte Personalvermehrung bewältigt. Die jetzt in verhältnismäßig geringem Umfange beantragten Hebungen einzelner Stellen waren als Folge von neuen und erweiterten Aufgaben unvermeidbar; sie bedeuten insoweit die Anerkennung der von diesen Kräften zu leistenden Arbeiten. Die Höhergruppierung von nichtbeamteten Hilfskräften beruht fast ausschließlich auf tariflichen Verpflichtungen.

3. Der Bundesrat stellt mit Bedauern fest, daß sich die Mittel für die Forschung auf fast alle Einzelpläne verteilen. Der Bundesrat glaubt, auf die Gefahr der Zersplitterung hinweisen zu müssen, die sich hieraus zwangsläufig ergibt. Er hatte diese Bedenken schon in seinem Beschluß vom 20. Juli 1956 anläßlich des zweiten Durchganges des Bundeshaushaltsplans 1956 anklingen lassen.

Zu 3: Die vom Bundesrat festgestellte Verteilung der Forschungsmittel auf zahlreiche Einzelpläne beruht in erster Linie darauf, daß Forschung auch bei vielen Bundesinstituten betrieben wird. Diese Institute veranschlagen ihre Forschungsmittel im Einzelplan ihrer obersten Aufsichtsbehörde. Bei der Vergebung von allgemeinen Forschungsmitteln wird in weitestem Maße die Deutsche Forschungsgemeinschaft beteiligt, so daß eine Zersplitterung nicht zu befürchten ist.

4. In mehreren Einzelplänen, vornehmlich im Haushalt des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, sind Ansätze ausgebracht, deren Mittel den Ländern nur dann gewährt werden, wenn sich die Länder mit entsprechenden Beträgen an den Ausgaben beteiligen. Der Bundesrat hatte sich schon in seiner Stellungnahme zum Bundeshaushalt 1956 vom 2. Dezember 1955 (BT-Drucksache 1900 — S. 95/96) nicht damit einverstanden erklärt, daß Bundesmittel nur unter der Voraussetzung einer „angemessenen" Beteiligung der Länder zur Verfügung gestellt werden. Die an einigen Stellen des Haushalts 1957 neu auftretende Forderung nach Mindestbeträgen der Länder wird vom Bundesrat erst recht abgelehnt. Diese Forderung greift noch stärker in die politische und haushaltsmäßige Unabhängigkeit der Länder (Artikel 28, 109 GG) ein. Der Bundesrat sieht hierin die Gefahr, daß die Länder unter Umständen auch gegen ihren Willen zu Aus-

Zu 4: Bei den mit Bundesmitteln geförderten Vorhaben handelt es sich ganz allgemein um Angelegenheiten, die nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes in erster Linie von den Ländern wahrzunehmen sind. An dieser Tatsache ändert sich durch die quantitative Ausweitung zufolge der Bundeszuschüsse nichts. Die Bereitstellung von Bundesmitteln für solche Zwecke entsprang zum größten Teil sachlich-politischen Notwendigkeiten, insbesondere dem Bestreben, Maßnahmen von überregionaler Bedeutung schneller und besser zu fördern, als es angesichts der Haltung einzelner Länder in der Vergangenheit möglich war.

Aus den zunächst als Initialzündung gedachten einmaligen Bewilligungen entwickelten sich vielfach laufende Bundesbeteiligungen, die nicht nur aus besonderen sachlichen Gründen, sondern zum großen Teil auf ausdrücklichen Wunsch der beteiligten Länderorgane

gaben gezwungen werden, die sie nach ihrer Finanzlage unter Berücksichtigung ihrer sonstigen Ausgaben nicht übernehmen können. Dies würde zu einer Entwicklung führen, die verfassungs- und finanzpolitisch gleich bedenklich wäre. Der Bundesrat erwartet daher, daß den Ländern in Zukunft Auflagen nur nach vorheriger Absprache gemacht werden.

gegeben wurden. Die Inanspruchnahme von Bundesmitteln für Aufgaben, die vornehmlich zum Verwaltungsbereich der Länder gehören, sollte aber grundsätzlich nicht dazu führen, daß die Länder ihre eigenen Anstrengungen zur Durchführung solcher Aufgaben zugunsten anderer Maßnahmen vernachlässigen. Aus diesem Grunde kann die Bundesregierung auf eine angemessene finanzielle Beteiligung der Länder am Vollzug der vom Bund geförderten Maßnahmen nicht verzichten. Der Hinweis des Bundesrates, dieses Verfahren verletze die „politische und haushaltsmäßige Unabhängigkeit der Länder", ist weder verfassungsrechtlich noch finanzwirtschaftlich gerechtfertigt. Wenn die Bundesregierung die finanzielle Förderung bestimmter von den Ländern wahrzunehmender Aufgaben von entsprechenden Leistungen der Länder selbst abhängig macht, so stellt dies Verlangen keinen Zwang, sondern nur eine Bedingung dar, unter der die Bundesleistungen gewährt werden. Den Ländern verbleibt verfassungsrechtlich die volle Freiheit, die Bundesleistungen mit den an sie geknüpften Bedingungen anzunehmen oder sie abzulehnen. Dieses Verfahren der finanziellen Zusammenarbeit hat sich im Verhältnis zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften seit langem bewährt; die Länder verfahren gegenüber ihren Gemeinden nicht anders, ohne daß dies zu dem Urteil berechtigen könnte, die verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltung der Gemeinden werde durch ein solches Verfahren verletzt.

5. Die nachstehenden Vorschläge des Bundesrates zu den Einzelplänen des Bundeshaushalts gleichen sich in Einnahme und Ausgabe aus, so daß der Vorschrift des Artikels 110 Abs. 2 GG entsprochen wird.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

C. Bemerkungen zu den Einzelplänen

Einzelplan 06 — Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern —

Kap. 06 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 311 — Beitrag des Bundes an die Stiftung „Preußischer Kulturbesitz" —

Der Bundesrat hat den Entwurf des Gesetzes zur Errichtung der Stiftung „Preußischer Kulturbesitz" im ersten Durchgang abgelehnt und darauf hingewiesen, daß eine zufriedenstellende Regelung im Wege einer Verwaltungsvereinbarung der Länder zu erreichen ist (BT-Drucksache 1670 Anlage 3). Diese Verwaltungsvereinbarung ist inzwischen von den preußischen Nachfolgeländern abgeschlossen worden. Der Bundesrat stimmt daher dem Ansatz von 25 000 DM mit der Maßgabe zu, daß dieser Betrag unter entsprechender Änderung der Zweckbestimmung und der Erläuterungen als Beitrag für den Fall des Beitritts des Bundes zu der Verwaltungsvereinbarung über die vorläufige Regelung der Verwaltung des preußischen Kulturbesitzes verwendet wird (entspricht der Stellungnahme zum Haushaltsplan 1956).	Der Entwurf des Gesetzes zur Errichtung der Stiftung „Preußischer Kulturbesitz" wird noch vom Bundestag beraten. Dieser Beratung kann nicht vorgegriffen werden. Die Regierungsvorlage wird deshalb aufrechterhalten.

Tit. 615 — Zuschuß für die Deutsche Forschungsgemeinschaft in Bad Godesberg —

Der Ansatz ist um 3 000 000 DM auf 8 450 000 DM zu erhöhen. Zum Ausgleich ist der Ansatz bei Tit. 617 um 3 000 000 DM zu kürzen. Die Erhöhung der ordentlichen Einnahmen der Deutschen Forschungsgemeinschaft erscheint im Interesse der deutschen Wissenschaft geboten.	Dem Vorschlag des Bundesrates kann nicht gefolgt werden. Der Vorschlag würde eine Verschiebung innerhalb des bisherigen annähernd eingehaltenen Aufbringungsschlüssels zwischen Bund und Ländern im Verhältnis 1 : 2 bedeuten. Der Vorschlag ist auch nicht geeignet, eine besondere Förderung der Forschung zu erzielen, da der Deckungsvorschlag die Kürzung der Schwerpunktmittel Tit. 617 zum Inhalt hat.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 622 — Zuschuß zur Förderung von begabten und bedürftigen Studenten an deutschen wissenschaftlichen Hochschulen —

Der Sperrvermerk über 2 520 700 DM in der Zweckbestimmung sowie die entsprechenden Sätze in den Erläuterungen über die Sperrung von 520 700 DM und von 2 000 000 DM sind zu streichen.

Es erscheint nicht angebracht, daß der Bund seine vorgesehenen Förderungsmaßnahmen, bei denen es sich offensichtlich um zusätzliche Maßnahmen handelt, an die Bedingung knüpft, daß die Länder Ausgaben in derselben Höhe leisten.

In den vergangenen Haushaltsjahren ist aus diesem Titel die Studienstiftung des deutschen Volkes gefördert worden. Es ist stets der Wunsch des Bundestages gewesen, daß die Länder sich in gleichem Umfang wie der Bund an der Aufbringung der Mittel beteiligen. An dieser Handhabung sollte daher nichts geändert werden. Der Sperrvermerk und die entsprechenden Sätze in den Erläuterungen sollen für die Länder eine Anregung darstellen, in gleichem Maße ihre Leistungen für die Studienstiftung des deutschen Volkes zu erhöhen.

Das gleiche gilt für die Ausbringung von 2 000 000 DM für Förderung von Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen außerhalb der Studienstiftung des deutschen Volkes. Was für die Studienstiftung gilt, muß auch für diese Förderung gelten. An der Regierungsvorlage wird deshalb festgehalten.

Tit. 636 — Förderung der Arbeit der Deutschen UNESCO-Kommission in Köln —

Der Ansatz ist von 160 600 DM auf 210 000 DM zu erhöhen.

Für die bedeutsame Arbeit der Deutschen UNESCO-Kommission erscheint die vorgesehene Dotierung nicht ausreichend.

Mittel für die UNESCO-Kommission sind bei Tit. 636 und für die UNESCO-Institute in Tit. 644 ausgeworfen. Die Mittel sind gegenseitig deckungsfähig. Es besteht kein Grund, die Mittel für die UNESCO-Kommission zu erhöhen. Die UNESCO-Kommission dürfte mit den veranschlagten Beträgen auskommen.

Im übrigen würde die vorgeschlagene Kürzung des Tit. 637 bedeuten, daß sehr wünschenswerte andere Förderungen auf dem kulturellen Gebiet zurückgestellt werden müßten. Hierzu müßte voraussichtlich das Radio-Symphonie-Orchester (früher RIAS) gehören, für das bisher 100 000 DM vorgesehen werden können. Eine Kürzung würde sich aber auch bei anderen Einrichtungen auswirken, die bisher feststehende Beträge als Zuschuß erhalten und ihre Arbeit hierauf aufgebaut haben.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
Tit. 637 — Zur Förderung der kulturellen und wissenschaftlichen Bestrebungen, soweit es sich um eine repräsentative Vertretung des Bundes oder um die Wahrung von Belangen gesamtdeutscher oder internationaler Bedeutung handelt —	
Die Bundesregierung wird gebeten, die Erhöhung der nach den Erläuterungen auf 100 000 DM veranschlagten Förderungsmittel für das Radio-Symphonie-Orchester (RIAS) um 30 000 DM im Rahmen einer Vereinbarung mit dem Lande Berlin wohlwollend zu prüfen.	Die Bundesregierung nimmt von dem Wunsch Kenntnis.
Kap. 06 15 — Bundesstelle für Verwaltungsangelegenheiten des Bundesministers des Innern sowie Bundesamt für Auswanderung in Köln —	
Der Bundesrat wiederholt seine zu diesem Kapitel anläßlich der Haushaltsvorlage des Vorjahres zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß es sich hierbei tatsächlich um die Schaffung einer neuen Bundesoberbehörde handelte, die nur auf dem Wege über Artikel 87 Abs. 3 GG errichtet werden kann, und bittet die Bundesregierung, alsbald einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.	Der Gesetzentwurf befindet sich in Vorbereitung.
Kap. 06 20 — Allgemeine Bewilligungen für Zwecke des zivilen Luftschutzes —	
Kap. 06 21 — Luftschutzwarndienst —	
Der Bundesrat wiederholt seine zu diesen Kapiteln anläßlich der Haushaltsvorlage des Vorjahres abgegebene Stellungnahme. Hiernach sind alle diejenigen Stellen in den Erläuterungen, in denen ausgeführt ist, welchen Anteil Bund, Länder und Gemeinden zu tragen haben, zu streichen. Eine etwaige Erhöhung des Bundesanteiles ist der Regelung im Bundesluftschutzgesetz vorbehalten.	Die Regierungsvorlage wird aufrechterhalten. Den Beratungen des Luftschutzgesetzes im Bundestag würde vorgegriffen werden, wenn der Anregung des Bundesrates gefolgt würde. Die finanziellen Folgerungen aus dem endgültigen Wortlaut des Luftschutzgesetzes müssen später gezogen werden.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 08 — Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen —

Kap. 08 04 — Bundesfinanzverwaltung —

Tit. 101 — Dienstbezüge der planmäßigen Beamten —

Zu dem Haushaltsvermerk Bes.-Gr. B 6 — Oberfinanzpräsidenten — verweist der Bundesrat auf seinen Beschluß vom 2. Dezember 1955 zum Entwurf des Bundeshaushaltsgesetzes 1956 (BT-Drucksache 1900 S. 91).

In der Zweckbestimmung zu der Bes.-Gr. A 1 a ist die Stellenzahl für das Rechnungsjahr 1957 zu streichen und durch die in Klammern angegebene Zahl des Rechnungsjahres 1956 zu ersetzen. Entsprechend ändern sich die Zahlen der Besoldungsgruppen A 1 b und A 2 b und die Erläuterungen zu diesen Besoldungsgruppen.

Die Leiter der in ihrer Bedeutung gleichwertigen Vermögens- und Bauabteilungen der Länder sind nur in Besoldungsgruppe A 1 b eingestuft. Eine Hebung der Stellen im Bund würde sofort zu Berufungen innerhalb der Länder führen. Im übrigen würde die Gleichstellung dieser Beamten mit den Leitern der wesentlich bedeutenderen Zoll- und Steuerabteilungen nicht gerechtfertigt sein.

An der Regierungsvorlage wird solange festgehalten, als nicht in dieser Frage durch das Land Nordrhein-Westfalen das Einvernehmen mit dem Bund herbeigeführt ist. Die Bundesregierung vertritt die Ansicht, daß die Aufwandsentschädigung der Oberfinanzpräsidenten nicht einseitig durch ein Land festgelegt werden kann.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Der Zuwachs an neuen Aufgaben und die Belastung der Bundesvermögens- und Bauabteilungen sind so bedeutend, daß die Stellenhebungen erforderlich sind. An neuen Aufgaben und Belastungen sind im wesentlichen hinzugekommen:

a) Verteidigungsaufgaben (Grunderwerb, Räumungs- und Umsiedlungsmaßnahmen, Wohnungsfürsorge für Angehörige der Bundeswehr, ferner Nachholbedarf beim Bodenkauf für die alliierten Streitkräfte, Maßnahmen nach dem Landbeschaffungsgesetz, dem Schutzbereichgesetz und dem Bundesleistungsgesetz).

b) Aufgaben als Vertreter des Bundesinteresses.

c) Aufgaben nach dem Bundesrückerstattungsgesetz.

d) Aufgaben nach dem Kriegsfolgenschlußgesetz.

Tit. 601 — Zuschuß an die Deutsche Bau- und Grundstücks-AG —

Im Satz 2 der Erläuterungen ist das Wort „letztmalig" zu streichen.

Es ist heute noch nicht zu übersehen, ob ein Bundeszuschuß zu den Instandsetzungskosten des „Westvermögens" ab 1958 entbehrt werden kann. Der Bauzustand dieser fast ausnahmslos von Bundes- und Landesbe-

An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Die Deutsche Bau- und Grundstücks-AG hat vom Bund bisher Zuschüsse in Höhe von rd. 11,8 Mio DM erhalten. Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, daß Zuschüsse über das Rechnungsjahr 1957 und über 13,8 Mio DM hinaus nicht gewährt werden können.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
diensteten bewohnten Gebäude ist noch nicht befriedigend. Der letzte Satz der Erläuterungen ist zu streichen. Die Deutsche Bau- und Grundstücks-AG steht in Verhandlungen mit dem Bundesfinanzministerium mit dem Ziel, die Rückzahlung dieses Betrages zu stunden. Daher ist es untunlich, die Abdeckung aus dem Zuschuß von 2 000 000 DM vorzusehen.	Nach § 6 Abs. 2 des Vertrages zwischen dem Reich und der „Baugrund" sind die Erlöse aus Grundstücksverkäufen an den Bund abzuführen. Die Deutsche Bau- und Grundstücks-AG hat von 1948 bis 1955 Grundstücke im Wert von rd. 1 078 000 DM verkauft und die Verkaufserlöse für den Wiederaufbau und den Ankauf neuer Grundstücke verwendet. Die Gesellschaft hat also durch Nichtabführung der Erlöse indirekt den Bundeszuschuß erhöht. Der Bundesrechnungshof hat das vertragswidrige Verhalten der „Baugrund" beanstandet. Die Bundesregierung sieht sich daher nicht in der Lage, das vertragswidrige Verhalten der „Baugrund" auf sich beruhen zu lassen.

Einzelplan 09 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft —

Kap. 09 03 — Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig und Berlin —

Tit. 3 — Gebühren —

Der Ansatz ist von 2 470 000 DM auf 3 470 000 DM zu erhöhen. Durch die angekündigte Neuregelung der Gebührensätze werden die Gebühren der wirtschaftlichen Bedeutung der Prüfung für die Industrie angepaßt, was zu höheren Einnahmen führen wird.	Die Frage, ob und in welchem Umfange die Gebührensätze bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt erhöht werden können, unterliegt z. Z. der Prüfung seitens der Bundesregierung. Schon jetzt kann gesagt werden, daß eine wesentliche Erhöhung aller Gebührensätze angesichts der Preispolitik der Bundesregierung auf Schwierigkeiten stoßen wird. Jedenfalls erscheint eine Erhöhung des Einnahmeansatzes um 1 Mio DM nicht durchführbar. Es muß daher zunächst bei dem bisherigen Ansatz bei Tit. 3 für 1957 von 2 470 000 DM bleiben.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 10 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten —

Die Regierungsvorlage enthält hinsichtlich der Mittel für den „Grünen Bericht 1957" weder eine endgültige Fixierung des Gesamtbetrages noch läßt die Vorlage die Einzelbeträge erkennen, die für die Zweckbestimmungen des Grünen Berichts in Aussicht genommen werden. Der Bundesrat erwartet daher, daß er Gelegenheit hat, zu den haushaltsmäßigen Auswirkungen des „Grünen Berichts 1957" in der für Haushaltsvorlagen üblichen Form (Ergänzungs- oder Nachtragshaushalt) Stellung nehmen zu können, zumal auch das Landwirtschaftsgesetz die Bundesregierung nicht zu haushaltsrechtlichen Abweichungen auf diesem Gebiet insoweit ermächtigt.	Die Bundesregierung wird bemüht sein, auch angesichts der verhältnismäßig kurzen verfügbaren Zeit zwischen der Erstattung des „Grünen Berichts 1957" (15. Februar 1957) und der voraussichtlichen Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 1957 (31. März 1957) die haushaltsmäßigen Auswirkungen des „Grünen Berichts 1957" in der für Haushaltsvorlagen üblichen Form vorzulegen.

Kap. 10 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 570 — Erschließung des Emslandes —

In der Erläuterung sind die letzten drei Absätze ersatzlos zu streichen. Die Bindung der Mittel, die der Emsland GmbH zur Verfügung gestellt werden, sollte nicht zum Gegenstand der Erläuterung des Haushaltsansatzes gemacht werden. Es genügt, wenn diese Fragen im Rahmen der Organe der Emsland GmbH und innerhalb deren Verantwortung entschieden werden.	An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Es erscheint notwendig, die Leistung des Landes Niedersachsen und des Bundes in einem bestimmten Verhältnis zu halten und diese Leistungen bei der Haushaltsbewilligung zum Ausdruck zu bringen. Die Auflagen bezüglich der Emsland GmbH sind von so erheblicher Bedeutung für die Verwendung der Bundesmittel, daß ihre Festlegung im Bundeshaushaltsplan für erforderlich gehalten wird. Anläßlich der Bewilligung für das Rechnungsjahr 1956 hat der Haushaltsausschuß des Bundestages dieses Verfahren ausdrücklich gefordert; der Bundestag hat Entsprechendes beschlossen.

Tit. 601 — Kosten des Land- und Forstwirtschaftlichen Forschungsrates in Bad Godesberg —

In den Erläuterungen sind die Leertitel zu streichen. Die Streichung dient der Klarstellung.	An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
Tit. 604 — Zuschüsse zur Förderung von Naturschutzparken —	
In Absatz 2 der Erläuterungen sind die Worte „von den Ländern" zu streichen. Mittel für Naturschutzparke werden auch aus anderen als nur Landesmitteln aufgebracht.	An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Die Aufbringung der Mittel durch verschiedene Kostenträger kommt in der Erläuterung zum Ausdruck. Es handelt sich jedoch eindeutig um eine Länderaufgabe, zu der der Bund freiwillig eine Unterstützung gewährt. Daher ist es unentbehrlich, die Leistung des Bundes von der Höhe der von den Ländern aufgewendeten Kosten abhängig zu machen.
Tit. 614 — Zuschüsse zur Bekämpfung der pflanzlichen und tierischen Schädlinge einschließlich der Reblaus —	
Im Dispositiv ist der Ansatz von 2 510 000 DM auf 2 710 000 DM zu erhöhen. In Absatz 1 der Erläuterungen sind die Beträge zu Nr. 1 von 180 000 DM auf 200 000 DM zu Nr. 4 von 1 884 000 DM auf 2 059 000 DM zu Nr. 5 von 70 000 DM auf 75 000 DM und in der Endsumme von 2 510 000 DM auf 2 710 000 DM zu erhöhen. Die Schutzmaßnahmen sind in demselben Umfang wie bisher erforderlich, da die Gefährdung durch Pflanzen- und Forstschädlinge usw. nicht geringer geworden ist als im Vorjahr.	An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Es handelt sich zum weitaus überwiegenden Teil um Zuschüsse zu den Verwaltungskosten der Länder, deren Verminderung entsprechend der Aufgaben- und Finanzkompetenz von Bund und Ländern gerechtfertigt ist.
Tit. 950 — Zuschüsse zur Förderung der Verwertung von Magermilchpulver und Nährkasein —	
Der Ansatz ist von 2 000 000 DM auf 1 800 000 DM zu kürzen. Da aus dem Haushaltsansatz 1954 noch erhebliche Reste vorhanden sind, kann davon ausgegangen werden, daß der Betrag von nunmehr 1 800 000 DM ausreichend ist.	An der Regierungvorlage wird festgehalten. Der vorhandene Ausgaberest wird in Rechnungsjahr 1956 voll gebraucht. Im übrigen handelt es sich um eine übertragbare Bewilligung, so daß ein etwa verbleibender Rest den Finanzierungsbedarf des nächsten Rechnungsjahres verringern würde.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 990 — Für Maßnahmen zur Durchführung des „Grünen Berichts 1957" —

In den Erläuterungen Absatz 1 sind hinter den Worten „des Bundestages" die Worte „und des Bundesrates" einzufügen.

Vgl. die Entschließung auf Seite 89 oben.

Die Bundesregierung ist mit der Ergänzung einverstanden.

Einzelplan 11 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit —

Kap. 11 10 — Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen —

Tit. 300 — Versorgungsbezüge —

Tit. 300 ist wie folgt zu fassen:

„Kap. Tit.	Zweckbestimmung	Betrag für 1957 DM
(11 10) 300	Versorgungsbezüge	
	a) Beschädigtenrenten, Witwen- und Waisenrenten, Elternrenten, Bestattungsgeld . .	3 182 000 000
	b) Kapitalabfindungen	95 000 000
	Ersparnisse des Abschnitts a) dienen bis zur Höhe von 25 000 000 DM zur Verstärkung der Mittel des Abschnitts b)."	3 277 000 000

Die für Kapitalabfindungen ursprünglich bereitgestellten Mittel von 80 Mio DM decken nach den Erfahrungen in den Ländern nur $^2/_3$ des tatsächlichen Bedarfs. Dieser Tatsache trägt die nachträgliche Erhöhung des Tit. 300 um 15 Mio DM nur teilweise Rechnung. Es ist erforderlich, den zu erwartenden Mehrbedarf in der Weise zu berücksichtigen, daß eine einseitige Deckungsfähigkeit bis zur Höhe von 25 Mio DM zugunsten des Abschnitts b) — Kapitalabfindungen — im Haushaltsplan vorgesehen wird.

Die Ersparnisse bei den Versorgungsbezügen in den Vorjahren lassen erwarten, daß der für 1957 vorgesehene Betrag von 3 182 Mio DM ebenfalls nicht voll in Anspruch genommen werden wird.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Der für das Rechnungjahr 1957 vorgesehene Betrag in Höhe von 95 000 000 DM wird im Hinblick auf die Haushaltslage des Bundes und auf den Charakter der Kapitalabfindungen als Kann-Leistungen als ausreichend angesehen, gegenüber dem Ansatz für 1956 in Höhe von 60 000 000 DM ist bereits eine Erhöhung von 35 000 000 DM vorgenommen worden.

Im übrigen ist die vorgeschlagene Maßnahme haushaltsmäßig undurchführbar, da erst am Schluß des Rechnungsjahres die geleisteten Rentenausgaben feststehen, so daß eine Inanspruchnahme etwa noch vorhandener Mittel zugunsten der Kapitalabfindungen nicht mehr möglich ist.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
Tit. 302 — Einmalige Unterstützungen —	
Der für 1957 vorgesehene Betrag ist um 1 000 000 DM auf 13 500 000 DM zu erhöhen. Die Beibehaltung des Ansatzes für das Haushaltsjahr 1956 erscheint nach den Erfahrungen der Länder geboten.	An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Die Kürzung des Betrages um 1 000 000 DM gegenüber dem Ansatz des Rechnungsjahres 1956 ist durch die Erhöhung der Rentenleistungen auf Grund der Fünften Novelle zum Bundesversorgungsgesetz und durch den Rückgang der Zahl der Versorgungsberechtigten gerechtfertigt.
Kap. 11 13 — Sozialversicherung —	
Tit. 608 — Zuschuß zu den Aufwendungen der Sozialversicherungsträger für die Tuberkulosebekämpfung —	
Der Ansatz des Vorjahres ist wiederherzustellen. Der Ausgang des Gesetzgebungsverfahrens über das Tuberkulosehilfegesetz ist noch offen. Die Kürzung der seit vielen Jahren im Bundeshaushalt enthaltenen Bewilligung könnte der endgültigen Gestaltung des Gesetzes vorgreifen. Eine Erhöhung auf den Ansatz des Vorjahres erscheint deshalb geboten. Der letzte Satz im Absatz 2 der Erläuterungen zu Tit. 608 ist zu streichen. Der Hinweis auf die Auswirkungen der Gesetze vom 5. Oktober 1956 ist irreführend und gehört nicht in die Erläuterungen zu Einzelansätzen des Bundeshaushalts.	An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Die Bundesregierung kann im Bundeshaushaltsplan nur von der Regelung ausgehen, die sich nach dem von ihr verabschiedeten Entwurf des Gesetzes über die Tuberkulosehilfe — Drucksache 2213 — ergeben wird. Im übrigen handelte es sich bisher schon um eine freiwillige Leistung des Bundes, für deren Weitergewährung die Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind. Die Bundesregierung ist mit der Streichung des Hinweises auf die Steuergesetze vom 5. Oktober 1956 einverstanden.
Einzelplan 12 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr —	
Kap. 12 02 — Allgemeine Bewilligungen —	
Tit. 49 — Tilgung und Zinsen von Darlehen zum Bau und Erwerb von Handelsschiffen —	
Die Ansätze sind für die Tilgungsbeträge auf 11 000 000 DM, für Zinsen auf 8 000 000 DM zu erhöhen. Die Entwicklung der Frachtraten in der Seeschiffahrt läßt erwarten, daß die Tilgungsbeträge und Zinsen für Darlehen, die zum Bau und Erwerb von Handelsschiffen gegeben worden sind, ansteigen werden. Deshalb können die Einnahmeansätze in dem vorgeschlagenen Umfang erhöht werden.	Die Bundesregierung hält an ihrer Vorlage fest. Die günstige Entwicklung der Frachtraten hat die mittleren und größeren Reedereien zu umfangreichen Bestellungen von Neubauten veranlaßt. Wegen der sich hieraus ergebenden Abschreibungsmöglichkeiten werden diese Reedereien auch im Geschäftsjahr 1956 nicht mit größeren Gewinnen abschließen, so daß mit wesentlich höheren Einnahmen aus der Tilgung und Verzinsung der Wiederaufbaudarlehen nicht in dem vom Bundesrat angenommenen Umfang gerechnet werden kann.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 533 — Darlehen an nichtbundeseigene Eisenbahnen zur Verbesserung von Verkehrsanlagen und zur Beschaffung von rollendem Material nach Maßgabe des Abschnitts VI des Verkehrsfinanzgesetzes vom 6. April 1955 —

Der Sperrvermerk ist zu streichen. Die Voraussetzungen eines Sperrvermerks sind entfallen, weil die Länder den Richtlinien der Bundesregierung über die Darlehensgewährung nunmehr zugestimmt haben. Es besteht ein dringendes Interesse, daß die nichtbundeseigenen Eisenbahnen baldmöglichst in den Genuß der nach dem Verkehrsfinanzgesetz zu gewährenden Darlehen kommen.	Der Sperrvermerk entspricht der durch § 29 Abs. 4 RWB gegebenen Rechtslage.

Tit. 614 — Durchführung notwendiger Maßnahmen auf dem Gebiet der Berufsausbildung der Seeleute —

Der Ansatz ist auf 830 000 DM zu erhöhen; in Buchstabe d der Erläuterungen („Zuschüsse für die Vorausbildung an Land") ist der Ansatz auf 450 000 DM zu erhöhen. Die Verordnung über die Eignung und Befähigung der Schiffsleute des Decksdienstes auf Kauffahrteischiffen vom 28. Mai 1956 (BGBl. II S. 591) schreibt erstmalig vor, daß sämtliche Schiffsleute der Deckslaufbahn vor Antritt ihrer Bordlaufbahn einen dreimonatigen Lehrgang an einer Seemannsschule absolvieren müssen. Auf Grund dieser Verordnung werden daher annähernd doppelt so viele Schiffsjungen ausgebildet werden müssen wie bisher. Außerdem ergibt sich aus der Kapazitätserweiterung der deutschen Handelsflotte ein ständig steigender Bedarf an seemännisch ausgebildeten Nachwuchskräften. Die Bereitstellung der erforderlichen Ausbildungsplätze erfolgt durch die Sitzländer der Seemannsschulen. Im Jahre 1957 ist mit einem Bedarf von 2600 Nachwuchskräften zu rechnen. Unter Berücksichtigung der von den Schülern zu zahlenden Internatsgelder ist für jeden einzelnen Schüler ein Ausbildungszuschuß von 600 DM aufzubringen, der vereinbarungsgemäß zu je 1/3 von Bund, Ländern und Reedern getragen wird. Von dem sich 1957 nach dieser Berechnung ergebenden Gesamtbetrag von 1 560 000 DM würden somit an sich 520 000 DM auf den Bund entfallen. Mindestens ist eine Erhöhung des vom Bund zu leistenden Zuschusses auf 450 000 DM erforderlich.	An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Die Bundesregierung vertritt den Standpunkt, daß die vorseemännische Ausbildung des seemännischen Nachwuchses Aufgabe der Länder im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit für das Berufsschulwesen ist. Weder aus dem Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Internationalen Schiffssicherheitsvertrag London 1948 (BGBl. 1953 II S. 603) noch aus der Verordnung über die Eignung und Befähigung der Schiffsleute des Decksdienstes auf Kauffahrttei-Schiffen vom 28. Mai 1956 (BGBl. II S. 591) kann eine Verpflichtung des Bundes hergeleitet werden, ein Drittel der Kosten für die vorseemännische Ausbildung zu tragen. Durch einen Beitrag von 200 000 DM leistet der Bund einen ausreichenden Beitrag, um den beteiligten Ländern die notwendigen Erweiterungen der Seemannsschulen zu erleichtern.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

Neuer Titel nach Tit. 950 — Zinszuschüsse für private Darlehen zum Wiederaufbau der deutschen Binnenschiffahrtsflotte —

Nach Tit. 950 ist folgender neuer Titel einzufügen:

„Zinszuschüsse für private Darlehen zum Wiederaufbau der deutschen Binnenschiffahrtsflotte . . . . . 500 000 DM"

Die deutsche Binnenschiffahrt hat bisher den auf sie entfallenden Verkehrsanteil in vollem Umfange bewältigen können. Wesentliche Leistungssteigerungen sind aus der technischen Rationalisierung des vorhandenen Transportraumes nicht mehr zu erwarten. In den nächsten fünf Jahren ist nach der augenblicklichen Verkehrsentwicklung mit einem jährlichen Verkehrsanstieg von 10 v. H. zu rechnen. Dieser Anstieg kann nur durch eine Ausweitung der Kapazität der Binnenschiffahrt aufgefangen werden. Außerdem ist inzwischen überalterter Transportraum zu ersetzen.

Nach dem jetzigen Stand der Erhebungen ist der Neubau eines Transportraumes mit rund 400 000 t Tragfähigkeit und einem Kostenaufwand von rund 300 Mio DM erforderlich. Die vorhandene Werftkapazität ist in der Lage, ein jährliches Neubauvolumen von rund 40 Mio DM zu bewältigen. Die deutsche Binnenschiffahrt dürfte allenfalls in der Lage sein, davon rund 1/3 an Eigenkapital selbst aufzubringen. Bei der augenblicklichen Höhe der Zinssätze und der unzureichenden Ausstattung der Schiffshyphothekenbanken mit niedrig verzinslichen Kreditmitteln können die im Interesse der Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft notwendigen Investitionsmaßnahmen der Binnenschiffahrt nur mit Hilfe von Zinsverbilligungsmitteln durchgeführt werden. Wenn von der der Seeschiffahrt gewährten Verbilligung von 3 v. H. ausgegangen wird, sind für das Jahr 1957 Zinszuschüsse in Höhe von mindestens 500 000 DM erforderlich.

Die Bundesregierung wird ersucht, im ERP-Wirtschaftsplan 1957 in ausreichendem Maße Darlehen für den Wiederaufbau der Binnenschiffahrtsflotte bereitzustellen.

Eine Ausdehnung von Subventionen auf weitere Wirtschaftszweige ist aus wirtschaftspolitischen Gründen nicht angezeigt. Auch die günstige Entwicklung der Binnenschiffahrt, die durch Befreiung von Beförderungsteuer und Mineralölsteuer sowie Schiffahrtsabgaben mit Subventionscharakter begünstigt ist, spricht gegen die Gewährung von Zinszuschüssen. Ein gleichlautender Antrag zum Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1956 wurde ebenfalls mit Billigung des Bundestages abgelehnt.

Die Bundesregierung nimmt von der Entschließung des Bundesrates Kenntnis.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

Kap. 12 03 — Bundeswasser- und Schiffahrtsverwaltung —

Tit. 4 — Lotsengebühren —

Der Ansatz ist auf 4 500 00 DM zu erhöhen. Das Aufkommen an Lotsengebühren ist zu niedrig geschätzt. Außerdem wird die beabsichtigte Erhöhung der Lotsengebühren zu einer Steigerung des veranschlagten Betrages führen. Deshalb ist eine Erhöhung des Einnahmeansatzes um 540 000 DM gerechtfertigt.	Dem Antrag kann nicht in vollem Umfang entsprochen werden; äußerstenfalls dürfte eine Erhöhung des Ansatzes um 250 000 DM zu verantworten sein.

Tit. 101 — Dienstbezüge der planmäßigen Beamten —

Bei den Planstellen der aufsteigenden Gehälter sind in Bes.-Gr. A 1 a die Zahl „7" durch die Zahl „8" und in Bes.-Gr. A 2 c 2 die Zahl „221" durch die Zahl „220" zu ersetzen; ferner sind bei Bes.-Gr. A 1 b und A 2 b die Personallistenvermerke zu streichen. Die Erläuterungen sind entsprechend zu berichtigen. Bei Tit. 101 — Dienstbezüge der planmäßigen Beamten — sind u. a. veranschlagt die Stelle des Leiters der Wasser- und Schiffahrtsdirektion Freiburg (Breisgau) in Bes.-Gr. A 1 b und die Stelle seines Stellvertreters in der Bes.-Gr. A 2 b, je mit Personallistenvermerk. Für den technischen Hochrheinreferenten ist nur eine Stelle der Bes.-Gr. A 2 b vorgesehen. Die Wasser- und Schiffahrtsdirektion Freiburg erfüllt auf Grund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Land auftragsweise wichtige Landesaufgaben. Dafür ersetzt das Land dem Bund z. Z. 25 v. H. der persönlichen und sächlichen Verwaltungsausgaben. Es besteht deshalb ein Interesse daran, daß die erwähnten Stellen ihrer wahren Bedeutung nach bewertet werden. Wenn auch der Dienstbezirk der WSD Freiburg (Breisgau) z. Z. noch kleiner als der anderer Wasser- und Schiffahrtsdirektionen des Rheingebietes ist, so stellt doch die Grenzlage des Rheinstromes im ganzen Arbeitsbereich der Bediensteten der Wasser- und Schiffahrtsdirektion Freiburg schwierige und verantwortungsvolle Aufgaben, die bei den meisten anderen Wasser- und Schiffahrtsdirektionen nicht in diesem Ausmaß vorkommen und besondere Kenntnisse und Fähigkeiten der leitenden Beamten verlangen. Erwähnt seien die	An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Die vorläufige Bewertung der in Frage stehenden Dienstposten beruht auf einem Gutachten des Bundesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
auch die Interessen des Landes Baden-Württemberg stark berührenden Fragen, die im Zusammenhang mit dem Ausbau des Oberrheins durch Frankreich zu lösen sind, die Regulierung der Oberrheinstrecke zwischen Straßburg/Kehl und Istein, die wasserrechtliche Behandlung der Hochrheinkraftwerke in der für den Ausbau des Hochrheins eingesetzten deutsch-schweizerischen Kommission, die damit verbundenen Vorarbeiten für die Schiffbarmachung dieser Strecke des Rheins, die Bodenseeregulierung und die zahlreichen mit dem Bodensee zusammenhängenden wasserbaulichen und schiffahrtspolizeilichen Aufgaben.	
Neuer Titel nach Tit. 786 — Planungsarbeiten für die Regulierung der mittleren Stör —	
Nach Tit. 786 ist folgender neuer Titel einzufügen: „Planungsarbeiten für die Regulierung der mittleren Stör . . . . . 20 000 DM“ Gleichzeitig mit der bereits in Angriff genommenen Regulierung der oberen Stör müssen auch die entsprechenden Arbeiten am Mittellauf dieses Flusses geplant werden, weil sonst der Erfolg der Gesamtregulierung in Frage gestellt würde oder später höhere Kosten entstehen würden.	Die Bundesregierung hält es nicht für erforderlich, Planungsmittel für die Regulierung der mittleren Stör bereitzustellen. Da es sich um ein kleineres Vorhaben handelt, können notwendig werdende weitere Planungsarbeiten mit dem vorhandenen Personal bewältigt werden. Der Ansatz würde zu unnötigen Personalvermehrungen führen.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
Tit. 788 — Wiederherstellung der planmäßigen Wassertiefe im Nord-Ostsee-Kanal, 3. Teilbetrag —	
Der Ansatz ist auf 4 500 000 DM zu erhöhen. Wenn die Arbeiten zur Wiederherstellung der planmäßigen Wassertiefe im Nord-Ostsee-Kanal nach dem vorgesehenen Zeitplan weitergeführt werden, kann die Solltiefe des Kanals von 11 Meter erst im Jahre 1960 erreicht werden. Ein so langer Zeitraum ist aus Gründen der Schiffssicherheit und der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit dieser internationalen Wasserstraße, die ohnehin nur eine geringe Abkürzung des Seeweges zwischen Nord- und Ostsee bedeutet, nicht vertretbar. Dazu kommt, daß eine Solltiefe von 11 Meter in absehbarer Zeit den Anforderungen des Großschiffsverkehrs sowieso nicht mehr genügen wird.	Der Ansatz ist nach den Deckungsmöglichkeiten bemessen worden. Eine Beschleunigung der Vertiefungen ist nach Auffassung der Bundesregierung nur durch Zurückstellung anderer Vorhaben möglich.
Tit. 789 — Wiederherstellung und Ergänzung von Dalben im Nord-Ostsee-Kanal, 3. Teilbetrag —	
Der Ansatz ist auf 1 500 000 DM zu erhöhen. Bei dem jetzigen Ansatz würde die Wiederherstellung und Ergänzung von Dalben 4 Jahre in Anspruch nehmen. Da dies mit den Anforderungen an die Verkehrssicherheit unvereinbar ist, muß der Ansatz, wie vorgeschlagen, erhöht werden.	Die Bundesregierung hält an ihrer Vorlage fest. Die Sicherheit des Verkehrs wird durch die von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen ausreichend gewährleistet.
Tit. 796 — Verbesserung der Fahrwasserverhältnisse der Unterelbe, 12. Teilbetrag —	
Der Ansatz ist auf 9 000 000 DM zu erhöhen; der Sperrvermerk für die 2 450 000 DM übersteigenden Beträge ist zu streichen. Das Fahrwasser der Außenelbe ist den steigenden Anforderungen des Schiffsverkehrs nicht mehr gewachsen. Zur Verbesserung des jetzigen Zustandes wird bei Cuxhaven ein Leitdamm errichtet. Die gewünschte Auswirkung dieser Baumaßnahme tritt erst nach ihrer Fertigstellung ein. Der Gesamtkostenaufwand des Vorhabens beläuft sich auf rund 60 Mio DM. Bis einschließlich des Rechnungsjahres 1956 sind in 11 Teilbeträgen 21 Mio DM zur Verfügung	An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Begründung wie zu Tit. 788.

gestellt und verausgabt worden. Für das Rechnungsjahr 1957 sind 4 450 000 DM veranschlagt, von denen 2 000 000 DM mit einem Sperrvermerk unter Bindung an die für die Moselkanalisierung ausgebrachten Mittel bei Kap. 12 03 Tit. 757 vorgesehen sind.

Ohne technische Schwierigkeiten ist für den Ausbau des Leitdamms ein jährliches Bauvolumen von 6 Mio DM zu erreichen. Da durch die jetzigen Fahrwasserverhältnisse nicht nur die Zufahrt zum größten Hafen der Bundesrepublik, sondern auch zum Nord-Ostsee-Kanal stark behindert wird, sollte die dringend erforderliche Beschleunigung der Baumaßnahme vorgenommen werden.

Die Entwicklung des Schiffsbaues hat außerdem bewirkt, daß die Fahrwassertiefe der Elbe für große Tanker, Erz- und Fahrgastschiffe nicht mehr ausreicht. Es ergeben sich damit für größere Einheiten Schwierigkeiten, den Hamburger Hafen zu erreichen, die sich noch vergrößern werden, wenn von den in Hamburg ansässigen großen Ölgesellschaften die in Auftrag gegebenen Tankertypen von 11,5 und 12,0 m Tiefgang in Dienst gestellt werden.

Nach den Zusatzverträgen zum Staatsvertrag, betreffend den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich aus dem Jahre 1921, ist der Bund verpflichtet, für einen unbehinderten Zugang der größten gebräuchlichen Seeschiffstypen zum Hamburger Hafen zu sorgen. Die Vergrößerung der Schiffstypen, die zunächst nur im Tankschiffbau zu verzeichnen war, setzt sich jetzt auch bei den anderen Schiffstypen durch, so daß es erforderlich wird, durch zusätzliche Baggerarbeiten das Fahrwasser auf der Unterelbe so zu regulieren, daß Schiffen dieser Größe ein jederzeit unbehinderter Zugang zum Hamburger Hafen gewährleistet wird. Für die im Jahre 1957 durchzuführenden Arbeiten wird ein Betrag von 3 Mio DM benötigt.

Insgesamt ergibt sich daraus ein Gesamtbetrag von 9 000 000 DM.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

Tit. 806 — Verbesserung der Fahrwasserverhältnisse der Unterweser, 6. Teilbetrag —

Der Ansatz ist auf 1 500 000 DM zu erhöhen.

Die Vertiefung des Fahrwassers zwischen Vegesack und Nordenham soll planmäßig in sechs Jahren durchgeführt werden. Die Zahl der Bremen anlaufenden tiefgehenden Schiffe nimmt von Jahr zu Jahr zu. Während vor dem Kriege nur jährlich etwa 40 bis 50 Schiffe mit einem Tiefgang von mehr als 8 m Bremen angelaufen haben, hat sich diese Zahl im Jahre 1955 auf 360 Schiffe, also fast auf das Neunfache, gesteigert. Diese Entwicklung setzt sich bei den zunehmenden Schiffsgrößen immer weiter fort.

Daher besteht die dringende Notwendigkeit, den Ausbau tatsächlich wie geplant in sechs Jahren durchzuführen.

Wenn für das Rechnungsjahr 1957 nur 1 Mio DM veranschlagt würde, so würde der Ausbau bis zum Ende des Rechnungsjahres 1960 dauern, sich also tatsächlich über einen wesentlich längeren Zeitraum als beabsichtigt hinziehen.

Deshalb ist eine Erhöhung des Betrages auf 1 500 000 DM geboten.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Begründung wie zu Tit. 788.

Tit. 807 — Sicherung des Fahrwassers der Außenweser, 4. Teilbetrag —

Der Ansatz ist auf 1 500 000 DM zu erhöhen.

Um auch nur eine Wassertiefe von minus 10 m unter Seekartennull zu erreichen, sind nach den Ausführungen in den Erläuterungen zum Titel insgesamt rund 9 Mio DM erforderlich. Bislang sind in den Haushaltsjahren 1954 bis 1956 nur 2 Mio DM bewilligt worden. Um auch nur die Wassertiefe von 10 m zu erreichen, müßten also die Arbeiten noch zehn Jahre fortgesetzt werden. Dies ist bei der ständigen Zunahme der Schiffsgrößen, insbesondere im Massengutverkehr, nicht tragbar.

Eine Erhöhung des Ansatzes auf 1,5 Mio DM ist daher unumgänglich notwendig, um die Ausbauarbeiten in dem unerläßlich notwendigen Maße fortsetzen und die in der Zwischenzeit eingetretenen Preissteigerungen auffangen zu können.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Begründung wie zu Tit. 788.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
Tit. 818 — Ausbau des Emder Fahrwassers zwischen Emden und der Knock auf 8 m unter MSprTnw, 1. Teilbetrag —	
Der Ansatz ist auf 5 000 000 DM zu erhöhen. Wenn der Ausbau des Emder Fahrwassers wie geplant in 4 Jahren durchgeführt werden soll, reichen als erster Teilbetrag 3 Mio DM nicht aus, weil als Gesamtkosten 32 Mio DM veranschlagt sind. Der immer mehr zunehmende Verkehr mit Massengütern und mit Schiffen mit größerem Tiefgang, insbesondere in der Erzfahrt, macht eine beschleunigte Vertiefung des Emder Fahrwassers über 7,2 m hinaus erforderlich. An sich müßte deshalb der 1. Teilbetrag mit 8 Mio DM angesetzt werden. Zumindest ist jedoch ein solcher von 5 Mio DM unerläßlich.	An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Begründung wie zu Tit. 788.
Neuer Titel nach Tit. 982 — Vorarbeiten für einen vollschiffigen Anschluß Hamburgs an das deutsche Binnenwasserstraßennetz —	
Nach Tit. 982 ist folgender neuer Titel einzufügen: „Vorarbeiten für einen vollschiffigen Anschluß Hamburgs an das deutsche Binnenwasserstraßennetz . . . . 50 000 DM“ Die bestehenden Verbindungen Hamburgs mit dem deutschen Binnenwasserstraßennetz sind den verkehrstechnischen Anforderungen nicht gewachsen. Durch den rasch fortschreitenden Ausbau der westdeutschen Wasserstraßen ergeben sich weitere Benachteiligungen in der Konkurrenzfähigkeit des größten Seehafens der Bundesrepublik. Eine Abhilfe ist daher dringend erforderlich. Für die Entscheidung, wie Hamburg verkehrstechnisch am zweckmäßigsten an das deutsche Binnenwasserstraßennetz angeschlossen werden kann, sind langwierige Untersuchungen erforderlich. Im Rahmen der Vorarbeiten sind insbesondere folgende Fragen zu klären: a) Ist eine Kanalisierung der Elbe technisch möglich und welchen Aufwand erfordert sie? b) Welchen Aufwand erfordert der Bau des als Ergänzung zur Elbekanalisierung notwendigen Teilstückes des Hansa-Kanals zwischen Elbe und Weser?	An der Regierungsvorlage wird festgehalten. Bevor nicht die z. Z. laufenden großen Wasserbauvorhaben und der bevorstehende Ausbau der Mosel zum Abschluß gebracht sind, können neue Maßnahmen unbekannten, aber offenbar erheblichen Umfangs in absehbarer Zeit nicht in Angriff genommen werden. Schon heute Vorarbeiten für eine solche Maßnahme einzuleiten, wäre verfrüht. Sie wären durch die Entwicklung überholt, bevor sie praktische Bedeutung gewinnen könnten.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
c) Wie und mit welchem Aufwand lassen sich die beiden erstgenannten Projekte durch den Bau eines Elbeseitenkanals zwischen Geesthacht und Fallersleben (Nord-Süd-Kanal) ersetzen? Zum Problem des Nord-Süd-Kanals liegen bereits entsprechende Gutachten des privaten Nord-Süd-Kanal-Vereins vor. Die Untersuchungen über die Elbekanalisierung und den Weiterbau des Hansa-Kanals müssen vom Bund durchgeführt werden. Da für Untersuchungen dieser Art erfahrungsgemäß ein Zeitraum von mehreren Jahren erforderlich ist, müssen sie baldmöglichst in Angriff genommen werden. Für die im Jahre 1957 durchzuführenden Arbeiten wird ein Betrag von 50 000 DM benötigt.	

Kap. 12 10 — Bundesfernstraßen (Bundesstraßen und Bundesautobahnen) —

Tit. 788 — Neubau, größerer Um- und Ausbau von Bundesstraßen und der damit verbundenen Nebenanlagen, die nach Maßgabe des Abschnitts VII des Verkehrsfinanzgesetzes vom 6. April 1955 finanziert werden, sowie Erwerb von Grundvermögen für diese Bauvorhaben —

In den Erläuterungen unter II. a) ist lfd. Nr. 35 wie folgt zu fassen: „lfd. Nr. 35 (bisher 23) Bundesstraße Nr. 49 Umgehungsstraße Cochem (Mosel) 1. Teilbetrag Veranschlagte Gesamtkosten 3 000 000 DM Ausgaben bzw. Ansatz in den Vorjahren — Anforderung für 1957 1 500 000 DM." Zur Deckung ist in lfd. Nr. 32 der Anforderungsbetrag für 1957 um 100 000 DM auf 7 400 000 DM zu kürzen und in lfd. Nr. 37 der Anforderungsbetrag für 1957 von 900 000 DM zu streichen. Der Bau einer Umgehungsstraße bei Cochem (Mosel) ist besonders vordringlich geworden. Der in der Nähe gelegene Flugplatz und die dortigen Kasernenbauten haben ein Anwachsen des Verkehrs mit sich gebracht, der von der Ortsdurchfahrt nicht mehr bewältigt und dem Fremdenverkehrsort Cochem nicht zugemutet werden kann.	Die Bundesregierung erhebt gegen den Vorschlag keine Bedenken.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
Kap. 12 12 — Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg-Mürwik —	
Tit. 3 — Gebühren —	
Der Ansatz ist auf 9 000 000 DM zu erhöhen. Das Aufkommen von Gebühren des Kraftfahrt-Bundesamtes ist zu niedrig veranschlagt. Die in dem Ansatz enthaltenen Reserven rechtfertigen eine Erhöhung um 415 000 DM.	Die Bundesregierung nimmt von der Entschließung Kenntnis, hält jedoch eine Erhöhung des Ansatzes sachlich nicht für möglich.
Einzelplan 14 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Verteidigung —	
Die Regierungsvorlage gibt den Erkenntnisstand und die Absichten zu Beginn des Herbstes 1956 wieder. Zwischenzeitlich haben sich aber die Pläne der Bundesregierung für den Aufbau der deutschen Verteidigungskräfte grundlegend geändert. Die Vorlage ist demnach sachlich überholt. Der Bundesrat kann daher nur von ihr Kenntnis nehmen und sich die Stellungnahme zu einem veränderten Einzelplan 14 für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten. Er nimmt Kentnis von der im Finanzausschuß gegebenen Zusage der Bundesregierung, alsbald einen überarbeiteten Einzelplan 14 vorzulegen und dann die Stellungnahme des Bundesrates einzuholen.	Die Bundesregierung nimmt von den Ausführungen mit Befriedigung Kenntnis. Sie wird den überarbeiteten Einzelplan 14, der den Gesamtrahmen von 9 Mrd. DM einhalten und in keinem Fall Mehranforderungen von Planstellen und Mitteln für Angestellte und Arbeiter gegenüber dem jetzigen Entwurf enthalten wird, bis Mitte Januar 1957 dem Bundesrat und dem Bundestag in vereinfachter Weise zuleiten.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 24 — Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit —

Kap. 24 01 — Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit —

Tit. 310 — Für die Durchführung des Sonderauftrags zur Prüfung der Lage des gesamten unselbständigen Mittelstandes und der geistig schaffenden freien Berufe —

Tit. 311 — Für die Durchführung des Sonderauftrags zur Koordinierung wasserwirtschaftlicher und wasserrechtlicher Fragen —

Die Ansätze von je 600 000 DM sind zu streichen.

Eine Notwendigkeit zur Einplanung von Etatmitteln liegt nach Wegfall der Sonderministerien nicht mehr vor. Die in Betracht kommenden Aufgaben können von den dafür zuständigen Ministerien erfüllt werden, weil diese über die zur Erledigung der Aufträge erforderlichen Personalkräfte verfügen. Die Prüfung der Lage des gesamten unselbständigen Mittelstandes und der geistig schaffenden Berufe — im wesentlichen eine Frage der Angestellten — kann vom Arbeitsministerium, das sich ohnehin mit dem Angestelltenproblem beschäftigt, erledigt werden. Die wasserwirtschaftlichen Fragen, die zur Zeit in mehreren Ministerien bearbeitet werden, können federführend von einem Ministerium übernommen werden.

An der Regierungsvorlage wird festgehalten.

Die von den bisherigen Sonderministerien Kraft und Schäfer durchgeführten Sonderaufgaben sind zu bedeutend und zu umfangreich, als daß sie in den vom Bundesrat dafür in Betracht gezogenen anderen Ministerien in genügender Breite bearbeitet werden könnten. Auch wäre in diesen Ministerien dann eine Personalverstärkung erforderlich. Eine Übertragung dieser Aufgaben auf das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dem bisher schon die Koordinierung wirtschaftlicher Fragen im Rahmen der Bundesregierung oblag, erschien sachlich sehr zweckmäßig.

Eine Herabsetzung der Ansätze würde der Bedeutung der zu lösenden Aufgabe nicht gerecht.

Einzelplan 25 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungsbau —

Kap. 25 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 614 — Zuschüsse an das Deutsche Volksheimstättenwerk eV, Köln, an den Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung eV, Köln, und an die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Essen —

In den Erläuterungen zu Tit. 614 ist nach den Worten „Veranschlagt sind" der Buchstabe a wie folgt zu fassen:

„a) Für zentrale Aufgaben des Deutschen Volksheimstättenwerks eV, Köln".

Dient der Klarstellung.

Dem Vorschlag des Bundesrates wird zugestimmt. Aus Gründen der Systematik wäre die Zweckbestimmung durch die Anfügung „im zentralen Aufgabenbereich" zu ergänzen (vgl. zu Tit. 610 und 612).

Kap. 25 03 — Förderung des Wohnungsbaues —

Tit. 532 — Darlehen an die Länder zur Finanzierung des Wohnungsbaues zugunsten von Flüchtlingen aus der sowjetisch besetzten Zone und dem sowjetisch besetzten Sektor Berlins sowie der ihnen gleichgestellten Personen —

Der Betrag für 1957 ist von 458 272 000 DM um 102 466 500 DM auf 560 738 500 DM zu erhöhen.

Die Erläuterungen zu Tit. 532 sind wie folgt zu ändern:

Im zweiten Absatz sind die Worte „280 000 000 DM" zu ändern in „350 000 000 DM".

Im dritten Absatz ist der Betrag von „45 006 000 DM" zu ersetzen durch „56 256 000 DM".

Im fünften Absatz ist anstelle des Betrages von „84 866 000 DM" einzusetzen der Betrag von „106 082 500 DM".

Es besteht die einhellige Auffassung, daß auf der Basis von 8000 DM Bundesmitteln je Wohnungseinheit eine Finanzierung des Wohnungsbaues für die in diesem Titel genannten Personenkreise auch bei einer Beteiligung der Länder in einem ihnen zumutbaren Umfang nicht möglich ist. Es erscheint daher eine Erhöhung des Ansatzes in Tit. 532 um 102 466 500 DM erforderlich. Das entspricht einer Erhöhung der in den Erläuterungen zu Tit. 532 in den Absätzen 2, 3 und 5 genannten Endbeträge um 25 v. H.

Wenn eine Erhöhung der Bundesmittel im Haushaltsjahr 1957 nicht möglich ist, muß die bisherige Forderung des Bundes, auf der Basis von 6000 bzw. 8000 DM Bundesförderungsmittel je eine Wohnung zu erstellen, fallengelassen werden, damit die Länder in der Lage sind, den Wohnungsbau zu den gleichen Bedingungen zu fördern, die im allgemeinen sozialen Wohnungsbau des betreffenden Landes für gleichartige Wohnungen und Personenkreise gewährt werden.

Bei der Nichterhöhung der Mittel kann der Wohnungsbau für den unterzubringenden Personenkreis nur in einem entsprechend geringeren Volumen durchgeführt werden.

Der Ansatz für Wohnungsbaumittel zugunsten von Sowjetzonenflüchtlingen ist gegenüber dem Vorjahre von 196 124 000 DM um 262 148 000 DM auf 458 272 000 DM erhöht worden. Die Bundesregierung ist wegen der auch sonst wesentlichen Erhöhungen der Bundeshaushaltsmittel für den Wohnungsbau (jetzt nahezu 2 Mrd. DM) nicht in der Lage, weitere Mittel für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Wünsche auf Erhöhung der Mittel würden auch eine Lösung der Deckungsfrage voraussetzen.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung
Im zweiten Absatz des Haushaltsvermerks ist die Zahl „150 000 000 DM" durch die Zahl „187 500 000 DM" zu ersetzen. Im sechsten Absatz der Erläuterungen ist der Betrag von „150 000 000 DM" durch den Betrag von „187 500 000 DM" zu ersetzen. Eine Erhöhung des Rahmens für Bindungsermächtigungen um 37 500 000 DM erscheint geboten.	Die Bundesregierung hält eine Bindungsermächtigung für das Rechnungsjahr 1958 in Höhe von 150 000 000 DM für ausreichend. Z. Z. kann niemand übersehen, ob sich tatsächlich ein höherer Bedarf ergeben wird. Die Genehmigung von Vorgriffen wird im gegebenen Zeitpunkt auch von der Konjunkturlage abhängen.

Tit. 533 — Darlehen zur sonstigen Förderung von Maßnahmen zugunsten des sozialen Wohnungsbaues —

In dem vorletzten Absatz der Haushaltsbemerkungen sind hinter dem Wort „Einsparungen" die Worte „bis zur Höhe von 5 000 000 DM" einzufügen.	Einwendungen gegen den Vorschlag des Bundesrates werden nicht erhoben.

Tit. 540 — Darlehen an die Deutsche Bau- und Bodenbank AG für Zwecke der Vor- und Zwischenfinanzierung des Baues von Familienheimen im sozialen Wohnungsbau —

In den Haushaltsvermerken sind unter b) hinter dem Wort „Höhe" die Worte „von 5 000 000 DM" einzufügen. Der benötigte Betrag für die Vorfinanzierungskredite, die länger als ein Jahr laufen, wird auf 4 bis 6 Millionen DM geschätzt. Da das Wohnungsbaugesetz im § 21 den für Vorfinanzierungs- und Zwischenkredite vorgesehenen Betrag auf die Höchstsumme von 50 Millionen DM begrenzt hat, erscheint es angebracht, den für Vorfinanzierungskredite vorgesehenen Betrag auf 5 Millionen DM festzulegen, um die übrigen Verwendungszwecke des Titels nicht über Gebühr einzuschränken.	Gegen den Vorschlag des Bundesrates bestehen keine Bedenken.

Tit. 608 — Zuschüsse zur Förderung von Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden —

Tit. 608 ist einschließlich der Erläuterungen zu ersetzen durch einen neuen Tit. 572: „572 Zur Förderung von Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden a) Darlehen Der Ansatz darf bis zur Höhe der Einsparung bei Unterteil b) überschritten werden.	Die Bundesregierung kann dem Vorschlag des Bundesrates nicht folgen. Es muß daran festgehalten werden, daß Zinssubventionen an die Stelle von Kapitalsubventionen treten.

b) Zuschüsse . . . 7 500 000 DM

Ausgaben dürfen nur geleistet werden, wenn in entsprechender Höhe Einnahmen bei Kap. 25 03 Tit. 46 gegenüberstehen.

Einsparungen dürfen zur Verstärkung der Mittel bei Unterteil a) verwendet werden.

Die Mittel sind übertragbar.

Erläuterungen

Zu Tit. 572

Auf Grund des Haushaltsansatzes bei Kap. 25 03 Tit. 608 für das Rechnungsjahr 1956 können bei den aus Unterteil b) veranschlagten Mitteln für einen Zeitraum von längstens fünf Jahren bis zu einer Gesamtjahresleistung von 7 500 000 DM Zuschüsse zur Verbilligung von marktgerecht angebotenen privaten Darlehen gewährt werden, die der notwendigen Instandsetzung erhaltungswürdiger, vor dem 31. Dezember 1944 errichteter Wohngebäude dienen sollen. Die im Anschluß an das erste Jahr des Bewilligungszeitraumes im Rechnungsjahr 1957 fälligen Zuschußraten sind aus den hier veranschlagten Mitteln zu zahlen. Soweit die Mittel für diesen Zweck nicht zuschußweise benötigt werden, können sie zur Erweiterung von Darlehen verwendet werden (vgl. Unterteil a)."

Die Ausdehnung auf Darlehen wird den Forderungen und Gegebenheiten in der Praxis mehr gerecht.

Einzelplan 32 — Bundesschuld —

Kap. 32 05 — Verzinsung und Tilgung —

Tit. 681 — Verzinsung der zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse aufgenommenen Mittel —

Es ist ein Ansatz von — 70 000 000 DM vorzusehen.

Einnahmen aus der zinstragenden Anlegung von Kassenguthaben sind in der veranschlagten Höhe zu erwarten.

Der Ansatz zu 0 DM ist zu Recht erfolgt. Der vom Kabinett verabschiedete Entwurf des Bundesbankgesetzes sieht eine zinstragende Anlegung der Guthaben des Bundes nicht mehr vor. Mit dem rückwirkenden Inkrafttreten des Bundesbankgesetzes im Laufe des Rechnungsjahres 1957 ist zu rechnen.

Stellungnahme des Bundesrates	Stellungnahme der Bundesregierung

Einzelplan 33 — Versorgung —

Kap. 33 07 — Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen —

Tit. 199 — Verstärkung der Mittel für die Versorgung der unter das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen —

Der Ansatz ist um 50 Mio DM zu kürzen.

Die Verstärkungsmittel auf Grund des Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen (BT-Drucksache 2255) sind nach den Erläuterungen frei geschätzt. Der Bundesrat ist der Auffassung, daß die Schätzung unter Berücksichtigung des jetzigen Standes des Gesetzgebungsverfahrens und der verwaltungsmäßigen Durchführung des Gesetzes überhöht ist. Ein Betrag von 150 Mio DM erscheint ausreichend.

Der veranschlagte Betrag von 200 Mio DM ist unter Berücksichtigung der Erfahrungen bei der Berechnung solcher Beträge so genau wie möglich ermittelt worden. Dabei stellen die Beträge für die einzelnen Änderungen des Gesetzes mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch die Summen dar, die die Bundesregierung bei vorsorglicher Haushaltsführung als mögliche Belastung vorsehen muß. Für die einzelnen Paragraphen der Novelle zu G 131 müssen folgende Beträge bereitgestellt werden:

§ 4	33,8	Mio DM
§ 18	20,0	Mio DM
§ 29	7,7	Mio DM
§ 35	0,1	Mio DM
§ 37	45,75	Mio DM
§ 52	0,4	Mio DM
§ 53	97,418	Mio DM
§ 64	3,0	Mio DM
§ 70	0,1	Mio DM
§ 71	1,5	Mio DM
	= 209,768	Mio DM
abgerundet	200,0	Mio DM

Einzelplan 35 — Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte —

Kap. 35 11 a — Verteidigungsaufwand, der im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte im Geltungsbereich des Grundgesetzes entsteht —

Folgender Titel ist neu einzufügen:

„Tit. 350 (neu) — Entmunitionierung — 20 000 000 DM"

Die Durchführung von Entmunitionierungsmaßnahmen ist als Kriegsfolgelast, solange keine anderweitige gesetzliche Regelung ge-

Die Bundesregierung vermag dem Antrag nicht zu entsprechen. Sie wiederholt ihre vorjährige Stellungnahme (BT-Drucksache 1900 S. 117). An der Rechtslage hat sich inzwischen nichts geändert.

troffen wird, wie bisher aus Bundesmitteln zu finanzieren. Der Bundesrat weist auf seinen gleichlautenden Beschluß vom 2. Dezember 1955 zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1956 hin (BT-Drucksache 1900 S. 117).

Einzelplan 60 — Allgemeine Finanzverwaltung —

Kap. 60 02 — Allgemeine Bewilligungen —

Tit. 98 — Zuführung aus dem Rückstellungskonto des Bundes bei der Bank deutscher Länder zum Ausgleich des Haushaltsplans 1957 —

Der Ansatz ist von 2 200 000 000 DM um 100 000 000 DM auf 2 300 000 000 DM zu erhöhen.

Zum Ausgleich des Haushalts erscheint es erforderlich, auch auf das Rückstellungskonto des Bundes bei der BdL zurückzugreifen. Die Entnahme aus dem Rückstellungskonto stellt zwar, wie der Bundesrat unter B. 1. zum Bundeshaushalt 1957 ausgeführt hat, auf die Dauer keine geeignete Deckungsmöglichkeit dar. Sie erscheint aber angesichts des Kassenbestandes des Bundes für das Rechnungsjahr 1957 vertretbar.

Die Veranschlagung der Entnahme aus dem Rückstellungskonto ist überhaupt nur möglich, wenn gleichzeitig Ausgabeermächtigungen früherer Jahre, die ihre Deckung in der Rücklage finden, in entsprechender Höhe wegfallen. Die Bundesregierung sieht sich außerstande, höhere Ausgabereste als 2 200 000 000 DM in Abgang zu stellen; sie kann daher dem Ausgleichsvorschlag des Bundesrates nicht folgen.

Tit. 571 — Regionale Hilfsmaßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftskraft —

Tit. 572 — Steigerung der Wirtschaftskraft und wirtschaftsfördernde öffentliche Investitionen im Lande Schleswig-Holstein —

Der Ansatz bei Tit. 571 ist bei

a) Darlehen auf 65 000 000 DM und bei

b) Zuschüsse auf 30 000 000 DM

zu erhöhen.

Im Haushaltsvermerk bei Tit. 571 sind nach den Worten „überschritten werden“ die Worte einzufügen „, soweit diese Einnahmen aus Darlehen stammen, die den jetzt unter Tit. 571 veranschlagten Zweck betrafen.“

Der Erhöhung der Ansätze bei Tit. 571 und 572 wird nicht zugestimmt. Die Kürzung gegenüber den entsprechenden Ansätzen des Rechnungsjahres 1956 war zur Herbeiführung des Haushaltsausgleichs unbedingt erforderlich. Sie dient zudem einer systematischen Bereinigung. Nachdem durch die Intensivierung des Finanzausgleichs und andere finanzwirtschaftliche Vorgänge auch die finanzschwachen Länder so gestellt worden sind, daß sie verstärkt Ausgaben für die regionale Wirt-

Stellungnahme des Bundesrates

Der Ansatz bei Tit. 572 ist bei

a) Darlehen auf 42 000 000 DM und bei

b) Zuschüsse auf 28 000 000 DM

zu erhöhen.

Nach der Zweckbestimmung zu Tit. 572 ist folgender Haushaltsvermerk einzufügen:

„Die Mittel dürfen in Höhe der Einnahmen bei Tit. 45 und 46, soweit diese Einnahmen aus Darlehen stammen, die den jetzt unter Tit. 572 veranschlagten Zweck betrafen, überschritten werden."

Die erhebliche Kürzung der Ansätze von Darlehens- und Zuschußmitteln für regionale Hilfsmaßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftskraft und der wirtschaftsfördernden öffentlichen Investitionen im Lande Schleswig-Holstein gegenüber den Ansätzen des Vorjahres ist ungerechtfertigt und nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Betracht kommenden Gebieten auch unbegründet. In Anbetracht der wirtschaftlichen und politischen Situation ist es vielmehr zwingend geboten, die begonnenen Maßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftskraft, insbesondere in den anerkannten Notstandsgebieten im Grenzlandgürtel und im Lande Schleswig-Holstein, weiterhin nachdrücklichst zu fördern. Hierzu ist es erforderlich, daß die Haushaltsmittel mindestens in Höhe der Vorjahresansätze bereitgestellt werden.

Die Ergänzung des Haushaltsvermerks zu Tit. 571 dient der Klarstellung. Es ist notwendig, den gleichen Vermerk auch in die Zweckbestimmung bei Darlehen in Tit. 572 aufzunehmen.

Stellungnahme der Bundesregierung

schaftsförderung übernehmen können, kann daran gedacht werden, die zentrale Fondswirtschaft auf diesem Gebiet allmählich einzuschränken.

Zu dem Ansatz bei Tit. 571 wird ferner bemerkt, daß die entsprechenden Mittel im Rechnungsjahr 1956 zunächst nur mit 75 Mio DM veranschlagt waren. Die Erhöhung auf insgesamt 95 Mio DM war als eine einmalige Maßnahme anzusehen. Der Voranschlag für 1957 unterschreitet den ursprünglichen Ansatz 1956 mithin nur um 10 Mio DM; dieser Minderbetrag wird durch die im Rechnungjahr 1957 den regionalen Förderungsmitteln zufließenden Tilgungs- und Zinseinnahmen aus den regionalen Hilfsfonds der früheren Jahre ausgeglichen. Es werden daher in 1957 für regionale Förderungsmaßnahmen Bundesmittel in derselben Höhe wie 1955 zur Verfügung stehen.

Die vom Bundesrat weiter vorgeschlagene Erweiterung des Vermerks zur Zweckbestimmung bei Tit. 571 entspricht der praktischen Handhabung in den letzten Rechnungsjahren.

Sie ist textlich jedoch nicht unmißverständlich. Die Bundesregierung wird daher die vom Bundesrat angestrebte Klarstellung durch eine redaktionelle Änderung der Erläuterung im Zuge der Haushaltsberatungen herbeiführen.

Die Einfügung des Vermerks nach der Zweckbestimmung zu Tit. 572 wird abgelehnt. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Fassung würde dazu führen, daß die Zins- und Tilgungsleistungen des Landes Schleswig-Holstein der Zuwendung an dieses Land aus Kap. 60 02 Tit. 572 zusätzlich zufließen. Dadurch würde im Bundeshaushalt 1957 eine Deckungslücke in Höhe von 7 240 000 DM neu entstehen. Im Hinblick auf die zunehmende wirtschaftliche Gesundung des Landes Schleswig-Holstein wird die Bundeszuwendung an das Land in den kommenden Rechnungsjahren voraussichtlich allmählich gesenkt und unter Umständen später durch den schlüsselmäßigen Anteil des Landes an den regionalen Förderungsmaßnahmen ersetzt werden können. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Revolvierung der Rückflüsse würde die Bundessonderzuwendung zu einer Dauereinrichtung werden lassen.